



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

44. Sitzung

3. Wahlperiode

Mittwoch, 20. September 2000, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner und Vizepräsidentin Kerstin Kassner

Inhalt	Jürgen Seidel, CDU	2780
	Kerstin Kassner, PDS	2781
	Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff	2781
	Dr. Arthur König, CDU	2782
Mitteilungen des Präsidenten	Minister Dr. Rolf Eggert	2783
2777	Dr. Gerhard Bartels, PDS	2785
	Dr. Manfred Reißmann, SPD	2786
Genehmigung der Tagesordnung	Steffie Schnoor, CDU	2787
2777	Caterina Muth, PDS	2787
Jürgen Seidel, CDU	Erhard Bräunig, SPD	2788
(zur Geschäftsordnung)	Jörg Vierkant, CDU	2789
2777	Hannelore Monegel, SPD	2790
Reinhard Dankert, SPD		
(zur Geschäftsordnung)		
2778		
Beschluss		
2778		
Eidesleistung des Justizministers		
gemäß Artikel 44 der Verfassung		
des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Gesetzentwurf der Landesregierung:	
2778	Entwurf eines Gesetzes über Zuständigkeiten	
Minister Erwin Sellering	auf dem Gebiet des Tierschutzrechtes (Tier-	
2778	schutzzuständigkeitsgesetz – TierSchZG M-V)	
	(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)	
	– Drucksache 3/1199 –	2791
Aktuelle Stunde	Beschlussempfehlung und Bericht	
BioCon Valley – Perspektiven für die Region	des Landwirtschaftsausschusses	
2779	– Drucksache 3/1500 –	2791
Volker Schlotmann, SPD	Beschluss	2791
2779		

Gesetzentwurf der Landesregierung:

**Entwurf eines Gesetzes zum
Fünften Staatsvertrag zur Änderung
rundfunkrechtlicher Staatsverträge
(Fünfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)**

(Erste Lesung)

– Drucksache 3/1486 – 2791

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff 2791

Rainer Pracht, CDU 2792

Andreas Bluhm, PDS 2793

Siegfried Friebe, SPD 2794

Beschluss 2795

Unterrichtung durch den Landes-
beauftragten für den Datenschutz:

**Vierter Tätigkeitsbericht des Landes-
beauftragten für den Datenschutz gemäß
§ 29 Absatz 1 des Landesdatenschutzgesetzes
von Mecklenburg-Vorpommern (DSG MV)**

– Drucksache 3/1130 – 2795

Unterrichtung durch die Landesregierung:

**Stellungnahme zum Vierten Tätigkeitsbericht
des Landesbeauftragten für den Datenschutz
gemäß § 29 Absatz 1 des Landesdatenschutz-
gesetzes von Mecklenburg-Vorpommern
(DSG MV)**

– Drucksache 3/1358 – 2795

Gabriele Schulz, PDS 2795

Beschluss 2796

Antrag der Fraktion der CDU:

Kommunalfinanzen

– Drucksache 3/1495 – 2796

Georg Nolte, CDU 2797

Ministerin Sigrid Keler 2799

Gabriele Schulz, PDS 2801

Dr. Armin Jäger, CDU 2804, 2810

Heinz Müller, SPD 2807, 2810

Beschluss 2810

Antrag der Fraktion der CDU:

Forstkonzept 2000

– Drucksache 3/1493 – 2810

Martin Brick, CDU 2810, 2818

Minister Till Backhaus 2812, 2813

Jürgen Seidel, CDU 2812, 2813

Birgit Schwebs, PDS 2816, 2818

Eckhardt Rehberg, CDU 2818, 2822

Angelika Gramkow, PDS 2821, 2822

Hannelore Monegel, SPD 2822

Beschluss 2824, 2825

Nächste Sitzung

Donnerstag, 21. September 2000 2824

Beginn: 10.00 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 44. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teile ich Ihnen mit, dass ich am 18. August 2000 nach Paragraph 45 Absatz 3 Landeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. November 1997 schriftlich bestätigt habe, dass der Abgeordnete der Fraktion der CDU, Herr Dr. Hubert Gehring, seine Mitgliedschaft im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern durch Verzicht verloren hat. Von dieser Stelle aus darf ich Herrn Dr. Gehring für seinen weiteren Lebensweg alles Gute wünschen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Als Listennachfolger der CDU wurde vom Landeswahlleiter nach Paragraph 46 Absatz 1 Landeswahlgesetz am 24. August 2000 Herr Dr. Christian Beckmann festgestellt, nachdem er schriftlich erklärt hat, dass er die Wahl in den Landtag Mecklenburg-Vorpommern für die laufende Wahlperiode annimmt. Ich begrüße Herrn Dr. Beckmann in unserer Mitte und wünsche ihm für seine Arbeit viel Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Herr Beckmann, Sie waren bereits in der zweiten Legislatur Mitglied des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und als ordentliches Mitglied im Landwirtschaftsausschuss tätig. Nunmehr haben Sie Gelegenheit, Ihre damals erworbenen Erfahrungen in die Arbeit des Landtages der dritten Wahlperiode einzubringen.

(Der Abgeordnete Jürgen Seidel meldet sich zur Geschäftsordnung.)

Herr Abgeordneter Seidel, Sie wollen wahrscheinlich einen Dringlichkeitsantrag einbringen. Das machen wir ein klein wenig später. Ich gebe Ihnen dazu Gelegenheit. Wir haben heute vor Eintritt in die Tagesordnung noch andere Punkte, denn heute ist auch der Tag, an dem wir den Bürgerbeauftragten, Herrn Frieder Jelen, verabschieden.

Am 6. April 1995 wählte der Landtag Mecklenburg-Vorpommern mit Herrn Frieder Jelen zum ersten Mal einen Bürgerbeauftragten. Vom November 1990 bis Oktober 1994 gab es einen Bürgerbeauftragten beim Ministerpräsidenten. In Mecklenburg-Vorpommern ist das Amt des Bürgerbeauftragten in der Verfassung verankert. Das ist bundesweit einmalig. Der Bürgerbeauftragte ist in der Ausübung seines Amtes unabhängig und nur den Gesetzen unterworfen.

Der Bürgerbeauftragte Jelen hat Maßstäbe für dieses Amt gesetzt. Er hat Unabhängigkeit bewiesen und hat die Interessen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Landesregierung und der öffentlichen Verwaltung vertreten. Dies hat mit dazu beigetragen, dass das Zutrauen der Bürgerinnen und Bürger zu unserem demokratischen System gewachsen ist.

Der Bürgerbeauftragte Jelen hat die Nähe der Bürgerinnen und Bürger gesucht. Jährlich haben Sie, Herr Jelen, rund 50 Außensprechtag in den Stadt- und Landkreisen abgehalten. Seit dem Frühjahr 1995 wurden in Ihrer

Dienststelle mehr als 7.500 Petitionen bearbeitet. Sie haben sich der Anliegen behinderter und ausländischer Bürgerinnen und Bürger angenommen. Mit dem Landeskunstwettbewerb für Menschen mit Behinderungen haben Sie auf die Fähigkeiten dieser Mitbürger aufmerksam gemacht. Ich kann hier nicht alle Ihre Aktivitäten aufzählen. Sie haben ja auch im Vorfeld parlamentarische Erfahrungen und ebenso Erfahrungen in der Landesregierung sammeln können. Sie haben sich nie gescheut, aus den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger heraus der Landesregierung Vorschläge zu unterbreiten.

Herr Jelen, ich möchte Ihnen im Namen des Landtages herzlich für Ihre Arbeit als Bürgerbeauftragter danken und ich wünsche Ihnen für Ihre neue Tätigkeit als Landrat im Landkreis Demmin alles Gute.

(Beifall bei den Abgeordneten – Verabschiedung)

Meine Damen und Herren! Entsprechend einer Vereinbarung im Ältestenrat werden wir zu Beginn der heutigen Landtagssitzung noch vor der Aktuellen Stunde den Zusatztagesordnungspunkt 1 behandeln. Zuvor rufe ich den Dringlichkeitsantrag auf. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und wir verfahren so.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Antrag der CDU zum Thema „Maßnahmen gegen die Belastung der Verkehrsinfrastruktur durch Streichung von Interregio- und IC-Strecken in Mecklenburg-Vorpommern und die Folgen der Ökosteuer“, der Ihnen auf Drucksache 3/1513 vorliegt. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden.

Der Abgeordnete Seidel will dazu das Wort ergreifen. Bitte sehr, Herr Seidel.

Jürgen Seidel, CDU (zur Geschäftsordnung): Ich möchte kurz etwas zu dem Antrag sagen. Die Formulierung lautet so:

„Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern betrachtet mit großer Sorge die Entwicklung im Verkehrsbereich, der einerseits eine Belastung durch die Ökosteuer erfährt, andererseits durch geplante Streckenstilllegungen der Bahn im Land bedroht wird.
2. Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sieht vor dem Hintergrund der enormen Bedeutung der infrastrukturellen Anbindung an die Zentren Europas für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes akuten Handlungsbedarf seitens der Landesregierung.“
3. Innerhalb der Landesregierung muss der Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff für den Erhalt der bedrohten Bahnstrecken eintreten. Dazu ist es „erforderlich, in persönlichen Verhandlungen mit dem Bund und der Bahn AG zu intervenieren. Das Ziel dieser Verhandlungen muss zumindest der Erhalt der vorhandenen Interregio- und IC-Strecken sein, um damit Schaden von Mecklenburg-Vorpommern abzuwenden. Hinsichtlich der Entwicklung der Kosten für Kraftstoffe muss die Landesregierung alle Maßnahmen unterstützen, um eine Aussetzung der geplanten Erhöhungsschritte der sogenannten Ökosteuer zu erreichen. Über Ergebnisse dieser Verhandlungen ist der Landtag zu informieren.“

Meine Damen und Herren! Wir wissen alle, dass seit circa eineinhalb Monaten Horrornachrichten – ich be-

zeichne es mal so – von der Deutschen Bahn AG das Land erreichen. Ich verweise auch noch mal auf die Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 6. September 2000, bei der alle Fraktionen vertreten waren, wo es um das Thema ging. Wir mussten erfahren, dass die Bahn ursprünglich vorhatte, auf mehreren Strecken die ganze Sache sozusagen auf Null zu stellen, dann aber im Nachhinein etwas nachgegeben hat, was heute wohl noch nicht schriftlich klar ist.

Es war auch erstaunlich, und ich muss sagen, das habe ich in meiner parlamentarischen Arbeit das erste Mal erlebt, dass die Bahn AG innerhalb von zehn Tagen einer Einladung nicht folgen konnte und auch nicht bereit war, Auskunft zu geben. Ich halte das für einen Skandal.

Ich will auch noch mal erwähnen, dass es unbefriedigend ist, dass es trotz mehrfacher Unterschriftensammlungen – übrigens aller Parteien im Lande – keine Reaktionen auf die dringenden Anliegen von Bürgern, Unternehmern, Politikern, Arbeitnehmern, wie auch immer, gibt. Und wenn ich heute die Zeitung, die OZ, aufschlage, dann verwirrt sich nun alles. Also es ist für meine Begriffe recht schwer zu verstehen, dass man auf der einen Seite 400 Millionen DM für die Strecke Berlin–Rostock einsetzen will, so sagt der stellvertretende Ministerpräsident nach Besuch beim Kanzler, und auf der anderen Seite die Bahnlinien, also insbesondere nach Chemnitz, streichen will. Wenn ich aber in der OZ lese, dass diese 400 Millionen DM bis heute der Deutschen Bahn AG ganz offensichtlich nicht bekannt sind, auch nicht im Investitionsplan bis 2002, so die OZ heute, enthalten sein sollen, dann, glaube ich, sind wirklich dringendst Informationen und entsprechende daraus folgende Maßnahmen erforderlich. Insofern bitte ich Sie, unseren Antrag auf die Tagesordnung zu setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Nun die Vertreter der anderen Fraktionen. Bitte sehr, Herr Dankert.

Reinhard Dankert, SPD (zur Geschäftsordnung): Ja, Herr Seidel, die Frage ist ja eigentlich auch die: Warum haben Sie als Ausschussvorsitzender nicht vor dem 6. September 2000 getagt, wenn seit 1,5 Monaten die Horrormeldungen in den Zeitungen sind, die wir ja alle kennen und sicherlich auch die Regierung?

Dieser Antrag teilt sich ja in zwei Inhalte: Der eine ist die ganze Sache mit der Bahn, mit den Streckenstilllegungen, mit dem Verhalten der Bahn AG. Dazu gibt es einen Landtagsbeschluss vom Mai.

(Zuruf von der Regierungsbank)

Und ich gehe davon aus, dass dem Handlungsbedarf, den Sie hier anmahnen, von der Landesregierung schon längst Rechnung getragen wurde.

(Unruhe und Heiterkeit
bei Abgeordneten der CDU)

Und zum Schluss kommt dann der eigentliche Hauptanlass Ihres Antrages: Sie wollen mit der Inszenierung der K.-o.-Steuer weitermachen. Hier müssen Sie Verständnis dafür haben, dass wir da nicht mitmachen.

(Unruhe und Heiterkeit
bei Abgeordneten der CDU)

Wir lehnen die Dringlichkeit dieses Antrages natürlich ab.

(Beifall und Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Nach Paragraph 40 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss dann auch über die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden. Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung um diesen Antrag bei Zustimmung der CDU-Fraktion und einer Enthaltung bei der PDS-Fraktion abgelehnt.

Vereinbarungsgemäß rufe ich nun den **Zusatztagsordnungspunkt 1** auf: Eidesleistung des Justizministers gemäß Artikel 44 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Eidesleistung des Justizministers gemäß Artikel 44 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat mir Folgendes mitgeteilt: „Sehr geehrter Herr Präsident, ich möchte Sie davon in Kenntnis setzen, dass ich die Aufgaben des Justizministers des Landes Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr selbst wahrnehmen werde. Ich habe daher heute den Vizepräsidenten des Verwaltungsgerichts Erwin Selling zum Minister ernannt und ihm den Geschäftsbereich des Justizministeriums übertragen.“ So weit aus dem Schreiben des Ministerpräsidenten.

Nach Artikel 44 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern leistet ein Landesminister bei der Amtsübernahme vor dem Landtag den in Artikel 44 vorgesehenen Eid.

Herr Minister Selling, ich darf Sie zur Eidesleistung zu mir bitten. Ich spreche Ihnen die Eidesformel vor und bitte Sie, mir nachzusprechen.

(Die Anwesenden erheben
sich von Ihren Plätzen.)

Ich schwöre,

Minister Erwin Selling: Ich schwöre,

Präsident Hinrich Kuessner: dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen,

Minister Erwin Selling: dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen,

Präsident Hinrich Kuessner: das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Minister Erwin Selling: das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Präsident Hinrich Kuessner: sowie die Gesetze wahren und die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern

Minister Erwin Selling: sowie die Gesetze wahren und die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern

Präsident Hinrich Kuessner: Ich habe das jetzt nicht ganz richtig vorgesagt. Ich wiederhole noch einmal: und die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern

Minister Erwin Selling: und die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern

Präsident Hinrich Kuessner: sowie die Gesetze wahren und verteidigen,

Minister Erwin Sellering: sowie die Gesetze wahren und verteidigen,

Präsident Hinrich Kuessner: meine Pflichten gewissenhaft erfüllen

Minister Erwin Sellering: meine Pflichten gewissenhaft erfüllen

Präsident Hinrich Kuessner: und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde.

Minister Erwin Sellering: und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde.

Präsident Hinrich Kuessner: So wahr mir Gott helfe.

Minister Erwin Sellering: So wahr mir Gott helfe.

Präsident Hinrich Kuessner: Herzlichen Glückwunsch und alles Gute bei der Erfüllung Ihres Amtes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Gratulationen)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Aktuelle Stunde. Die Fraktion der SPD hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „BioCon Valley – Perspektiven für die Region“ beantragt.

Aktuelle Stunde

BioCon Valley – Perspektiven für die Region

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der SPD Herr Schlotmann. Bitte sehr, Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Alfred North Whitehead, englischer Mathematiker und Philosoph des letzten Jahrhunderts, hat einmal über den rasanten Fortschritt des Wissens und der Technik gesagt: „Wissen hält nicht länger als Fisch.“ Besser kann man die aktuelle Situation im Bereich der Zukunftstechnologien nach meiner Auffassung auch nicht umschreiben. Nichts ist älter als die Hard- und Software von heute. Das gilt für die Informations- und Kommunikationstechnologien genauso wie für den Bereich der Biotechnologie. Und eins ist klar in diesem Zusammenhang: Mecklenburg-Vorpommern ist ein Biotechnologiestandort, der sich auf der Erfolgsspur befindet.

Der Anfang wurde mit der Gründung der BioRegio Greifswald/Rostock gemacht. Inzwischen arbeiten in diesem Verbund rund 64 Firmen mit rund 800 Beschäftigten und weiteren 700 Wissenschaftlern und jährlich entstehen hier weitere 7 bis 8 neue Firmen. Bei der Zahl der Biotechnologieunternehmen liegen wir im Verhältnis zur Einwohnerzahl bundesweit gerechnet an zweiter Stelle hinter Berlin. Auch das muss einmal gesagt werden. Das sind Fakten und Daten, auf die wir stolz sein können. Sie zeigen, Mecklenburg-Vorpommern ist auf einem guten Weg.

Meine Damen und Herren! Resultierend aus der BioRegio wurde Anfang September die zweite Etappe gestartet, nämlich der Gründungsakt von BioCon Valley Mecklenburg-Vorpommern. Und dieser Begriff verspricht ein großes Potential. Worum geht es? Um national und international noch attraktiver und bekannter zu werden, soll aus der BioRegio Greifswald/Rostock das BioCon Valley Mecklenburg-Vorpommern werden. BioCon Valley soll zu einem Markenzeichen für Mecklenburg-Vorpommern werden, gewissermaßen ein Logo, mit dem Mecklenburg-Vorpommern als Standort für Biotechnologie über die Landesgrenze hinaus werben kann und muss.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich drei Aspekte herausgreifen, die mir in diesem Zusammenhang besonders interessant erscheinen, weil sie über den Bereich der Biotechnologie hinaus auch für andere Sparten beispielgebend sein können:

1. Grundphilosophie von BioCon Valley

Unser aller Ziel muss es sein, Mecklenburg-Vorpommern als zukunftsichernden innovativen Standort zu präsentieren. Gleichzeitig aber befinden wir uns in einem harten weltweiten Wettbewerb. Globalität und transnationale Interdependenz heißen die Stichworte. Die Konkurrenz schläft eben nicht. Also ist es wichtig, durch Bündelung von Kräften und Ressourcen gemeinsame Strategien, gerade auch Werbestrategien, zu entwerfen. Dazu ein Logo zu schaffen, wie es mit BioCon Valley jetzt praktiziert wird, erscheint mir eine sehr nachahmenswerte Idee, meine Damen und Herren.

2. Zusammenarbeit zwischen Universität und Wirtschaft, zwischen Wissenschaft und Wirtschaft

Wer heute den Anforderungen von morgen genügen will, muss dafür sorgen, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Bildung, Forschung und Wirtschaft garantiert wird. Nur innovative Produkte können auch dauerhaft die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und damit hochwertige Arbeitsplätze sichern. Deshalb ist es so wichtig, dass Ergebnisse der Hochschulforschung schnell in neue Produkte umgesetzt werden. Schon heute gibt es eine gute Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und Unternehmen im Bereich der Biotechnologie. Dabei sichert eine enge Kooperation beider Bereiche einerseits den Nachwuchs an Fachkräften und andererseits fördert das universitäre Klima Innovation und Aufbruch in den Wirtschaftsbereichen der Hochtechnologie.

Auch hier ist BioCon Valley beispielgebend, beteiligen sich doch zum Beispiel beide Universitäten an diesem Verbund. „Wirtschaftsförderung durch Köpfe“ nennen wir dieses Vorhaben. Und das heißt auch, die Hochschulen müssen sich künftig noch stärker den Unternehmen des Landes mit ihren speziellen Anforderungen an Ausbildung und Forschung stellen.

3. Mecklenburg-Vorpommern liegt im Herzen Europas.

Der Zusammenarbeit im Ostseeraum wie auch der Perspektive zu Polen kommt eine große Bedeutung zu. Dabei ist BioCon Valley beispielhaft. Anfang September wurde eine Zusammenarbeit zwischen dem skandinavischen MediCon Valley und BioCon Valley vereinbart. Auch hier gilt: Wer heute in dem harten globalen Wettbewerb bestehen will, der muss sich frühzeitig nach Partnern umschauen. Grenzübergreifende Zusammenarbeit ist hier die Grundlage für den Erfolg.

Meine Damen und Herren! Das sind die Aspekte, die zeigen, die Idee von BioCon Valley Mecklenburg-Vorpommern hat Zukunft. Jetzt gilt es, sie mit all unseren Kräften auch voranzutreiben.

Und damit komme ich zu meinem letzten Punkt in diesem Zusammenhang. Ich hoffe wirklich, meine Damen und Herren der CDU, dass sich Ihre Beiträge heute durch mehr Konstruktivität auszeichnen,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU:
Oje, das war wieder kein Beitrag!)

als das zuletzt leider der Fall gewesen ist.

Herr Rehberg, wenn ich mir Ihre Äußerungen oder die Äußerungen Ihres Vorsitzenden, der jetzt nicht da ist, aus der vergangenen Woche zum Beispiel zum Thema BMW-Bewerbung in der Presse noch mal vergegenwärtige, dann kann ich nur eins sagen: Wer das Land als Ganzes und die Anstrengungen der Landesregierung, seine wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen, ständig in primitivster Art und Weise schlecht redet, wer sich als Miesmacher der Nation betätigt,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

der muss sich hinterher nicht wundern und beklagen, dass sich dieser Eindruck außerhalb dieses Landes festsetzt. Ich sage, Herr Rehberg, Sie sind das größte Hemmnis für Wirtschaftsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Seidel von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Seidel.

Jürgen Seidel, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da demonstrieren in der letzten Woche Fernfahrer und Landwirte direkt vor der Haustür, getrieben von existentiellen Nöten, die ihnen durch gestiegene Energiekosten und die Ökosteuer aufgebürdet wurden. Da fordern die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten aus Rheinland-Pfalz und aus Nordrhein-Westfalen, Herr Beck und Herr Clement, soziale Abfederungen, insbesondere auch gegenüber denen, die halt ein bisschen schwächer in der Gesellschaft sind. Aus Mecklenburg-Vorpommern, das als Flächenland besonders unter der Ökosteuer zu leiden hat – ich sage hier auch, benachteiligt ist –, kommt wieder einmal kein Mucks. Ganz nebenbei steht uns ein verkehrspolitischer Kollaps bevor – ich habe das vorhin schon erwähnt –, falls die Pläne der Bahn verwirklicht werden. Und wir unterhalten uns jetzt hier über BioCon Valley und Herr Schlotmann macht Herrn Rehberg als das Hindernis für die Wirtschaft dieses Landes aus.

(Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU:
Ja! – Volker Schlotmann, SPD:
Ich meinte Ihre ganze Fraktion.)

Also wirklich toll getroffen, Herr Schlotmann!

Ich will Ihnen auch gleich den Wind aus den Segeln nehmen. Sie brauchen mir hier nichts zu erzählen über die Bedeutung neuer innovativer Unternehmen und Zukunftsbranchen. Ich weiß sehr wohl, welche großartige Entwicklung sich dort in der Region vollzieht und welche Chancen sich auch aus Biotechnologien für Mecklenburg-Vorpommern ergeben. Allerdings, Herr Schlotmann, es drängt sich der Verdacht auf, Sie haben dieses Thema bewusst so gewählt, um anderen, viel aktuelleren Themen, in dem Fall auch kritischeren Themen auszuweichen oder sie auch unter den Teppich zu kehren,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Volker Schotmann, SPD:
Was Sie so alles wissen!)

und das vielleicht so ein bisschen nach dem Motto: Wir haben zwar nichts zu bieten, also schmücken wir uns wenigstens mit fremden Federn.

(Volker Schlotmann, SPD:
Und das mit einem scheinheiligen Antrag
wie gerade, ne! Das ist doch lächerlich!)

Ich will Ihnen sagen, wenn Sie von BioCon Valley hier sprechen, dann sollten Sie wenigstens erwähnen – nur erwähnen, Sie brauchen es gar nicht zu werten –, dass natürlich die Entwicklung der Technologiezentren in Warnemünde, Rostock, Greifswald, Neubrandenburg, Schwerin sowie der branchenspezifischen Zentren wie das Biotechnikum in Greifswald, das Zentrum für Lebensmitteltechnologie in Neubrandenburg oder das Forschungszentrum für Biosystemtechnik und Biomaterialien in Rostock, um hier nur einige zu nennen, auf umfangreiche Förderung durch alle ehemaligen Landesregierungen zurückzuführen ist. Das war ein ganz kontinuierlicher Weg, der bis zu diesem Tage dorthin geführt hat.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und wenn es hier jemanden besonders hervorzuheben gilt, dann wäre dies für meine Begriffe unser ehemaliger Kollege Rainer Beckmann, der sich wirklich für diese neuen Technologien sehr eingesetzt hat,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

der allerdings mit seiner Partei ja so viel Probleme hatte, dass er gar nicht mehr angetreten ist für den Landtag.

(Zurufe von Sylvia Bretschneider, SPD,
und Volker Schlotmann, SPD)

Meine Damen und Herren, wenn Sie schon über die Perspektiven für die Region durch das BioCon Valley sprechen wollen, so meine ich, sollten wir besonders den Mut haben, die Rahmenbedingungen anzusprechen, die sich Wissenschaft und Wirtschaft und besonders auch den Wissenschaftlern dort bieten. Ich denke auch, dass diese Rahmenbedingungen das entscheidende Kriterium dafür sind, ob denn das jetzt Erreichte – Sie nannten es, die 64 Unternehmen und 800 Beschäftigten – sozusagen das Ende der Fahnenstange ist oder ob hier wirklich real weitere Wachstumschancen vorhanden sind. Ich denke, hier müssen wir an erster Stelle auch wieder die Verkehrsverbindungen nennen. Es kommen viele Beschäftigte gerade in diesem Bereich aus anderen Gegenden. Es sind viele junge Leute in diesem Bereich tätig, so dass Verkehrsbedingungen, Verkehrsinfrastruktur – ich habe das jetzt mehrfach erwähnt – eine ganz wichtige Frage in diesem Zusammenhang sind. Und insofern ist auch der Zusammenhang gegeben.

Ich will Ihnen auch klipp und klar sagen, dass man viele andere Dinge in der Bildung beachten muss. Glauben Sie doch nur nicht, wenn wir uns gegenwärtig in den Klassen unseres Landes auf 30 Kinder pro Klasse zu bewegen, dass das vielleicht junge Leute gerade in diesem Hochtechnologiebereich veranlassen kann, hier in Mecklenburg-Vorpommern ihren Arbeitsplatz zu wählen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Sylvia Bretschneider, SPD: Diese Größen-
ordnung haben Sie doch eingeführt. –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Ich glaube, wir haben viele Dinge miteinander zu besprechen und wir müssen handeln. Es lohnt sich nicht, sich da irgendwie im Glanze anderer zu sonnen, sondern es geht hier darum, wirklich die Dinge anzupacken.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Und, meine Damen und Herren, in diesem Sinne, liebe Landesregierung, glaube ich, packen Sie die Dinge an und nehmen Sie die Aufgaben ernst, dann werden wir auch im Bereich der Biotechnologie wirklich vorwärts kommen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat Frau Kassner von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Kassner.

Kerstin Kassner, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit exakt 14 Tagen wirkt nun in unserem Land ein Verbund biotechnologischer Firmen und Forschungseinrichtungen. Der Namen, den sie sich gegeben haben, BioCon Valley, ist in der Tat sehr anspruchsvoll und setzt hohe Erwartungen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Es gilt, die Aktivitäten auf diesem wichtigen und zukunftssträchtigen Wirtschafts- und Wissenschaftszweig zu bündeln und damit einen Grundstein zu legen für eine weitere Entwicklung in unserem Land.

Am 7. September 2000 las ich wie viele andere von Ihnen auch in der OZ einen Kommentar der Journalistin Frau Koepke, dem ich nur zustimmen kann, denn sie führt zum Beleg ihrer optimistischen Betrachtungen darin an: „Der wichtigste Aspekt jedoch, der dem Baby BioCon Valley zu kräftigem Wachstum verhelfen wird, besteht darin, dass etwas höchst Seltenes geglückt ist: Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ziehen an einem Strang und gehen daran, gemeinsam eine Vision zu verwirklichen.“ Ich wünsche mir, dass dieser glückliche Umstand in Mecklenburg-Vorpommern noch des Öfteren passieren sollte. Und ich hoffe, dass dieses Baby in diesem Bündnis zu großer Entfaltung gelangt.

Meine Damen und Herren! Die Wirtschaftskraft unseres Landes wurde an dieser Stelle oft diskutiert. Die traditionellen Ansätze für eine Belebung haben bisher kaum wesentliche Anstiege herbeigeführt und sind damit weder tauglich für das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes noch für die Schaffung von mehr dauerhaften Arbeitsplätzen in den nächsten Jahren. Für die PDS-Fraktion liegt deshalb der Schlüssel in der Entwicklung eines Wirtschaftspotentials, dessen Grundlagen die Hochtechnologien des neuen, des 21. Jahrhunderts sind. Ich weiß, dass dies ein langwieriger und ein schwieriger, alle Kräfte fordernder Prozess sein wird, der keine schnellen Erfolge bringt. Wir haben es gehört, 64 Unternehmen dieser Branche mit 800 Beschäftigten sind ein Keim, ein Kern, aus dem ein großes Potential wachsen kann. Eine nächste Etappe könnte der heutige Umfang des MediCon Valley mit 1.200 Unternehmen und immerhin 32.000 Arbeitsplätzen sein. Die Entwicklung auf diesem Wissens- und Wirtschaftsgebiet ist nach oben offen, wenn man denn den Analysen Glauben schenkt.

Für ein weiteres sicheres Zeichen dieses Wachstums halte ich, dass BioCon Valley sofort auf starke Partner gesetzt, diese gesucht und auch gefunden hat. Globalisierung und Regionalisierung, meine Damen und Herren, sind nämlich nicht Antipoden, sondern sie sind meiner Meinung nach ergänzende Tendenzen einer zukunftsorientierten Entwicklung und müssen als solche wirksam gemacht werden.

Als vor 14 Tagen diese offizielle Vereinbarung über die Vernetzung und internationale gemeinsame Vermarktung zwischen dem BioCon Valley und dem dänisch-schwedi-

schen MediCon Valley unterzeichnet wurde, wurde ein richtiger und wichtiger Schritt in diese Richtung unternommen. Die geplante Ausdehnung dieser Zusammenarbeit zwischen der Øresund-Region und unserem Land auf den gesamten Ostseeraum ist mehr als folgerichtig. Damit könnte das Gewicht dieser europäischen Region stark zunehmen und auch den Anschluss unseres Landes an andere Spitzenregionen befördern.

Meine Damen und Herren! Die PDS erwartet, dass mit BioCon Valley auch ein Schritt für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung getan wird. Für uns ist der Übergang zu dieser Wirtschaftsform nicht möglich, ohne die Potentiale der Grundlagenwissenschaft und der Hochtechnologien umfassend zu nutzen. Die von BioCon Valley angestrebten Kooperationen werden dies ermöglichen. Wir möchten einen Paradigmenwechsel in der Wissenschaft und der Wirtschaft, weg von der vorwiegend arbeitsplatzsparenden Orientierung für Forschung und Entwicklung, hin zu Einsparungen von Rohstoffen, Energie und anderen Ressourcen. Und damit sind wir auch wieder bei dem Thema, das Herr Seidel vor mir genannt hat. Ich denke, es gibt andere Wege als die von Ihnen eingeschlagenen, mit denen ebenfalls eine hohe Wertschöpfung verbunden ist und Gewinne erzielt werden können. BioCon Valley sollte hierfür ein Anfang sein. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff. Bitte sehr, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Biotechnologie ist weltweit eine Branche mit großen Zukunftsperspektiven und man spricht vom dritten Jahrtausend auch schon von einem Jahrtausend der Biotechnologie. Und wir in Mecklenburg-Vorpommern sind dabei. „Mecklenburg-Vorpommern macht Tempo als Bioregion“, „Mecklenburg-Vorpommern auf dem Weg nach BioCon Valley“, „BioCon Valley knüpft in Mecklenburg-Vorpommern ein weit reichendes Technologienetz“ – so meldeten regionale und überregionale Tageszeitungen, Rundfunk und Fernsehen Anfang des Monats. Das Presseecho zum Start von BioCon Valley war ein voller Erfolg. Eine bessere Imagekampagne für den Biotechnologiestandort Mecklenburg-Vorpommern kann man sich, glaube ich, kaum wünschen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Mit BioCon Valley werden Mecklenburg-Vorpommern und moderne Technologie in einem Atemzug genannt und das ist die beste Werbung für unser Land. So machen wir neue Investoren, junge Unternehmer und internationale Partner aus Wissenschaft und Wirtschaft auf uns neugierig und das zahlt sich aus. Immer mehr Investoren und Interessenten aus dem Ostseeraum, aber auch aus den USA und Japan entdecken unser Land.

Wir in Mecklenburg-Vorpommern haben die Chancen und die Perspektiven der Bio- und Medizintechnik rechtzeitig erkannt und ergriffen. Und es geht jetzt darum, unsere gute Position schnell und gezielt auszubauen. Mit dem Schritt von der BioRegio Greifswald/Rostock zum BioCon Valley Mecklenburg-Vorpommern haben wir, denke ich, die Weichen in Richtung Zukunft gestellt. Die

erste Runde war erfolgreich. Seit ihrer Gründung 1996 ist die BioRegio Greifswald/Rostock zum Motor einer vielversprechenden Entwicklung in unserem Land geworden. Und, sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Schlotmann, Sie haben in der Tat Recht, in dieser Branche hält Wissen nicht länger als ein Fisch, denn inzwischen sind es sogar 71 Firmen, nicht mehr nur 64, mit 950 Beschäftigten. Man kann also sehen, wie dynamisch diese Branche ist, wie schnell sich die Dinge hier entwickeln.

Das Biotechnikum Greifswald, das Biomedizintechnikum Teterow und das Forschungszentrum für Biosystemtechnik und Biomaterialien Rostock-Warnemünde haben sich als erfolgreiche Brutkästen für innovative Gründungen und für junge Unternehmen gezeigt. Bei der Zahl der Unternehmensgründungen liegen wir im Verhältnis zur Einwohnerzahl gerechnet an zweiter Stelle in der Bundesrepublik hinter Berlin.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Einige dieser jungen Firmen haben bereits mit Erfindungen international auf sich aufmerksam gemacht. Die Teraklin AG Rostock beispielsweise wurde kürzlich für ihre künstliche Leber mit dem deutschen Mittelstandspreis ausgezeichnet und PlasmaSelect lässt nicht nur den Bundeskanzler staunen.

Die erste Runde, meine Damen und Herren, war ein Erfolg für die BioRegio Greifswald/Rostock und für Mecklenburg-Vorpommern. Die zweite Runde soll uns noch erfolgreicher machen – national und international. Deshalb haben wir am 6. Dezember gleich zu einem Dreisprung angesetzt: erstens der Gründung des BioCon Valley Mecklenburg-Vorpommern, zweitens der Partnerschaft mit MediCon Valley und drittens der Gründung des „Biotech Business Club“ als PR-Forum bei unserer Landesvertretung in Berlin.

Meine Damen und Herren, mit BioCon Valley wollen wir noch besser, schneller und effizienter werden

- bei der Bündelung aller Aktivitäten auf den Gebieten Biotechnologie, Biomedizin und Medizintechnik,
- als Impulsgeber für die Grundlagenforschung und die angewandte Forschung,
- bei der Bildung von Kompetenzclustern,
- bei der Einwerbung weiterer Partner wie Geldinstitute, Krankenkassen, Krankenhäuser und Ärzteschaft,
- bei der Initiierung und Begleitung von Firmengründungen, Firmenansiedlungen und der Werbung um neue Investoren im In- und Ausland zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze,
- bei der internationalen Ausstrahlung und der Imagewerbung für den Biotechnologiestandort Mecklenburg-Vorpommern
- und als Partner in der internationalen Zusammenarbeit.

Wir wissen natürlich auch, dass sich der Wettbewerb der einzelnen Biotechnologieregionen weltweit verschärft. Unsere Erfolgsstrategie muss deshalb heißen: Zusammenarbeit im Land und über die Landesgrenzen hinaus. Und dazu gehört der internationale Erfahrungsaustausch mit Veranstaltungen wie der 2. Internationalen Biotechnologiekonferenz mit Teilnehmern aus mehr als 15 Ländern in Warnemünde oder dem 2. Leberdialyse-Symposium

mit Experten aus 27 Ländern. Das Symposium fand ebenfalls Anfang September in Warnemünde statt. Und dazu, es wurde schon darauf hingewiesen, gehört vor allem auch die länderübergreifende Kooperation wie die Partnerschaft mit dem Biotechnologie- und Pharmazieverbund MediCon Valley, die wir im Rahmen der Gründung von BioCon Valley offiziell besiegelt haben.

MediCon Valley ist tatsächlich eine der führenden Bioregionen in Europa. Es sind dort 1.200 Firmen angesiedelt, die Hälfte davon aus dem Pharma- und Biotechnologiebereich. Welche Möglichkeiten sich für Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern damit bieten, brauche ich Ihnen, glaube ich, nicht zu erklären. Es kommt darauf an, dass wir diese Chancen nutzen, und unser neuer dänisch-schwedisch-deutscher Verbund ist mit dem BioValley Deutschland im Dreiländereck Deutschland-Frankreich-Schweiz die zweite internationale BioRegio in Europa.

Ein Beispiel für die künftige gemeinsame Arbeit ist auch der Aufbau eines internationalen Netzwerks führender Biotechnologieregionen in Europa. Die Zusammenarbeit zwischen der Øresund-Region und Mecklenburg-Vorpommern soll später auf den gesamten Ostseeraum ausgedehnt werden mit dem Ziel einer „Life Science Region Baltic Sea“. Die künftige EU-Osterweiterung, denke ich, bietet auch in dieser Richtung interessante Perspektiven.

Um national und international verstärkt für Produkte und Leistungen aus BioCon Valley Mecklenburg-Vorpommern zu werben und potentielle Investoren besser zu erreichen, wollen wir als Foren aller Biotechnologieakteure aus Politik, Industrie und Wissenschaft in der Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern in Berlin einen „Biotech Business Club“ zur gezielten Lobbyarbeit einrichten. Mit diesem Angebot erhalten unsere Partner aus Skandinavien eine ausgezeichnete Bühne in der deutschen Hauptstadt und wir profitieren von der Zusammenarbeit, weil wir auf dieser Bühne gemeinsam mit ihnen auftreten.

Natürlich, Herr Seidel, haben Sie Recht, dass die Verkehrsinfrastruktur im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen eine große Rolle spielt – ich denke, der Wirtschaftsminister wird dazu noch etwas sagen – und deshalb freut es uns natürlich, dass wir in dieser Legislaturperiode fünfeinhalbmal so viel Mittel für Bundesfernstraßen in Mecklenburg-Vorpommern ausgeben können wie in der Legislaturperiode 1994 bis 1998.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es geht voran in Mecklenburg-Vorpommern. Der Ausbau der Biotechnologie hat für unser Land größte Bedeutung. Daher wird die Technologiepolitik auch weiterhin einer der Schwerpunkte in der Arbeit der Landesregierung sein. Mit der Gründung des BioCon Valley Mecklenburg-Vorpommern haben wir, denke ich, einen wichtigen Schritt nach vorn geschafft. Lassen Sie uns gemeinsam, Herr Seidel, BioCon Valley zu einem Aushängeschild für Mecklenburg-Vorpommern machen! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr König von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr König.

Dr. Arthur König, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun gibt es neben dem Sili-

con Valley in Kalifornien, dem MediCon Valley in Schweden und Dänemark auch ein BioCon Valley in Mecklenburg-Vorpommern.

(Siegfried Friese, SPD: Das ist doch schön. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist doch sehr schön.)

Das ist schön, ja.

Das BioCon Valley soll die Biotechnologiestandorte Greifswald, Rostock und Teterow zu einer Kernregion der Biotechnologie in Mecklenburg-Vorpommern zusammenführen und verbinden. Das ist ohne Zweifel zu begrüßen und es ist gleichzeitig, es wurde auch schon mal gesagt, ein hoher Anspruch, denn Silicon Valley und MediCon Valley sind boomende Regionen in den jeweiligen Ländern.

Wo steht in Mecklenburg-Vorpommern die Biotechnologie?

Um die beiden Universitäten Greifswald und Rostock und um die sieben außeruniversitären Forschungseinrichtungen haben sich mittlerweile – die Zahl wurde schon mal genannt –, ich glaube, 70 Firmen und Unternehmen angesiedelt mit an die 1.000 Beschäftigten und jährlich kommen acht bis zehn Unternehmen dazu. Das ist erfreulich, wenn man bedenkt, dass das Gros dieser Firmen Neugründungen sind und im Wesentlichen auch nach 1990 die älteren gegründet wurden.

Mit dem Markenzeichen BioCon Valley wird nun ein Konzept angepackt, das nicht nur Firmen und Produkte, sondern eine ganze Region, nämlich die Region Greifswald, Teterow, Rostock international vermarkten soll. Ziel des Konzeptes BioCon Valley ist es, in Kooperation mit dem MediCon Valley, darauf wurde schon hingewiesen, längs des Øresundes gemeinsame Projekte zu initiieren, um so zukunftssichere und hochwertige Jobs zu schaffen und zu sichern.

Nur, meine Damen und Herren, gehen Sie einmal hin zu den Unternehmern und sprechen Sie mit ihnen vor Ort, dann werden Sie auch merken, wo ihnen zurzeit noch der Schuh drückt. Ich nenne nur ein Beispiel, was oft zitiert wird: Teterow. Die in Teterow ansässige Firma Plasma-Select, davon wurde schon viel gesprochen, hat vor kurzem Teile ihres Verkaufs und ihrer Verwaltung nach Hamburg verlegt. Für Mecklenburg-Vorpommern ein Wermutstropfen. Ein Hauptgrund dafür, und darauf hat mein Kollege Jürgen Seidel schon hingewiesen, ist die unzureichend ausgebaute Verkehrsinfrastruktur in der Region. Und da nützt, Herr Schlotmann, auch nicht nur, BioCon Valley als Logo verstanden zu wissen.

Meine Damen und Herren, das von der Landesregierung oft und häufig so als finanzpolitische Wohltat herbeigeredete Objekt für die Zukunft und die Finanzierung dessen, der Zukunftsfonds, der im Haushalt 2001 zum ersten Mal eingestellt ist, wirken bei näherem Hinsehen auch nicht gerade zukunftsweisend. Nicht umsonst ist in diesem Haushaltsentwurf dieser Punkt unter den Verstärkungsmitteln in der Allgemeinen Finanzverwaltung eingestellt. Anträge auf Zuweisung dürfen demnach erst dann gestellt werden, wenn die Finanzierungsmöglichkeiten der Fachressorts ausgeschöpft sind.

Die Firmen in dem BioCon-Valley-Verbund benötigen aber kurzfristig und regional einsetzbare Mittel. Hier denke ich zum Beispiel an das Institut für Diabetes „Gerhard Katsch“ in Karlsburg, ein erfolgreiches Unternehmen der Biotechnologie. Dieses Unternehmen hat erfolgreich

am InnoRegio-Wettbewerb teilgenommen in Mecklenburg-Vorpommern und ist das einzige Unternehmen der Biotechnologie in Mecklenburg-Vorpommern, das überhaupt Erfolge erzielt hat in diesem Wettbewerb. Die Finanzierung dieses Institutes ist für die nächsten Jahre unklar, da es im Nachfolgeprogramm des HSP III des Kultusministeriums nicht mehr enthalten ist.

Meine Damen und Herren! Ein weiterer Klagepunkt der Firmen: Kompetenzgerangel der an der Förderung der Biotechnologie beteiligten Ministerien – Landwirtschaftsministerium, Wirtschaftsministerium und Kultusministerium. Ein ressortübergreifender Ansatz für ein Konzept zur Förderung des gesamten Komplexes Biotechnologie in Mecklenburg-Vorpommern wäre da sicher von Vorteil.

Meine Damen und Herren! Es ist also vor Ort noch einiges zu tun, wenn, wie Sie es ausgedrückt haben, Herr Ministerpräsident, aus dem Dach BioCon Valley ein vernünftiges, tragfähiges Gebäude, ein Haus BioCon Valley in Mecklenburg-Vorpommern werden soll. Dazu reicht es nicht, BioCon Valley auf ein Logo oder auf eine Imagekampagne allein zu reduzieren. Die Chance besteht, das ist zu Recht gesagt, dass in Mecklenburg-Vorpommern die Biotechnologie ein deutliches Stück nach vorne gebracht werden kann. Dazu muss aber eine ausreichende finanzielle Bereitstellung von Seiten der Landesregierung vorgesehen werden, dazu müssen die Struktur und eine zukunftssichere Rechtsgrundlage für den Begriff BioCon Valley geschaffen werden und es sind umfangreiche Mittel in die regionale Infrastruktur, ganz besonders in den Raum Greifswald, Teterow und Rostock zu stecken. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Angelika Gramkow, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Um das Wort hat der Wirtschaftsminister gebeten. Bitte sehr, Herr Minister Eggert.

Minister Dr. Rolf Eggert: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde ist ja die Stunde der Parlamentarier. Ich wollte mich eigentlich auch heute in der Debatte etwas zurückhalten, aber einiges, was hier heute gesagt wurde, auch von Ihnen, Herr Seidel, treibt mich doch dazu, hier an das Rednerpult zu gehen.

Es ist natürlich so, Herr König, dass Geld ausgegeben werden muss für die einzelnen Projekte. Und wenn ich Ihnen sage, dass wir allein in den letzten Jahren 17 Millionen DM ausgegeben haben für ganz konkrete Projekte von Biotechnikfirmen, wo wir sie unterstützt haben in der Markteinführungsphase, in der Entwicklung von neuen Ideen, dann ist das eine Menge Geld für diese kleinen mittelständischen Firmen, die Sie angesprochen haben, und das sollten Sie doch einfach auch mal erwähnen.

(Zuruf von Dr. Arthur König, CDU)

Ich will im Übrigen auch Folgendes sagen: Natürlich sind die Wurzeln für diese Entwicklungen schon weit vor unserer Regierungsübernahme gelegt worden. Das bestreitet doch niemand. Hier haben viele andere auch schon mitgewirkt.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Sie waren vorher nicht in der Regierung, ne?!)

Diese Dinge werden jetzt auf den Punkt gebracht und ausgebaut, Herr Seidel. Aber wenn wir denn diese

gemeinsame Verantwortung sehen, dann sage ich Ihnen auch eins,

(Harry Glawe, CDU: Wo waren Sie denn zwischen '94 und '98?)

dann müssen wir sie auch in den von Ihnen angesprochenen Punkten sehen, nämlich in der Entwicklung, die wir gerade bei der Bahn haben. Das hat ja eigentlich mit diesem Thema nichts zu tun, aber Sie durften dazu reden und insofern darf ich vielleicht auch etwas dazu sagen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich will vielleicht mal darauf eingehen, wer denn eigentlich die Bahn privatisiert hat, wer dafür die politische Verantwortung trägt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Caterina Muth, PDS: Ja, ja, genau.)

Wir sollten uns doch mal vor Augen führen, wer diese Beschlüsse gefasst hat. Und dann ist ja noch eine Kommission eingesetzt worden – die Initiative ging auch noch auf die alte Regierung zurück –, die so genannte Pellmann-Kommission, die jetzt festgestellt hat, was ich schon immer wieder auch in der Öffentlichkeit gesagt habe, auch damals, und hier im Landtag war der einzige, der es gesagt hat, Herr Gerloff, nämlich dass diese Privatisierung einen Systemfehler enthält,

(Caterina Muth, PDS: Das stimmt nicht, die PDS hat das auch gesagt.)

den Systemfehler nämlich, dass die Infrastruktur, das Netz der Bahn bei der Bahn gelassen wurde

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

und nicht als eine eigenständige Gesellschaft, die nach wie vor beim Bund angesiedelt ist, erhalten bleibt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Eggert, bitte nehmen Sie die PDS auch zur Kenntnis!)

Und genau das kritisiert die Pellmann-Kommission heute, meine Damen und Herren, und legt den Finger genau auf die Wunde.

(Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Und die politische Verantwortung dafür tragen Sie, Sie ganz allein!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will noch eins sagen dazu.

(Harry Glawe, CDU: Nehmen Sie doch Ihre Verantwortung wahr!)

Ich will noch eins sagen dazu.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das einzige Bundesland, was damals im Bundesrat dagegen gestimmt hat, war nicht etwa Mecklenburg-Vorpommern mit der dünnsten Besiedlung, mit all den Problemen, die daraus erwachsen könnten und natürlich jetzt auch erwachsen, sondern das einzige Bundesland, was dagegen gestimmt hat, war nämlich Hamburg, meine Damen und Herren. Sie können es nachlesen.

(Harry Glawe, CDU: Der Stadtstaat Hamburg.)

Insofern, denke ich mal, ist das, was Sie hier heute angesprochen haben und auch in Ihrem Antrag verwirklichen wollten, in etwa so, als wenn jemand etwas ins Feuer

wirft und, wenn es dann hell lodert, sich hinstellt und sagt, warum löscht ihr es nicht. Genauso habe ich das hier empfunden, meine Damen und Herren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, aber Sie tun gar nichts! – Harry Glawe, CDU: Sie müssen doch aber Ihre Arbeit machen.)

Und jetzt will ich Ihnen noch eins sagen, weil Sie sagen, das sind die aktuellen Probleme und darum kümmern wir uns nicht: Morgen sind die Verkehrsunternehmen bei uns. Wir haben einem großen Verkehrsunternehmen, das ich namentlich nicht erwähne aus Datenschutzgründen, gerade durch die Zusammenarbeit von Finanzministerium und Wirtschaftsministerium eine Bürgschaft erteilt, damit eine Überbrückungshilfe für die schwierige Situation dieses Unternehmens geleistet werden kann durch die Landesregierung.

(Beifall Siegfried Friese, SPD – Lutz Brauer, CDU: Das ist ein Trost.)

Wir werden morgen mit dem Verband darüber sprechen, was wir weiterhin tun können, um gerade die schwierigen Probleme der Unternehmen in unserem Land entsprechend abzufedern und abzumildern. Insofern, Herr Seidel, sind Ihre Vorwürfe, die Sie hier heute äußern, völlig unbegründet.

(Jürgen Seidel, CDU: Im Grunde genommen ist es nur eine Feststellung.)

Und nun noch etwas zu dem Thema BioCon Valley, zu dem ich zurückkommen will.

Erstens. Unser Rezept lautet: erfolgsorientierte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und natürlich auch den Geldgebern hier im Lande. Das ist die erste und wichtigste Forderung, die wir erheben. Hier setzen unsere Bemühungen zentral an. Und ich will Ihnen dafür ein Beispiel geben, weil Sie angefordert hatten, Herr König, dass die Ressorts auch zusammenarbeiten müssen. Das Bildungsministerium und das Wirtschaftsministerium haben gemeinsam einen Forschungswettbewerb ausgeschrieben und die Sieger bei diesem Wettbewerb sind die Genomorientierte Biotechnologie, Neue Wirkstoffe und Biomaterialien und das Innovationsnetzwerk Biosystemtechnik. Also Siegertemen sind genau die Themen, die in BioCon Valley hineinpassen, und hier haben das Bildungsministerium und das Wirtschaftsministerium sehr eng zusammengearbeitet.

(Dr. Arthur König, CDU: Aber auch ein anderes Ministerium.)

Im Übrigen betrifft das auch den gesamten Bereich der Unternehmensansiedlung. Hier gibt es eine sehr enge Kooperation und eine sehr gute Zusammenarbeit.

Zweitens der Aufbau von nationalen und internationalen Kompetenzclustern und Kooperationsbeziehungen: Genau das haben wir mit der Gründung von BioCon Valley gemacht. Der Name ist im Übrigen rechtlich geschützt. Und wir haben uns hier eingebunden in einen europäischen Rahmen.

Der dritte Schwerpunkt: Es ist wichtig, dass wir einen internationalen Erfahrungsaustausch machen, beginnend mit MediCon Valley in der Øresund-Region, aber natürlich auch mit einer späteren Ausweitung in der gesamten Ostseeregion.

Als Viertes, meine Damen und Herren: Natürlich ist es wichtig, dass wir Verbindungen bekommen in andere Regionen. Wir arbeiten, das haben Sie sicher auch schon vernommen, sehr hart mit dem Flughafen Rostock/Laage daran, dass wir eine Direktflugverbindung zwischen Rostock/Laage und München bekommen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Da sind wir ganz aktuell dabei. Und wenn es tatsächlich klappt, werden wir ab dem Jahre 2001 eine Direktflugverbindung bekommen.

Es stimmt im Übrigen nicht, dass die Verkaufsabteilung von PlasmaSelect nach Hamburg verlegt worden ist. Da haben Sie falsche Informationen. Natürlich, und das habe ich ja mit meiner letzten Bemerkung noch mal unterstrichen, ist es wichtig, dass die Leute auch schnell irgendwohin fliegen können und eine gute Anbindung bekommen.

Und als Letztes: Wir haben die Vision vom Flughafen Parchim nicht gehabt.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Dr. Manfred Reißmann, SPD)

Ich denke, es gibt einen zentralen Flughafen hier im Lande, der nur für solche Verbindungen in Betracht kommt, und das ist Rostock/Laage. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bartels von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bartels.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! BioCon Valley, ja, das ist ein ganz wichtiger Zwischenschritt für eine entscheidende Entwicklung in unserem Land, ein ganz wichtiger Schritt in die Richtung, für Mecklenburg-Vorpommern eine tragfähige Zukunftsperspektive neben anderen aufzubauen. Herr Seidel, da bin ich dann über Ihren Einstieg schon etwas enttäuscht, weil ich denke, auch die Opposition sollte neben dem Thematisieren von aktuellen Problemen die Diskussion um die Perspektiven dieses Landes nicht vergessen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Auch die Opposition hat eine Aufgabe, an dieser Diskussion teilzunehmen. Ich denke, es ist dann schade,

(Jürgen Seidel, CDU: Na dann bringen Sie
doch mal einen anständigen Antrag ein,
dann können wir das auch machen.)

wenn mit etwas aktueller Polemik diese Chance durch die Opposition verspielt wird.

Gestatten Sie mir einige Anmerkungen zu dem ganzen Komplex, der hier schon in vielfältiger Weise beschrieben worden ist. Ich beginne dabei mit einem Zitat aus dem „Handelsblatt“ vom 30.08.2000: „Außer den Gründungsmitgliedern des BioCon-Valley-Verbundes will die Initiative alle Hochschulen und andere im Land tätigen Forschungseinrichtungen im Bereich Biotechnologie, Medizin und Medizintechnik einbeziehen.“ Ende des Zitats. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass die beiden Universitäten Gründungsmitglieder sind. Ich füge dem nur

hinzu als Stichwort: Ohne innovative und leistungsstarke Hochschulen können derartige große Initiativen weder begonnen noch erfolgreich durchgestanden werden. In diesem Zusammenhang – da sage ich auch nur ein Stichwort – spielt die Grundlagenforschung, die eben hauptsächlich an den Hochschulen und ganz besonders an den Universitäten stattfindet und stattfinden muss, eine ganz wesentliche Rolle bei der Vorbereitung und Ausgestaltung von Hochtechnologien in unserem Land. Biotechnologie ist ja nur ein Teil dieser ganzen Geschichte.

Ich will mich aber heute auf einen anderen Gesichtspunkt dieses Problems konzentrieren. Auch oder, besser und richtiger gesagt, gerade in der Zeit der Hochtechnologie und der Computer gewinnt der Mensch als Ideenproduzent und als Steuerer der Supermaschinen zusätzliche, ja, in grundlegender Hinsicht entscheidende Bedeutung. Da grenze ich mich ganz bewusst von manchen Diskussionen in Politik und zum Teil auch in Wirtschaft ab. Diese Feststellung hat eine Konsequenz und diese Konsequenz lautet: Der Bedarf an akademisch ausgebildeten Menschen wächst mit jedem Tag. Je mehr wir Hochtechnologiefirmen ansiedeln wollen, desto mehr brauchen wir Absolventen, sehr gut ausgebildete innovative Absolventen aus unseren Hochschulen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Je mehr wir Hochtechnologie anbieten im Verbund mit attraktiven und innovativen Hochschulen, desto mehr können wir junge Leute ins Land holen und im Land halten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS
und Dr. Manfred Reißmann, SPD)

Wie ist die aktuelle Situation? Auch hier sage ich in der aktuellen Stunde in fünf Minuten nur Stichworte: Die ominöse so genannte Greencard-Diskussion weist auf Probleme hin in diesem Umfeld, das wird gelegentlich vergessen. Es haben auch andere Berufsgruppen wie zum Beispiel die Ingenieurkammern darauf hingewiesen, dass auch bei ihnen ein erheblicher Mangel an hoch ausgebildeten Spezialisten, an akademisch gebildeten jungen Leuten besteht.

Ich verweise darauf, um mal etwas anderes aus Hessen zu nennen als das Hauptproblem, dass die Regierung in Hessen sich außerstande sieht, die Lehrerstellen, die sie ausgeschrieben hat, mit Absolventen zu besetzen. Sie findet diese Absolventen nicht. Ich war schon etwas erschrocken, als wir mit dem Bildungsausschuss im Max-Planck-Institut in Greifswald waren und uns der Leiter, Professor Wagner, dort sagte, er hat Stellen für Diplomphysiker und findet keine Absolventen, die diese Stellen besetzen können.

Das alles zeigt das aktuelle Problem und ich denke, dass wir daraus die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen müssen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Die wichtigste Schlussfolgerung ist: Wir können gar nicht genug sehr gut ausgebildete junge Leute haben. Und auch hier sage ich jetzt nur Stichworte: Das beginnt in der Schule. Da ist ein Beispiel die Frage der Rolle der naturwissenschaftlichen Bildung unserer Schüler. Da bleibt die Frage, ob Einstundenfächer entsprechende Vo-

raussetzungen schaffen für das, was vorher genannt worden ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und SPD – Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Ich stelle fest, das ist eigentlich eine Binsenwahrheit, aber es muss gesagt werden, Naturwissenschaften sind also nicht nur ein wesentlicher Bestandteil von Allgemeinbildung, sondern sind auch Voraussetzung zum Beispiel für ein Physikstudium.

Ich komme gleich zum Schluss, Herr Präsident, ich will nur noch eine Überlegung sagen: Gerade unter diesem Gesichtspunkt kann es auch mit Blick auf die demographische Entwicklung nicht darum gehen, dass wir um die Absenkung von Studentenzahlen diskutieren, sondern es muss darum gehen, wie werben wir immer mehr junge Menschen dafür, sich den Anforderungen akademischer Bildung und akademischer Tätigkeit zu stellen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Reißmann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Reißmann.

Dr. Manfred Reißmann, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte eine ganze Reihe ähnlicher Vorhaben oder Ideen, wie Herr Bartels sie hier geäußert hat, aber ich möchte mit einem anderen Statement anfangen. Als die neue Bundesregierung eine Koalitionsvereinbarung mit den Grünen schloss, hat sie bezüglich der Forschung und Zukunftschancen für diese Regierung besonders einige Aspekte betont. Zukunftsinvestitionen, Forschung und Wissenschaft sollen stärker gefördert werden, als das bei der alten Bundesregierung der Fall war. Die Förderung soll besonders kleine und mittlere Unternehmen treffen und besonders gefördert werden sollen Schlüsseltechnologien und sozialökologische Umweltforschung. Dabei soll als wichtiges Bindeglied der Dialog zwischen Politikern, Wirtschaft und Wissenschaft als wesentliche Grundlage dieses Vorhabens dienen.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass wir hier diese Schwerpunkte in der Regierungsverantwortung durchgehend im Auge gehabt haben seit 1990 mit der Perspektive der Hochschulen im Land und dem Pfund, mit dem wir in dieser Richtung wuchern können, was Potential angeht, mit den sieben Technologiezentren, die im Lande sehr früh gebildet worden sind und in denen sich 1998 über 560 Betriebe angesiedelt hatten mit etwa 2.000 Beschäftigten, dass dann die Teilnahme an dem BioRegio-Wettbewerb Lüsewitz, Riems, Dummerstorf, Gülzower Forschungsinstitute plus Greifswald und Rostock das erste Mal deutlich gemacht hat, dass hier ein Land um einen Standort BioRegion wirbt, und wenn man dann weiß, dass das Wasserskalpell in Schwerin, Teraklin mit der künstlichen Leber, Plasma Select Metalloberflächenveredlung bereits Produkte sind, die auf dem Weg waren, national und international Anerkennung und Absatz zu finden, dann ist das ein Bereich, der deutlich macht, dass hier die Schwerpunkte auch von der jetzigen Landesregierung betont und richtig gesetzt werden.

Es läuft allerdings alles auf die Innovation und auf einen Reparaturbetrieb von Gesundheit hinaus, auf die Vermarktung neuer Produkte, um neue technologische Ent-

wicklungen international anbinden zu können. Und ich möchte die Brücke schlagen zu einem zweiten Aspekt, zu einem zweiten zentralen Punkt im Land, zu dem des Tourismus, zu dem des Gesundheitswesens, zu dem der weißen Industrie. Hier fehlt insgesamt der Aspekt – und ich hoffe, dass das mit dem Akzeptieren von BioCon Valley in der Forschungsrichtung technologisch biomedizin-technikorientiert auch nicht vergessen wird –, hier fehlt der Aspekt, Grundlagenforschung betreiben zu wollen und zu müssen, wenn wir nicht Innovation und teure Entwicklungen insgesamt nur im Auge haben, sondern deren Vermeidung.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Es gibt einen neuen Begriff in der Medizin, in der Umweltmedizin: MCS. Zum Glück stimmt diese Abkürzung auch mit dem deutschen Namen überein – multiple chemische Sensibilität oder Sensitivität. Das heißt wiederkehrende Symptome an mehreren Organsystemen, Reaktion auf nachweisbare Exposition gegen viele chemisch nicht verwandte Stoffe und Substanzen, die in der Dosis, mit der sie im Zusammenwirken Schäden auslösen, weit unter der Dosis liegen, die als Einzelsubstanz einen Schaden auslöst.

Und, meine Damen und Herren, wir haben absolut keine exakten Informationen, welche Rolle diese multiplen chemischen Substanzen in der Auswirkung auf die Gesundheit haben. Es gibt nur Schätzungen, die davon ausgehen, dass es in den USA etwa ein bis 1,5 Millionen Menschen betrifft, in Deutschland hochgerechnet aus diesen Schätzungen 320.000 bis 490.000. Das ist ein Bereich, der an uns auch die Anforderung stellt, hier als Land nicht nur die hochtechnologisch wirksamen und sicher wichtigen Dinge im Auge zu haben, sondern auch den anderen Bereich. Und wenn wir beides anbieten im Land und mit Hochtechnologie und Grundlagenforschung werben, dann müssen wir auch – und das ist derselbe Gedanke wie bei Herrn Bartels – davon ausgehen, dass nicht nur unsere eigenen Landeskinder in der Lage sind, nach guter Ausbildung, nach dem Studium diese Belange als Zukunftsperspektive wichtig für ihre Arbeit wahrzunehmen und hier zu studieren, sondern auch andere Bundesländer wirken als Magnet. Man kann Hochtechnologieforschung, man kann Grundlagenforschung machen, man kann gut studieren in einer fantastischen Umgebung. Das ist die Perspektive unseres Landes.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Und, meine Damen und Herren, es gab einen Werbespot der GEZ vor etwa 30 Jahren. Ich möchte ihn etwas abwandeln in Ihre Richtung: Schwarz malen und sehen, meine Damen und Herren von der CDU, kommt teuer zu stehen, wenn wir die Perspektiven unseres Landes schlecht reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Harry Glawe, CDU:
Sie haben nicht zugehört, Herr Reißmann.)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schnoor von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schnoor.

(Harry Glawe, CDU: Wir müssen nachher Herrn Reißmann noch mal die Rede von Herrn König zur Verfügung stellen, damit er da auch Bescheid weiß.)

Steffie Schnoor, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Bartels und Herr Reißmann, viele Ihrer Erkenntnisse können wir ja teilen,

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist schön.)

ich würde mir nur wünschen, dass Sie dann bitte bildungspolitisch und hochschulpolitisch auch Taten folgen lassen würden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –

Harry Glawe, CDU: Na richtig, so ist es. –

Angelika Gramkow, PDS: Na, Frau Schnoor, ich frag' mich mal, wer dafür verantwortlich ist.)

Meine Damen und Herren, in einer Diskussion um neue Technologien, sei es nun die Biotechnologie allgemein oder die Gentechnik im Speziellen, müssen auch immer solche Stimmen gehört werden, die sich mit den ethisch-moralischen Fragen solcher Innovationen auseinandersetzen. Gerade vor dem Hintergrund der tiefgreifenden und umwälzenden Bedeutung, die sich aus der Entschlüsselung des menschlichen Genoms für die Gesellschaft ergibt, ist eine intensive Diskussion unabdingbar. Die Konsequenzen der Manipulation menschlichen Erbmaterials können ohne Zweifel eine Segnung für die Bekämpfung von verschiedenen Krankheiten sein. Aber, meine Damen und Herren, Sie gehen auch an die Grundfesten der Menschheit. Im ersten Brief des Apostel Paulus an die Korinther heißt es: „Mir ist alles erlaubt, es frommt aber nicht alles.“ Übersetzt ins Moderne würde ich sagen: Nicht alles, was möglich ist, darf auch gemacht werden. Zuweilen entstand in den letzten Monaten der falsche Eindruck, die Mehrheit der Menschen habe zwar Angst vor gentechnisch manipulierten Lebensmitteln, stimme aber genetischen Eingriffen in unser Erbmaterial unbedenken zu.

Meine Damen und Herren, es sind da eine ganze Reihe von Fragen zu klären. Ist es zum Beispiel legitim, Embryonen zu züchten, um sie zu Medikamenten zu verarbeiten? Oder wie stellen sich aus ethisch-moralischer Sicht Eingriffe in die menschliche Keimbahn zur Bekämpfung von Erbkrankheiten dar? Schon heute werden durch die Präimplantationsdiagnostik und mit Hilfe der künstlichen Befruchtung Auswahl vorgenommen, ohne dass die gesellschaftlichen Konsequenzen diskutiert werden.

Meine Damen und Herren, bitte verstehen Sie mich an dieser Stelle nicht falsch, ich bin keinesfalls neuen innovativen Ideen abgeneigt und sehe auch und vor allem die Chancen, die sich hier nicht zuletzt für unser Land ergeben können. Aber gerade in der allgemeinen Glückseligkeit bezüglich der Bedeutung des BioCon Valley für Mecklenburg-Vorpommern, die sich hier scheinbar auf Seiten der Regierung mangels alternativer Erfolge im wirtschaftlichen Bereich breit macht, sollten kritische Stimmen nicht vergessen werden. Ich kann ja verstehen, dass Sie sich an jeden Lichtblick im wirtschaftlichen Dunkel klammern, aber bitte seien Sie dann auch so fair und hören sich die Sorgen der Menschen an.

Meine Damen und Herren, wenn sich Unternehmen in den USA bei Einstellungen und Beförderungen auf gentechnische Daten als Kriterium verlassen, dann ist dies keine Utopie, sondern bereits heute reale Wirklichkeit. Um zu verhindern, dass Menschen in Zukunft auch bei uns von vornherein nach ihren Genen beurteilt werden, sind mutige und geradlinige Regeln notwendig, die festlegen,

welche Eingriffe in das menschliche Erbgut akzeptabel sind und welche nicht.

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Meine Damen und Herren, gerade wir als Christen haben das Gebot der Ehrfurcht vor dem Leben und die christlich begründete Verantwortung gegenüber den Lebenden. Ich denke, das allein ist schon Grund genug, eine intensive Diskussion zu führen. Wir brauchen eine öffentliche Debatte über die Biotechnik, von allen Seiten ausgeleuchtet. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Muth von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Muth.

Caterina Muth, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vieles wurde heute schon über die Bemühungen um BioCon Valley und die damit verbundenen Chancen und Entwicklungspotentiale gesagt. Da BioCon Valley auf der Entwicklung und Anwendung von Biotechnologie aufbaut, möchte ich an dieser Stelle auch über ein paar gesellschaftspolitische Fragen reden, die damit verbunden sind. Frau Schnoor hat es ja auch schon getan. Das heißt, bei diesem Thema müssen wir auch und gerade über gesellschaftliche Überlegungen zur Transparenz, demokratischen Mitbestimmung, Kontrollrechte und Aufklärung reden.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Neben den Chancen dürfen gerade Politikerinnen und Politiker nicht vergessen, dass Risiken zu benennen sind. In der Biotechnologie erfolgt der Einsatz von lebenden oder toten Organismen oder biologisch aktiven Bestandteilen von Organismen in technologischen Prozessen. Naturgegebene Abläufe werden für Produktionsprozesse genutzt. Und die Biotechnologie ist schon Jahrtausende alt. Ich will mal daran erinnern, 3.000 Jahre vor unserer Zeitrechnung wurden der Sauerteig und der Alkohol entwickelt,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Na, der Alkohol bestimmt.)

1915 die Bäckerhefe. 1879 erfolgten die Entdeckung der Essigbakterien, 1928 des Penicillins und 1980 des Humaninsulins, also alles Fortschritte, die wir heute ganz selbstverständlich nutzen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Die Palette der Themenbereiche ist heute breiter und ausgesprochen vielfältig. Sie reicht von der Messung von Atmungsprozessen im Boden, wie sie die Firma ZIROX in Greifswald betreibt, über die Veredlung von Seegras der Firma AQUAZOST bis hin zur Protein- und DNA-Analytik bei ChromaTec oder erfolgreiche Genforschung der DNA Diagnostik Nord. Die Entwicklung auf diesen Gebieten schreitet also rasant voran.

Ein Beispiel ist die Entschlüsselung des menschlichen Chromosoms 21, ohne Zweifel eine technologische Meisterleistung. Experten gehen sogar davon aus, dass bis zum Jahre 2003 alle 23 Chromosomen des Menschen entschlüsselt sind. Biotechnik, Biotechnologie ist also zukünftig nicht aus unserem Leben wegzudenken. Und gerade darum wird neben wirtschaftlichen Zukunftsvisionen auch für unser Land darüber nachzudenken und zu reden sein, wie diese Entwicklung mitbegleitet wird von

demokratischer Meinungsbildung, Mitbestimmung und Kontrolle.

Die Entwicklung der letzten Jahre ist da ein schlechtes Omen. Ich will einmal daran erinnern, dass nur durch Engagement und Zivilcourage einzelner Bürgerinnen und Bürger 1996 der bis dahin unter Verschluss gehaltene Entwurf der „Bioethik-Konvention“ des Europarates, der ansonsten der Öffentlichkeit zu der Zeit damals nicht bekannt geworden wäre, veröffentlicht wurde.

Dieses Beispiel führe ich an, weil ich meine, dass es unsere Aufgabe sein muss, vor allem für Öffentlichkeit und Transparenz der Erzeugnisse auf diesem Gebiet und deren Entwicklung sowie Anwendung zu sorgen. Die bisherige Entwicklung zeigt auch, dass Nützlichkeitsabwägungen im Zusammenhang mit der Genforschung und wirtschaftlich motivierten Züchtungen Forderungen nach mehr Sicherheit und Langzeitmonitoring auf den Plan rufen. So ist die wissenschaftliche Risiko- und Technikfolgenabschätzung zu verstärken. Den existierenden relativ wenigen Untersuchungen kann man nicht entnehmen – da haben wir ein großes Defizit –, welche Wechselwirkungen beim komplexen Zusammenwirken von Genen und Umwelt und den Genen verschiedener Organismen zu erwarten sind.

Meine Damen und Herren, ein Thema in diesem Zusammenhang ist die Patentierung von genomischem Material, genomischen Informationen und lebensfähigen Systemen. Ich sage hier für die PDS nein zur Patentierung, denn sie schließt aus, dass eine breite wissenschaftliche Öffentlichkeit an den Ergebnissen teilhaben kann. Sie stärkt wirtschaftliche Ungleichgewichte und Abhängigkeiten von einzelnen Konzernen auf diesem Gebiet. Gerade die grüne Gentechnik zeigte in der Vergangenheit – das ist ja auch ein Teilgebiet der Biotechnologie –, die Genforschung ist kostenintensiv. Sie liegt in den Händen weniger Konzerne. Sie ist konzentriert und damit mit Monopolstellung behaftet.

Kritische Stimmen weisen über diese Fragen hinaus auf Gentests hin. Gentests im Arbeitsleben und im Versicherungswesen, die auf eine Analyse der Gesundheit abzielen, erfordern dringend gesetzliche Beschränkungen und Regelungen. Die Gefahr des gläsernen Arbeitnehmers und der sozialen Benachteiligung aufgrund gentechnischer Daten dürfen wir nicht vom Tisch wischen und müssen wir immer wieder thematisieren.

Nicht zuletzt sei gesagt, es muss unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass die Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über gentechnisch veränderte Lebensmittel nicht an den Anspruch erhöhter Verbraucherakzeptanz gebunden ist, sondern daran, dass der Bürger befähigt wird, aufgeklärt wird, um selbst zu entscheiden, wie er oder sie mit gentechnisch veränderten Lebensmitteln umgeht. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, denke ich, ist diese Nachdenklichkeit bei dem Thema Biotechnologie angebracht und wir werden wohl nicht das letzte Mal über unsere Aufgabe in diesem Rahmen sprechen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Dr. Manfred Reißmann, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bräunig von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bräunig.

Erhard Bräunig, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den vergangenen Jahren haben sich die

Umfeldbedingungen für Wirtschaftsdynamik erheblich verändert. Zwei Trends sind zu verzeichnen, nämlich der Übergang von der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft zur Wissensgesellschaft und der Prozess der Globalisierung. Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist diese Entwicklung zu verzeichnen. Es findet ein Strukturwandel statt. Aus den traditionellen Branchen wie Schiffbau, Bauwirtschaft oder Land- und Nahrungsgüterwirtschaft sind immer weniger nachhaltige Impulse für die Arbeitsmarktentwicklung zu erwarten. Stattdessen verlagern sich die Wachstumschancen hin zu Produkten und Dienstleistungen, die eine hohe technologische Kompetenz beinhalten.

Der Anteil der Produkte am Welthandel, deren Wert durch das intensivere Know-how bestimmt wird und nicht durch Material- und Herstellungskosten, wächst rasch. Damit werden Wissen und die Vermarktung von Wissen zum entscheidenden Standortfaktor. Eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Situation kann daher nur durch eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Unternehmen erreicht werden, die sich mit innovativen Produkten und Dienstleistungen den Anforderungen des nationalen und internationalen Marktes stellen. Unternehmen, die im Bereich der Zukunftstechnologie Spitzenprodukte oder Dienstleistungen anbieten, werden langfristig die größten Zuwächse erreichen können.

Neben den Informations- und Kommunikationstechnologien und den Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien ist die Bio- und Medizintechnologie eine Zukunftstechnologie, die für die weitere Entwicklung des Landes von eminenter Bedeutung ist. Die Entwicklungen in diesem Bereich nehmen Einfluss auf zahlreiche Branchen. Dazu zählen insbesondere die Landwirtschaft, die Medizin, die Pharmazie, aber auch die Umwelttechnik und die Lebensmittelindustrie. Der Boom der biotechnischen Unternehmen ist hierfür das beste Zeichen. In den letzten fünf Jahren stieg europaweit deren Anzahl von 530 auf 1.350 und ebenso die Zahl der Beschäftigten von 17.000 auf 53.000.

Die internationale Wettbewerbsposition Deutschlands in der Biotechnologieforschung, aber auch in der wirtschaftlichen Umsetzung durch Unternehmensgründungen, hat sich innerhalb weniger Jahre wesentlich verbessert. So lag im Jahre 1998 die Zuwachsrate bei den Unternehmensgründungen in Deutschland doppelt so hoch wie im europäischen Durchschnitt und Mecklenburg-Vorpommern kann und muss dabei partizipieren. Bei der Zahl der Biotechnologieunternehmen liegen wir im Verhältnis zur Einwohnerzahl gerechnet bundesweit an zweiter Stelle hinter Berlin. Einige dieser jungen Firmen haben bereits mit zahlreichen Erfindungen international auf sich aufmerksam gemacht. Zu nennen sind hier – das ist heute schon ein paar Mal gesagt worden – die Teraklin AG Rostock sowie PlasmaSelect. Mecklenburg-Vorpommern ist ein kleines Land mit begrenzten Kapazitäten und Möglichkeiten. Diese müssen optimal genutzt werden. Daher sind Anstrengungen der Landesregierung zu befürworten, sich auf wenige erfolgversprechende Schwerpunkte zu konzentrieren.

Meine Damen und Herren, das Ziel einer modernen Technologiepolitik in diesem Sinne beinhaltet:

1. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Land

Dazu gehört die Entwicklung neuer und verbesserter Produkte, Verfahren und Dienstleistungen.

2. Erhalt und Ausbau der wissenschaftlichen Potentiale des Landes

3. Förderung von technologieorientierten Unternehmensgründungen und -ansiedlungen

Die Bereitstellung von Wagniskapital nimmt hier eine zunehmend bedeutende Rolle ein.

4. Förderung wirtschaftsnaher Forschung an den Hochschulen und Universitäten unseres Landes

Auch das ist schon gesagt worden. Dazu gehören ebenfalls der Ausbau von wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen und die Ansiedlung von Forschungsinstituten ebenso wie die Förderung von Ausgründungen.

5. Schaffung von effizienten Formen des Technologietransfers zwischen Wirtschaft und Wissenschaft

Es müssen Plattformen geschaffen werden, die den Wissenstransfer erleichtern und die Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft unterstützen. Der neu gegründete BioCon-Valley-Verbund ist dafür ein herausragendes Beispiel.

6. Einwerbung von nationalen und internationalen Partnern

Dazu gehören nicht nur Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen, sondern gerade auch zwischen Regionen und Verbünden. Besonders der Ostseeraum bis nach Skandinavien und den baltischen Staaten bietet Möglichkeiten, die ausgebaut werden müssen.

Die Zusammenarbeit mit MediCon Valley als Partner aus der Øresund-Region mit 30.000 Arbeitsplätzen im Bereich der Bio- und Medizintechnologie öffnet Pforten in diesem Raum. Erste sehr gute Schritte zu einem internationalen wettbewerbsfähigen Biotechnologiestandort Mecklenburg-Vorpommern wurden gegangen. Wir unterstützen und befördern diesen Prozess. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Vierkant von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Vierkant.

Jörg Vierkant, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eines muss ich vorwegstellen: Ich frage mich wirklich, ob es für das BioCon-Valley-Dreieck nicht hilfreicher wäre, im Rahmen der Haushaltsdebatte wirtschaftspolitische Antragstellungen zu Fördermöglichkeiten, Infrastrukturentwicklungen, Management und ähnliche konkrete Hilfen des Landes anzubieten, anstatt hier Kurzreferate im 5-Minuten-Takt abzuliefern.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Machen Sie doch mal einen Vorschlag, dass wir die Aktuelle Stunde abschaffen, wenn sie Ihnen nicht gefällt!)

Wo die Zielstellung dieser Debatte hier und heute liegen soll, kann ich einfach nicht erkennen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was soll der Quatsch?)

Hier drängt sich mir, wie schon meinem Kollegen Jürgen Seidel, eher die Vermutung auf, dass sich die Koalitionsparteien einmal mehr ob ihrer vermeintlichen Verdienste gegenseitig auf die Schultern klopfen möchten.

(Peter Ritter, PDS: Sie lassen sich doch immer so was Kluges einfallen zur Aktuellen Stunde, wenn Sie dran sind.)

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle schon noch einmal darauf hinweisen, dass der Motor einer solchen Entwicklung – der Ministerpräsident erwähnte das in seiner Rede bereits – 1996 mit der Gründung der BioRegio Greifswald/Rostock gestartet wurde. Und da hatte bekanntermaßen die CDU wesentlichen Anteil. Welchen Glanz, Herr Ministerpräsident, wollen Sie sich eigentlich in dieser Aktuellen Stunde verleihen? Die Bürger im Lande wissen doch ohnehin, dass Sie mit Grundsteinlegungen, Freischaltungen von A-20-Abschnitten, Eröffnungen oder eben auch mit der Unterzeichnung einer Gründungsdeklaration, beispielsweise BioCon Valley, reichlich Public Relations machen mit Dingen, die Sie letztendlich nicht selbst angeschoben haben.

Meine Damen und Herren, gleichzeitig scheint das Versagen bei der Akquisition innovativer Großprojekte eher unwichtig. Wollen Sie der Öffentlichkeit, meine Damen und Herren der Regierungskoalition, tatsächlich weismachen, dass das BioCon Valley die Nichtansiedlung von Transrapid und A3XX auch nur annähernd kompensieren würde?

(Dr. Manfred Reißmann, SPD: Vielfach. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach, nun hören Sie doch mal mit dem Transrapid auf!)

So blauäugig können Sie doch wohl nicht sein. Diese Superchancen, Herr Ministerpräsident, haben Sie verpasst, dank Ihrer großartigen Kooperation mit Hamburg beim Airbus und Ihres Widerstandes gegen den Transrapid.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Vierkant, wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Ihr Ministerpräsidentenkollege Clement reibt sich derweil in Nordrhein-Westfalen die Hände und plant – übrigens in „Sieg Tech“ Nummer 14/2000 nachzulesen –, mittels eines Metrorapids die Rheinschiene und das Ruhrgebiet optimal zu vernetzen. Als Befürworter der Magnetschwebetechnik, da sie – Zitat – „schnell, pünktlich, leise und stadtverträglich ist“,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ich frag' mich nur, welchen Mikroorganismus der Transrapid befördert.)

soll der Metrorapid bereits zur Fußball-WM 2006 in Betrieb genommen werden, um einem internationalen Publikum deutsche Spitzentechnologie vorzustellen.

(Peter Ritter, PDS: Na ja, wenn wir schon mit dem Fußball nicht glänzen können. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Wie bekannt, hat der Standort Rostock/Laage weder Endfertigung noch Zulieferaufträge in der Tasche. Der Name taucht lediglich im Zusammenhang mit der Ansiedlung eines BMW-Werkes auf. Deshalb müssen Sie uns schon gestatten, dass wir die wirtschaftspolitische Arbeit der Landesregierung am Erfolg dieser Ansiedlung messen werden,

(Angelika Gramkow, PDS: Wenn Sie so weitermachen, dann kriegen wir den BMW-Standort wirklich nicht.)

und zwar an einer schnellen Ansiedlung mit einem Effekt in Airbus-Dimension.

Meine Damen und Herren, nicht dass Sie mich falsch verstehen, mir liegt die Entwicklung der Biotechnologien wirklich sehr am Herzen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach, sagen Sie doch so was nicht, Herr Vierkant! Sagen Sie doch so was nicht!)

nicht zuletzt deshalb, weil sie gerade in Mecklenburg-Vorpommern große Entwicklungspotentiale nahe der Landwirtschaft und nahe der Medizin hat. Aber um die Bedenken von Dr. Jens Regg vom Arbeitsamt Nord aufzugreifen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wer ist das?)

gilt es auch für BioCon Valley, den Rahmen so auszugestalten, dass neu geschaffene Arbeitsplätze durch die Landespolitik dauerhaft gesichert werden.

Meine Damen und Herren, an diesem Punkt habe ich wohl berechtigte Bedenken, wie auch anders, wenn die Kleine Anfrage meiner Kollegin Gesine Skrzepski hinsichtlich einer finanziellen Unterstützung für eventuell ausscheidende Bewerber auf der Wettbewerbspräsentation InnoRegio – ich glaube, das war am 02.08.1999 – durch das Wirtschaftsministerium sehr knapp mit dem Spruch abgetan wurde, ich zitiere: „Von Vertretern des Wirtschaftsministeriums wurde keine finanzielle Unterstützung zugesagt.“ Ich sage Ihnen, mit dieser Auffassung von Förderungswürdigkeit werden nur sehr wenige innovative Unternehmen am Markt bleiben können. Der Großteil wird sich in unserem Lande so nicht behaupten,

(Heidemarie Beyer, SPD: Ja, weil Sie ihn schlecht reden.)

mit der Folgerung, dass eben keine nachhaltige Sicherung von Arbeitsplätzen geschieht und der gesamte BioCon-Verbund riskiert wird.

Ihnen, Herr Wirtschaftsminister, wünsche ich, dass Sie, wie zugesichert, verstärkt auf Technologiepolitik setzen und endlich die Förderpraxis vereinfachen, dass Sie die kleinen Firmen mit oftmals in ihrer Philosophie sehr interessanten Ideen nicht vorschnell fallen lassen und Jungunternehmer risikobereit unterstützen. Machen Sie Dampf, meine Damen und Herren in der Regierungskoalition, in vielleicht noch wichtigeren Dingen, gegen Extremismus und Gewalt, gegen die K.-o.-Steuer, gegen die drohende Bildungsmisere! Machen Sie Dampf, aber bitte ohne Weihrauch für den Ministerpräsidenten und die Finanzministerin!

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

Das, was oberste Priorität für die Regierung haben muss: Halten Sie die jungen Leute hier im Lande! – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Monegel von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Monegel.

Hannelore Monegel, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! BioCon Valley – ein Begriff, der für Neues steht, für viele Menschen in unserem Land noch ein Begriff, mit dem sie konkret nichts anzufangen wissen, und für unsere Landespolitik ein Auftrag, diesen Inhalt für die Menschen verständlich, begreiflich und im täglichen

Leben umsetzbar zu machen. Und deswegen verstehe ich die Einwendungen der Kollegen König und Seidel nicht, die bestreiten, dass dieses Thema ein Thema für die Aktuelle Stunde ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Dieses Thema ist aktueller denn je. Zu jeder Zeit unserer Geschichte hat es neue Entwicklungen gegeben mit mehr oder weniger großen Auswirkungen auf den Alltag. Oft sind wegweisende Erkenntnisse erst im Nachhinein als solche anerkannt worden und ein Ausspruch, denke ich, steht sinnhaft dafür. Wie oft haben wir schon gehört, er ist seiner Zeit voraus. In einer grundlegenden Umbruchphase befinden wir uns gegenwärtig. Sie birgt große Chancen, auch für unser Land. Und es ist unsere Aufgabe, diese für unser Land zu erkennen, zu werten, nutzbar zu machen und zu unterstützen.

Neue Technologien halten auf vielen Gebieten Einzug, oft unter Nutzung der Möglichkeiten der Informationstechnik. Neue Erkenntnisse von jungen Wissenschaftlern in der Forschung auf Praktikabilität zu prüfen und anschließend entsprechende Produktionslinien aufzubauen, die sich auf dem Weltmarkt behaupten, ist angesagt. Beachten wir jedoch dabei immer, dass es gut ausgebildete, für ihr Fachgebiet engagierte Menschen sind, die diese Entwicklung voranbringen? Technik ist wichtig, kann jedoch nur beherrscht und auch umgesetzt werden – auf Weltniveau, versteht sich –, wenn es gelingt, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Fachleute mit entsprechenden Rahmenbedingungen zu umgeben.

Ich möchte darum daran erinnern, dass das Biomedizin-Technikum in Teterow der Ausgangspunkt für die Investitionen von PlasmaSelect war. An dieser Stelle möchte ich auch noch mal vehement Herrn König widersprechen, der hier sagte, dass Teile von PlasmaSelect ausgelagert wurden. Das stimmt nicht. Die Firma wird noch in diesem Jahr Bauland für die Erweiterung des Standortes erwerben, weitere Firmen haben konkrete Ansiedlungsabsichten angemeldet. Der für dieses Gebiet erarbeitete Bebauungsplan wird derzeit um 24 Hektar erweitert.

Inzwischen ist in der Technologiebranche ein Wettbewerb um entsprechende Standorte zu verzeichnen. Mecklenburg-Vorpommern hat durch die Standorte Rostock, Greifswald und Teterow gute Ansätze, was die steigende Nachfrage von Unternehmen belegt. Es wird zukünftig weiter darauf ankommen, diese Anfangserfolge auszubauen.

Wir müssen uns intensiv mit den notwendigen Standortfaktoren auseinander setzen und die Rahmenbedingungen schaffen. Welche Rahmenbedingungen benötigen Unternehmen? Aus Gesprächen mit Unternehmern kann ich feststellen, dass folgende Gesichtspunkte für sie bei der Ansiedlung interessant sind:

Erstens ist das die Unterstützung bei Ansiedlungsbemühungen. Diese beginnen mit dem Kauf des zur Bebauung vorgesehenen Grundstücks – wir kennen alle das deutsche Baurecht – und enden mit der Erschließung der entsprechenden Fördermodalitäten des Landes, des Bundes und der EU.

Zweitens ist für Unternehmer das vorhandene Arbeitskräftepotential wesentlich. Gerade hierfür stehen unsere Hochschulstandorte. Dieses Bildungspotential erfordert von uns ständige Begleitung, um das hohe Niveau zu hal-

ten und auszubauen. Auch das haben einige Vorredner schon ausführlich betont.

Drittens spielen die örtliche Nähe von Forschung, Entwicklung, Erstproduktion und mögliche Kooperationspartner eine wesentliche Rolle bei der Standortwahl. Dabei sind persönliche Kontakte unerlässlich. Ein Unternehmer versicherte mir, dass für ihn die Person des Leiters eines Forschungslabors mit seiner ständigen Bereitschaft zur Hilfe bei schnellen und wichtigen Untersuchungen ausschlaggebend für die Ansiedlung war.

Als vierten und letzten Standortfaktor möchte ich die Aufgeschlossenheit und Interessiertheit der vor Ort agierenden Bürgermeister, Gemeindevertreter und Bewohner und nicht zuletzt ein funktionierendes kulturelles Netz hervorheben. Ich denke, der Bürgermeister von Teterow, Herr Dr. Dettmann, ist anwesend und kann dies sicherlich auch bestätigen. Das sind zum Beispiel für Teterow wesentliche Bedingungen, die die Nachfrage zur Einmietung von jungen Firmen in das Biomedizin-Technikum Teterow stark beförderten.

So, jetzt leuchtet hier schon die rote Lampe. Ich möchte im letzten Satz doch noch mal auf Folgendes zu sprechen kommen: Es wird für uns ganz wichtig sein, für Bio-Con Valley auch die Geschäftsstelle einzurichten und so zu besetzen, dass sie materiell, personell den Anforderungen gerecht werden kann, die an diesen Verbund zukünftig, auch aufgrund meiner Ausführungen zu den Schwerpunkten der Ansiedlungsbemühungen und Standortwahl, gestellt werden. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Heike Lorenz, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Tierschutzrechtes, Drucksache 3/1199, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Landwirtschaftsausschusses auf Drucksache 3/1500.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes über Zuständigkeiten
auf dem Gebiet des Tierschutzrechtes (Tierschutzzuständigkeitsgesetz – TierSchZG M-V)**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– **Drucksache 3/1199** –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Landwirtschaftsausschusses**
– **Drucksache 3/1500** –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Tierschutzrechtes auf Drucksache 3/1199. Der Landwirtschaftsausschuss empfiehlt in Ziffer 1 seiner Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Paragraphen 1 bis 7 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Paragraphen 1 bis 7 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 3/1199 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 3/1199 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf auf Drucksache 3/1199 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

In Ziffer 2 seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Landwirtschaftsausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Landwirtschaftsausschusses mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Fünften Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge, Drucksache 3/1486.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zum
Fünften Staatsvertrag zur Änderung
rundfunkrechtlicher Staatsverträge
(Fünfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)**
(Erste Lesung)
– **Drucksache 3/1486** –

Das Wort zur Einbringung hat der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff. Bitte sehr, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Anfang des Jahres das neue Landesrundfunkgesetz zusammen mit dem Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag im Landtag beraten wurde, war klar, dass Ihnen in Kürze ein weiterer Staatsvertrag zum Thema Rundfunk vorgelegt werden würde. Der Grund: Bereits im Dezember 1999 hatte die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) ihren 12. Bericht erstattet. Vorgeschlagen wurde die jetzt vorgesehene Anhebung der Rundfunkgebühren um 3,33 DM monatlich ab dem 01.01.2001 für die ARD und das ZDF, das DeutschlandRadio sowie die Landesmedienanstalten.

Gerade in Zeiten der Digitalisierung des Rundfunks und der wachsenden Einflussnahme des Internets gilt es, die Konkurrenzfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch zukünftig zu sichern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Andreas Bluhm, PDS)

Meine Damen und Herren, wir dürfen die Programme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht dem alleinigen

Maßstab der Quote ausliefern. Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe, der Grundversorgung der Bevölkerung, müssen sich die öffentlich-rechtlichen Anstalten unserer Unterstützung gewiss sein können.

Gerade die regionale und länderbezogene Berichterstattung wird beispielsweise in adäquater Form nur durch die öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramme sichergestellt. Und ich denke, wir sind hier einer Meinung, meine Damen und Herren, gerade diese Programme sind ein wichtiger Beitrag zur Identifikation der Menschen mit der Region, in der sie leben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Andreas Bluhm, PDS)

Mit der Gebührenanhebung wird sichergestellt, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten den wachsenden Ansprüchen auch weiterhin gerecht werden können.

Zusammen mit der Gebührenerhöhung wird der ARD-Finanzausgleich neu geregelt. Er soll in Zukunft von 1,9 Prozent im Jahre 2001 auf 1 Prozent im Jahre 2006 abgeschmolzen werden. Dadurch werden – meines Erachtens zu Recht – die Ausgleichsnehmer, die kleinen Rundfunkanstalten wie der Saarländische Rundfunk und Radio Bremen, veranlasst, noch sparsamer mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln umzugehen und damit zu haushalten. Grundsatz muss sein, dass alle Anstalten mit den von ihren Gebührenzahlern aufgebrauchten Rundfunkgebühren auskommen müssen. Dies wird dazu beitragen, dass die Rundfunkgebühren nicht zu schnell wieder erhöht werden müssen.

Durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes wurde außerdem die Korrektur des Rechts auf Kurzberichterstattung notwendig. Diese bezieht sich insbesondere auf die Berichterstattung von Fußball oder anderen Sportveranstaltungen. Zukünftig kann der Veranstalter ein dem Charakter der Kurzberichterstattung entsprechendes billiges Entgelt für die Überlassung des Beitrages verlangen. Bisher, meine Damen und Herren, waren die Beiträge kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Festgelegt werden soll ferner, dass Werbung und Sponsoring im Fernsehtext der ARD und des ZDF nicht stattfinden dürfen.

Neu geregelt werden soll auch die Zuweisung digitaler terrestrischer Übertragungskapazitäten im Fernsehen. Jetzt gilt, dass bei der erstmaligen Zuweisung digitaler terrestrischer Übertragungskapazitäten im Fernsehen nach Landesrecht die Fernsehveranstalter mit denjenigen Programmen vorrangig zu berücksichtigen sind, die in jeweils betroffenen Verbreitungsgebieten analog verbreitet werden.

Für unser Land von Bedeutung ist auch, dass wir durch den Staatsvertrag als Land ermächtigt werden, für lokale Fernsehveranstalter großzügige Werbemöglichkeiten zuzulassen. Das bedeutet, dass wir beispielsweise für diese Rundfunkveranstalter mehr Werbeunterbrechungen vorsehen können.

Die Landesregierung, meine Damen und Herren, beobachtet mit großem Interesse die Entwicklung der lokalen Rundfunklandschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Die Landesrundfunkzentrale hat bereits Übertragungskapazitäten ausgeschrieben und bis zum 12.09.2000 zahlreiche Antragsunterlagen erhalten. – Herr Steinmann nickt

hinten auf der Besuchertribüne, ich habe also nichts Falsches gesagt. – Wir erhoffen uns hier eine Belebung der Rundfunkbranche durch mehr Anbieter und ein breiteres TV-Programm im lokalen Bereich. Und dies wird die Medienvielfalt in unserem Land erhöhen.

Meine Damen und Herren, mit dem Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag ist es meines Erachtens den Ländern gelungen, einen Kompromiss auszuhandeln, der das duale Rundfunksystem weiter im Gleichgewicht hält und die wirtschaftlichen Chancen des Rundfunks – auch für unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern – angemessen nutzt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Prachtl von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Prachtl.

Rainer Prachtl, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Ministerpräsident, ich kann Ihnen eigentlich fast uneingeschränkt zustimmen. Nicht ganz sicher wäre ich mir mit den Dingen, die Sie über die Kosten gesagt haben, weil die Fernsehanstalten jetzt ja schon sagen, wir brauchen die 3,33 DM. Sie sprachen dann von den Einsparungen. Ich bin mir aber nicht sicher, ob das insgesamt reichen wird,

(Siegfried Frieze, SPD: Hier ist das Parlament!)

weil der Konkurrenzkampf zwischen den Privaten und den Öffentlich-Rechtlichen – allein wenn ich den Sport betrachte – so stark ist und da solch unmöglich hohe Summen im Raum stehen, dass man fragen muss, wie können die Öffentlich-Rechtlichen da noch mithalten. Deshalb freuen sich gerade die öffentlich-rechtlichen Anstalten, dass dieser Fünfte Rundfunkänderungsstaatsvertrag in Kraft tritt, denn darin – das sagten Sie selber schon – geht es um die Regelungen zur Programmankündigung oder die Anpassung der Regeln für die Kurzberichterstattung. Aber die Freude liegt vor allem darin, dass es die Rundfunkgebührenerhöhung um 3,33 DM gibt.

So, wie die Freude bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten da ist, gibt es natürlich bei den Abgeordneten, wenn man in anderen Länderparlamenten fragt und auch im Bund, eine gewisse Ratlosigkeit und auch Fragen, weil nicht jeder unbehelligt sagt, das muss so sein, sondern weil auch mal darüber nachgedacht werden muss, wo hier die Grenze ist und wie man damit umgeht. Trotzdem ist sich jeder von uns darüber im Klaren, dass eine Ablehnung dieses Staatsvertrages durch einen Landtag eine neue Dimension der Staatsvertragsgeschichte bedeuten würde. Deshalb überlegen einzelne Abgeordnete, ob man Entschließungsanträge einbringt und hier die Obergrenze einsetzt sowie andere Dinge, weil man schauen will, wo hier die Schmerzgrenze ist.

Jetzt könnte man fragen: Weshalb gibt es diese Stimmung im Land, in Deutschland? Liegt es daran, dass die Programme nicht gut genug sind? Ich denke, die Programme sind so schlecht nicht, man kann immer etwas

besser machen. Liegt es an den Kosten, könnte man fragen. Auch im Vergleich zu „Premiere World“ kann man hier sagen, es ist ja noch besser als das, was dort an Kosten verlangt wird. Und wenn man die letzte Gebührenerhöhung nimmt und die Inflationsrate berechnet, ist das, was jetzt gefordert wird, ja noch weniger.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:

Na das muss man ja aber nicht bezahlen bei „Premiere“. Das ist der Unterschied!)

Ja gut, okay. Nein, nein, das ist richtig. Aber über Kosten streitet man sich ja.

Oder liegt es einfach an der Unlust – aber die Unlust ist ja auch verständlich –, Gebührenerhöhungen zu ertragen? Das mag alles sein. Aber ich glaube – und, Herr Ministerpräsident, darüber, denke ich, sollte auch in den Staatskanzleien insgesamt nachgedacht werden –, dass wir fragen müssen: Wo besteht eigentlich der unverwechselbare Charakter der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten? Gibt es diesen unverwechselbaren Charakter noch in der Form, wie es ihn gab? Wie wird er ausgebaut und wie verhält es sich hier mit den Privaten? Denn die Privaten nehmen nur die Werbeeinnahmen, die Öffentlich-Rechtlichen nehmen hier die Gebühren.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Beim Radio wird zum Teil deutlich: Wer Wortbeiträge, also viel Nachrichten hören will, hört NDR 4. Es gibt jetzt die Klassikreihe auf NDR 3 und den Jugendrundfunk. NDR 1 oder RMV ist mehr regionale Berichterstattung, vielleicht kann man auch vorsichtshalber sagen, mehr für die Älteren. Da muss man sich streiten, was „älter“ in dem Fall ist. In dem Kontext muss sicherlich mal gefragt werden: Was ist der Grundversorgungsauftrag und wie hat er auszusehen? Denn wenn ich immer mehr Sparten schaffe, könnte man ja die These aufstellen: Ich schaffe genug Sparten und lasse das andere Programm dann weg, denn das ähnelt sich schon sehr. Wenn ich im Fernsehen mal die Sendung „Brisant“ nehme, die unterscheidet sich von den privaten Sendern kaum noch. Da wäre zu hinterfragen, ob so etwas sein muss. Und der Hörer oder der Seher muss natürlich ständig kurbeln. Man will Klassik hören – meinetwegen auf NDR 3. Man will die Blitze hören – das ist vielleicht bei „Ostseewelle“ am günstigsten. Man will wieder Nachrichten hören – dann muss man sich einen anderen Sender einstellen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:

Am besten ist der Heimatsender. Das ist ganz klar. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Ja, gut. Ja, ja, mein Lieber, aber jeder hat so seine speziellen Bedürfnisse, das wissen wir ja. Die dürfen ja auch erfüllt werden. Aber es muss ernsthaft darüber nachgedacht werden, was der Grundversorgungsauftrag ist. Das lässt sich nicht nur, denke ich, mit Outsourcing machen, was zum Teil gemacht wird. Dann sind diese Dinge in einer Nische – ob das die Klassik ist, ob das die Nachrichten sind – und nicht mehr in den Hauptprogrammen.

Es sollte uns auch darum gehen, dass wir nicht nur etwas beschließen als Politiker, als Abgeordnete, sondern da draußen sind Menschen. Und die Gebührenerhöhungen – von der Politikverdrossenheit haben wir ja schon oft genug gesprochen –, egal, welcher Art und wer sie wie ausnutzt, führen dazu, dass Unmut da ist. Und deshalb sollte ehrlich darüber nachgedacht werden.

Herr Ministerpräsident, ich gebe Ihnen Recht: Wir sollten alles tun, dass die Öffentlich-Rechtlichen gestärkt werden. Ich sehe das als eine ganz wichtige Aufgabe an. Man kann hier sicherlich sogar Dank sagen. Also „Nordschau“, RMV, das sind Sender, die viel, viel Gutes für unser Land tun. Ich denke, wir sollten alles machen, dass den Öffentlich-Rechtlichen geholfen wird, aber über diesen Grundversorgungsauftrag sollte nachgedacht werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Aber Mecklenburg-Vorpommern sollte im Fernsehen mehr vorkommen.)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bluhm von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bluhm.

Andreas Bluhm, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat, erst vor knapp fünfeinhalb Monaten trat der Vierte Rundfunkänderungsstaatsvertrag in Kraft und schon liegt dem Landtag der Fünfte zur Behandlung vor. Ohne Frage, ein rasantes Tempo, mit dem sich Rundfunk und Medien in Deutschland sowie international entwickeln.

Hauptgegenstand des vorliegenden Staatsvertrages ist selbstverständlich die Gebührenerhöhung auf Grundlage der Empfehlung der KEF. Aber gleichzeitig werden eine ganze Reihe von weiteren wichtigen Fragen mit dem vorliegenden Vertrag geregelt.

Für wesentlich hält meine Fraktion die klaren Regelungen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk im dualen System. Und, Herr Prachtl, ich freue mich, dass Sie auch hier deutlich erklärt haben, wie Sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sehen. Dieses widerspiegelt sich insbesondere auch in den Festlegungen zur Zuweisung digitaler terrestrischer Übertragungskapazitäten im Fernsehen. Und im Gegensatz zu einigen Medienpolitikern, insbesondere aus den alten Bundesländern, möchte ich an dieser Stelle betonen: Auch im Zeitalter des digitalen Rundfunks wird die Notwendigkeit eines ordnungspolitischen Rahmens zur Sicherung der verfassungsrechtlichen Rundfunkfreiheit nicht überflüssig, denn gerade die absehbaren digitalen, technischen, ökonomischen und medialen Veränderungen bringen vielfältige und neuartige Gefährdungen für die Meinungsvielfalt mit sich, denn weltumspannende Medienkonzerne verengen die Vielfalt an unabhängigen Informationsquellen, produzieren anhaltliche Vielfalt, sondern vielkanalige Einheit, reduzieren nationale und regionale Medieninhalte und versuchen, über geschlossene Wertschöpfungsketten den Zugang zu Medien zu filtern beziehungsweise zu kommerzialisieren. Daher behält der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch im digitalen Zeitalter seinen verfassungsrechtlich vorgegebenen und gesetzlich geregelten öffentlichen Auftrag. Und in der Tat, Herr Prachtl, über Grundversorgung ist da zu reden, aber nicht über Einschränkung, sondern über Verwirklichung.

Anspruch der vorgesehenen Regelungen des Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrages war es also, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk von den neuen Erscheinungsformen der Medienpräsentation wie zum Beispiel Programmbouquets und der Veränderung der Angebotsstrukturen hin zu multimedialen Gesamtangeboten nicht ausgeschlossen wird, so, wie es ja einige Vertreter des privaten Rundfunks wollten. Denn diese Entwicklungs-

möglichkeiten stehen schon im unmittelbaren Zusammenhang mit dem öffentlichen Auftrag, Vielfalt und finanziell erschwinglichen Zugang für alle Bürger auch in der digitalen Medienwelt zu gewährleisten.

Im vorliegenden Staatsvertrag enthalten sind auch klarstellende Regelungen zum nach wie vor existierenden Spannungsfeld von Werbung und Sponsoring insbesondere für regionale und lokale Fernsehveranstalter im Zusammenhang mit der EG-Fernsehrichtlinie. Der Ministerpräsident ist darauf eingegangen. An dieser Stelle möchte ich aber trotzdem klar betonen: Die PDS ist auch künftig für die Beibehaltung der Werbegrenze im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ab 20 Uhr.

Die Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrages durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk setzt allerdings die funktionsgerechte Finanzierung voraus. Dafür gelten insbesondere vier Kriterien, die jederzeit zu berücksichtigen sind:

1. der bestandsbezogene Bedarf,
2. der Entwicklungsbedarf,
3. die allgemeine Kostenentwicklung und die besondere Kostenentwicklung im Medienbereich und
4. die Entwicklung der Gebührenerträge und die Einnahmen aus Werbung und Sponsoring.

Die PDS-Fraktion hat keinen Hehl daraus gemacht, dass die in Rede stehende Gebührenerhöhung um 3,33 DM als unangemessen hoch betrachtet wird, und dies insbesondere auch in Anbetracht solcher kostenträchtigen und dem Gebührenzahler kaum zu vermittelnden Entscheidungen wie die Auseinanderschaltung des Vormittagsprogramms von ARD und ZDF, die Outsourcing-Politik der einzelnen Sendeanstalten, die Ausdehnung von Programmen, der geplante ZDF-Medienpark, die Honorar- und Gehaltspolitik bei den Öffentlich-Rechtlichen und so weiter. Sicherlich ist auch Kritik zu üben an der Tatsache, dass die Landtage nur über die entsprechenden Zustimmungsgesetze befinden können und keinen direkten Einfluss auf die Entscheidungen der Gebühren nehmen können.

Immerhin aber macht die Protokollerklärung zu Paragraph 8 des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages diesen Effizienz- und Einsparungsbedarf, den ja auch die KEF festgestellt hat, deutlich. Und auch die Regelungen zur Verhinderung zusätzlicher Kreditaufnahmen durch die Sendeanstalten unterstreichen dies.

Nun, ich komme zum Schluss. Der Rundfunkänderungsstaatsvertrag lässt aber auch keinen Zweifel daran, dass eine ganze Reihe wesentlicher Fragen noch zu klären sind. Und dies gilt nicht nur in Bezug auf das Auslaufen der gebührenfreien Nutzung von Rundfunkprogrammen über den Computer oder den Wegfall der automatischen Teilhabe der Landesmedienanstalten an den Rundfunkgebühren. Im digitalen Zeitalter werden neue Fragen an das Finanzierungsmodell aufgeworfen, denn das bisherige einzige Anknüpfungskriterium, das Rundfunkgerät, ist durch die technische Entwicklung fraglich geworden. Wettbewerbsfähige Finanzierung auf der einen Seite und Auflösen der realen Gefahr einer finanziellen Endlosspirale auf der anderen Seite sind die beiden Pole, innerhalb derer sich die Diskussion über künftige Finanzierungsmodelle bewegen wird und bewegen muss, eine Reihe von Fragen, die die Medienpolitiker auch in diesem Land zu diskutieren haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Friese von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Friese.

Siegfried Friese, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man würde diesem Gesetzentwurf nicht gerecht werden, wenn man ihn allein auf die Frage der Gebührenerhöhung verkürzen würde. Das hat bisher niemand gemacht, dennoch, man hört es hin und wieder. Immerhin sieht der Gesetzentwurf auch Regelungen zum Recht auf Kurzberichterstattung und Ausnahmen von Wettbewerbsbestimmungen für regionale und lokale Fernsehveranstalter vor – beides in Ausführung eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1998.

Gerade die Vorschriften für die lokalen Fernsehveranstalter sollten besonders hervorgehoben werden. Hier lässt sich der Bogen zu der erst vor wenigen Monaten im Landtag Mecklenburg-Vorpommern beschlossenen Änderung des Landesrundfunkgesetzes spannen. Damals wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen SPD und PDS gegen den Widerstand der CDU der Weg für lokales Fernsehen in Mecklenburg-Vorpommern frei gemacht.

Die Informationen aus der Landesrundfunkzentrale der vergangenen Tage zum Bewerbungsschluss für das lokale Fernsehen lassen mich zuversichtlich in die Zukunft blicken. Ich sehe mich darin bestätigt, dass es richtig war, diesen Schritt zu gehen. Wir haben mit der Novelle des Landesrundfunkgesetzes den Medienstandort Mecklenburg-Vorpommern gestärkt und der heimischen Wirtschaft ein neues Betätigungsfeld eröffnet. Allen Unkenrufen zum Trotz haben sich eben nicht die großen Rundfunkanbieter aus anderen Bundesländern beworben und die heimischen Interessenten aus dem Markt gedrängt. Im Gegenteil, es ist ausnahmslos die heimische Wirtschaft, die das lokale Fernsehen als neues Betätigungsfeld erkannt hat und die neuen Spielräume für sich erschließen will.

Jetzt muss nach der Diskussion um den Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag geprüft werden, ob die möglichen Erleichterungen, die darin für lokales Fernsehen vorgesehen sind, in das Landesrundfunkgesetz umgesetzt werden können. Von großer Bedeutung und hoher Brisanz ist die Verlängerung des Moratoriums der Nichterhebung von Rundfunkgebühren auf Rechner, die Rundfunkprogramme ausschließlich über Angebote aus dem Internet verbreiten. Hier gibt es seit längerem eine intensive und streitig geführte Diskussion über künftige Finanzierungsmodelle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Sie reichen von Vorschlägen zur Finanzierung von ARD und ZDF aus Steuermitteln bis hin zu einer Bürgerabgabe als Ersatz für die bisherige Rundfunkgebühr. Eine Vorentscheidung ist mit diesem Gesetzentwurf aber nicht getroffen. Wir Medienpolitiker werden diese Diskussion weiterhin aufmerksam beobachten und begleiten.

Meine Damen und Herren, zur vorgesehenen Erhöhung der Rundfunkgebühr um 3,33 DM ab dem Jahr 2001. Ich glaube, dass es keinen Abgeordneten in diesem Hause oder irgendeinen Bürger unseres Landes gibt, der damit keine Probleme hat, keinen, der nicht spontan ausrufen möchte: Muss das denn sein?! Ich scheue mich nicht vor einem klaren Ja. Es ist unsere Aufgabe als Abgeordnete und gewählte Volksvertreter, diese Frage zu versachlichen und die Bedeutung und den Wert des öffentlich-

rechtlichen Rundfunks in unserer Medienlandschaft herauszuheben. In Deutschland muss auch in Zukunft Rundfunk mehr sein als ein Wirtschaftsgut. Wir brauchen den nicht ausschließlich werbefinanzierten Rundfunk auch in Zukunft zur Gestaltung der Demokratie, für den Minderheitenschutz und für eine öffentliche Debatte zu allen wichtigen Fragen unserer Gesellschaft.

Die nunmehr mit dem Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag vorgesehene Gebührenerhöhung beruht nicht auf politischen und sachfremden Erwägungen. Nein, sie beruht auf den Feststellungen der Unabhängigen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten. Einen politischen Handlungsspielraum hat es weder für diese Kommission noch für die Ministerpräsidenten insoweit gegeben. Einen solchen Handlungsspielraum wird es auch für den Landtag nicht geben. Diese Frage eignet sich nicht für politische Spielchen und Taktierereien. Wer meint, dem hier vorliegenden Gesetzentwurf wegen der Gebührenerhöhung nicht zustimmen zu wollen, muss sich aber auch darüber im Klaren sein, dass er damit den Gesetzentwurf im Ganzen zu Fall bringt. Damit spricht er allen 16 Regierungschefs der Länder seine Missbilligung aus.

Ich möchte für meine Fraktion in diesem Zusammenhang klarstellen: Wir von der SPD-Fraktion werden die Landesregierung und vor allem den Ministerpräsidenten, der Anfang August diesen Rundfunkstaatsvertrag unterzeichnet hat, nicht im Regen stehen lassen. Drohgebärden aus Sachsen, die damit ihrem eigenen Ministerpräsidenten in den Rücken fallen, werden Sie hier in Mecklenburg-Vorpommern nicht vernehmen.

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Das ist ja prima. – Harry Glawe, CDU: Das ist ja toll. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich danke der CDU für diese Feststellung.

Diesem Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag sind intensive Bemühungen aller 16 Ministerpräsidenten vorausgegangen. Wir können davon ausgehen, dass dieses sachlich wie auch politisch hinreichend geprüft wird.

Ein abschließendes Wort zu dem von Herrn Prachtl vorgeschlagenen Versuch einer Neubestimmung der Grundversorgung. Ich warne davor. Wir haben klare Regelungen zur Ordnung, und eine Neubestimmung läuft nur darauf hinaus, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu beschränken, zum Nachteil der Privaten. Es ist etwas anderes, Herr Kollege Prachtl, was Herr Bluhm sagte, dass man ständig darauf achten wird und muss, ob denn der öffentlich-rechtliche Rundfunk den ihm erteilten Auftrag qualitativ so erfüllt, wie es sachgerecht wäre. Das ist aber etwas anderes als Ihre Forderung. Ihre Forderung läuft, so glaube ich, darauf hinaus, per neuer Definition den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seiner Verbreitungsweise zu beschränken. Wenn das bei Ihnen nicht so der Fall ist, nehme ich dieses wohlwollend zur Kenntnis.

Wir werden diesen Antrag im Innenausschuss ausführlich beraten. Ich bitte um Zustimmung für die Überweisung. – Schönen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Andreas Bluhm, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/1486 zur Beratung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4:** a) Beratung der Unterrichtung durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz – Vierter Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz gemäß § 29 Absatz 1 des Landesdatenschutzgesetzes von Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 3/1130, in Verbindung mit b) Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Stellungnahme zum Vierten Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz gemäß § 29 Absatz 1 des Landesdatenschutzgesetzes von Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 3/1358.

**Unterrichtung durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz:
Vierter Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz gemäß § 29 Absatz 1 des Landesdatenschutzgesetzes von Mecklenburg-Vorpommern (DSG MV)
– Drucksache 3/1130 –**

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Stellungnahme zum Vierten Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz gemäß § 29 Absatz 1 des Landesdatenschutzgesetzes von Mecklenburg-Vorpommern (DSG MV)
– Drucksache 3/1358 –**

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schulz von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schulz.

Gabriele Schulz, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Vierten Tätigkeitsbericht erhält der Landtag wiederum eine aussagefähige Darstellung, wie der Landesdatenschutzbeauftragte seine Verantwortung im Land Mecklenburg-Vorpommern wahrgenommen hat und welche wesentlichen Ergebnisse seine Kontrollen gezeigt haben. Im Bericht sind etwa 80 konkrete Sachverhalte, tatsächliche und rechtliche, benannt, zu denen der Landesdatenschutzbeauftragte Hinweise, Kritiken und auch Beanstandungen gegenüber der Landesverwaltung und gegenüber öffentlichen Stellen für angezeigt hielt. Insgesamt sind es weniger als in früheren Berichten. Wie die Landesregierung in ihrer Stellungnahme richtig feststellt, bestehen zu vielen Problemen zwischen dem Landesdatenschutzbeauftragten und der Landesregierung Übereinstimmungen in diesen Einschätzungen. Viele Kritiken hat die Landesregierung anerkannt und entsprechende Änderungen in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie in der Verwaltungspraxis vorgenommen. Sie sind also positiv erledigt.

Zu einigen Punkten bestehen unterschiedliche Auffassungen in der Auslegung und Anwendung von Rechtsvorschriften, die sicherlich im Laufe der weiteren Zeit überwunden werden können, bei denen es aber letztlich um keine gravierenden Auswirkungen für die Betroffenen geht. Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung trotz

der unterschiedlichen Auffassungen in der Auslegung von Vorschriften dafür Sorge trägt, dass auch in jedem Einzelfall das Verwaltungshandeln so ist, dass die bürgerfreundlichste Verfahrensweise erfolgt. Natürlich kann es nicht Sache des Landtages sein, in Einzelfällen unterschiedlicher Rechtsauffassungen etwa eine Schiedsrichterfunktion auszuüben. Dem Betroffenen verbleibt gegebenenfalls der Rechtsweg.

Von größerer, prinzipieller und auch politischer Bedeutung sind aus der Sicht der PDS-Fraktion zwei Themen, die der Bericht des Landesdatenschutzbeauftragten mit Recht umfassend und engagiert aufgreift, und zwar erstens die Kritik an der fehlenden Umsetzung der EU-Datenschutzrichtlinie, die allerdings nicht neu ist. Der Datenschutzbeauftragte hatte die Gefahren und Probleme in diesem Zusammenhang bereits in seinem vorigen Bericht aufgezeigt. Die frühere Regierung hat nicht gehandelt und inzwischen kam die Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes nicht voran, weil das Bundesgesetz bis heute nicht beschlossen ist. Es ist verständlich, dass der Gesetzgeber gern erst das Bundesgesetz abwarten möchte, um nicht von vornherein neue Widersprüche zwischen Bundes- und Landesrecht zu provozieren. Das war klug gedacht, aber leider ist man oft hinterher klüger. Man hätte das eben doch schneller in einem Landesgesetz regeln sollen, was unzweifelhaft regulierbar ist, so, wie übrigens auch andere Länder vorgegangen sind.

Da der Entwurf des Datenschutzgesetzes nunmehr in der Kabinettsabstimmung ist, sollte das Gesetzgebungsverfahren zügig durchgeführt werden. Natürlich sehen wir dabei die vom Landesdatenschutzbeauftragten benannten Knackpunkte, nämlich die geteilte Kontrollverantwortung für den öffentlichen und privaten Datenschutz zum einen sowie die Videoüberwachung zum anderen.

Zweitens. Der Landesdatenschutzbeauftragte hat niemals einen Hehl aus seiner Auffassung gemacht, dass der große Lauschangriff ebenso wie die Schleierfahndung unverhältnismäßige und in den rechtlichen Voraussetzungen zweifelhafte Eingriffe in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und somit verfassungswidrig sind. Das haben auch wir, die PDS-Fraktion, nicht anders gesehen und befanden uns deshalb mit der früheren Koalition im Widerspruch. Inzwischen hat das Landesverfassungsgericht entschieden und den großen Lauschangriff erheblich und die Schleierfahndung noch erheblicher eingeschränkt. Man mag darüber streiten, wie weitreichend die Entscheidungen sind. Jedenfalls hat das Verfassungsgericht klargemacht, wo die Glocken läuten, nämlich dass entscheidender Maßstab für derartige Sicherheitsaktivitäten das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist, wie wir es auch in unserer Landesverfassung mit dem Recht auf Schutz der persönlichen Daten haben, und nicht reale oder vermeintliche Sicherheitsinteressen des Staates.

Sicherlich haben die Urteile nicht alle unsere Hoffnungen erfüllt, weil das Gericht den großen Lauschangriff und die Schleierfahndung letztendlich, allerdings unter genaueren rechtlichen Konditionen, zulässt. Zwar galten die juristischen Ohrfeigen noch der früheren Landesregierung, deren Exponenten heute freilich aus dem Schneider sind. Aber dennoch, klammheimliche Freude kann auch bei uns nicht aufkommen. Die jetzige Regierung wird sehen müssen, was aus den Urteilen zu machen ist. Dringender Handlungsbedarf für eine Änderung des Sicherheits- und

Ordnungsgesetzes besteht aus unserer Sicht nicht. Wir halten den großen Lauschangriff wie auch die Schleierfahndung überhaupt nicht für dringlich. Und das Gericht hat dort ein Stoppzeichen gesetzt, wo die vorgesehene Regelung verfassungswidrig war.

Auch bei der Schleierfahndung wurde in der Urteilsbegründung ausdrücklich gesagt, dass mit der Nichtigkeitserklärung wesentlicher Teile der Regelungen nichts passiert, da genügend Instrumentarien da sind, die Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Wir gehen davon aus, dass – wie es im Koalitionsvertrag auch vorgesehen ist – das Sicherheits- und Ordnungsgesetz auf seine Wirksamkeit geprüft und dann entschieden wird, was gemacht werden muss und kann.

Eine Anmerkung möchte ich abschließend noch machen. Ich verstehe und achte, dass sich die Regierung in den Punkten verteidigt, wo sie sich vom Landesdatenschutzbeauftragten unberechtigt kritisiert fühlt. Das betrifft ganz gewiss die Bewertungen, die der Datenschutzbeauftragte zu den strittigen Fragen im Sicherheits- und Ordnungsgesetz trifft, Lauschangriff und Schleierfahndung. Aber ich denke, dass der Landesdatenschutzbeauftragte als unabhängiges Kontrollorgan des Landtages auch seitens der Regierung größte Aufmerksamkeit und Achtung verdient. Und ich glaube, es kann nicht Sinn der Sache sein, Darlegungen und Kritiken des Landesdatenschutzbeauftragten schlichtweg als nicht nachvollziehbar zu bezeichnen, wie es beispielsweise in der Einleitung der Antwort der Regierung geschehen ist. Wir glauben, das gehört sich nicht, selbst und gerade wenn man sich ärgert.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Für die PDS-Fraktion sind die kritischen Hinweise von Herrn Dr. Kessel durchaus nachvollziehbar. Vielleicht mag man sie nicht immer teilen, was freilich etwas anderes ist. Der Landesdatenschutzbeauftragte ist, so, wie wir ihn kennen gelernt haben, jemand, der in 99 Prozent der Fälle – oder vielleicht sogar mehr – nicht überzieht, sondern sachlich und realitätsnah das sagt, was er festgestellt hat, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Der Überweisung in die Ausschüsse stimmt unsere Fraktion zu.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, die Unterrichtung durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz auf Drucksache 3/1130 sowie die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 3/1358 zur federführenden Beratung an den Petitionsausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur, an den Sozialausschuss sowie an den Umweltausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Kommunalfinanzen, Drucksache 3/1495.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Kommunalfinanzen
– Drucksache 3/1495 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Nolte von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Nolte.

Georg Nolte, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion hat im Rahmen der heutigen Sitzung einen Antrag eingebracht, der sich mit der aktuellen Finanzsituation der Gemeinden im Land Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt. Es ist beileibe kein neues Thema und meine Fraktion wäre ja auch als stärkste politische Kraft auf der kommunalen Ebene froh, wenn bezüglich dieser Problematik kein Handlungsbedarf bestünde. Leider zeigt die Politik aus den Häusern Keler und Timm, dass davon keine Rede sein kann. Es besteht nämlich dringender Handlungsbedarf.

Als Ausgangslage dient die Tatsache, dass unsere Kommunen eine selbst für ostdeutsche Verhältnisse unterdurchschnittliche Finanzkraft im Vergleich zu den westlichen Flächenländern aufweisen. Beträgt die kommunale Steuerkraft im ostdeutschen Durchschnitt im Jahr 1999 40,1 Prozent, so sind es bei uns bloß 36,4 Prozent. Wird die Landesregierung diesem Sachverhalt gerecht? Leider nicht. Erkennbar wird dieses an den scheinbar so trockenen Zahlen, wie sie in den Eckwerten des Finanzausgleichgesetzes 2001 zum Ausdruck kommen. Doch damit nicht genug. Auch außerhalb des FAG zeichnen sich Tendenzen am mittlerweile sehr nahen Horizont ab, die in ihrer negativen Konsequenz für unser Land als Ganzes gar nicht als dramatisch genug einzuschätzen sind.

Worum geht es im Einzelnen? Die Landesregierung brüstet sich damit, dass den Gemeinden bis 2004 jährlich mindestens 2,5 Milliarden DM garantiert zur Verfügung stünden und somit die Solidarität des Landes mit den Kommunalfinanzen gewahrt bliebe. Nun ist das ja mit den absoluten Zuweisungsbeträgen so eine Sache. Zum einen erwartet die Landesregierung selbst innerhalb des oben genannten Zeitraumes eine Erhöhung der Verbundgrundlagensumme von 8,94 Milliarden DM auf 9,44 Milliarden DM, also rund 500 Millionen DM mehr. Man muss bedauerlicherweise davon ausgehen, dass die Gemeinden an diesen Mehreinnahmen in keiner Weise beteiligt werden. Hieran zeigt sich wieder einmal, dass das Wort Solidarität zwar gern in den Mund genommen wird, aber eben nur dann, wenn es die eigenen Befindlichkeiten nicht berührt. Solidarität zum Nulltarif gibt es in der Finanzpolitik aber leider nicht. Es zeigt sich schon jetzt, dass die Verbundquote in den nächsten Jahren weiter sinken und damit neue Rekordwerte im negativen Sinn erreichen wird. Man mag sich ja fragen, ob diese Mindestausstattung der kommunalen Ebene auch garantiert worden wäre, wenn Sie, Frau Finanzministerin, in den Folgejahren nicht mit Mehreinnahmen, sondern mit dauerhaften Steuermindereinnahmen gerechnet hätten. Ich bin davon überzeugt, Sie würden von Ihrem jetzt praktizierten Berechnungsmodus der Finanzausgleichsmasse sofort Abstand genommen haben.

Zum anderen sagt das Finanzministerium sinngemäß, 2,5 Milliarden DM sind eben 2,5 Milliarden DM – scheinbar richtig, aber doch falsch. Es handelt sich hier nämlich um eine nominale Größe. Das bedeutet: Selbstverständlich sind 2,5 Milliarden DM im Jahr 2000 nicht mehr das Gleiche wie 2,5 Milliarden DM im Jahr 2004. Man braucht ja nur einmal die jährliche Inflationsrate von etwa zwei Pro-

zent anzusetzen, dann kommt man schnell zu dem Ergebnis, dass der reale Zuweisungsbetrag in 2004 nur noch rund 2,3 Milliarden DM beträgt. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass hierbei gegebenenfalls anfallende Tarifierhöhungen noch mit keiner müden Mark berücksichtigt sind. Bereits für das Jahr 2001 ergibt sich im Rahmen dieser Berechnung eine Differenz zwischen der nominalen und der realen Zuweisungssumme von sage und schreibe 45 Millionen DM!

Die unsolidarische Politik kommt auch in der Tatsache zum Ausdruck, dass die Gemeinden gleichsam zweimal von der Landesregierung bestraft werden. Unter anderem durch die Zustimmung Mecklenburg-Vorpommerns zur Steuerreform im Bundesrat trägt die Landesregierung ein hohes Maß an Verantwortung dafür, dass die Kommunen im nächsten Jahr mit insgesamt 148 Millionen DM weniger Steuereinnahmen auskommen müssen als noch im Jahr 2000. Gleichzeitig reduziert aber das Finanzministerium die Verbundquote im FAG, um den Landeshaushalt auf Kosten der Gemeinden vermeintlich zu sanieren. Diese Politik zu Lasten Dritter ist schäbig und der Landesregierung unwürdig. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Zuweisung an die Kommunen von der Landesregierung quasi als Gnadenakt verstanden wird, den man nach Belieben gewähren kann oder auch nicht.

Erschreckend ist weiterhin die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen. Betrug sie 1998 noch 1,679 Millionen DM, so werden sie in 2001 auf 1,537 Millionen absinken, eine Verminderung also von 142 Millionen DM innerhalb von gerade einmal drei Jahren und 80 DM pro Einwohner. Wie man da von einer kommunalfreundlichen Politik schwadronieren kann, bleibt das Geheimnis der Finanzministerin.

(Heike Lorenz, PDS: Wenn man den Gesamtanteil der kommunalen Finanzen am Landeshaushalt betrachtet, dann sieht man mal den Vergleich. – Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Vor Ort dürfte die Beurteilung dieses Sachverhaltes, denke ich, auch deutlich anders ausfallen. Dass es auch anders geht, Frau Bretschneider, zeigen Vergleichszahlen unseres südlichen Nachbarn Brandenburg. Dort steigen die Schlüsselzuweisungen seit 1999 von 1,638 Millionen DM auf 1,720 Millionen DM im Jahr 2000 und 1,787 Millionen DM in 2001.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Erheblich weniger als in Mecklenburg-Vorpommern.)

Meines Wissens besitzt die dortige Finanzministerin ebenfalls ein sozialdemokratisches Parteibuch.

Es ist ja auch nicht so, dass sich die Kürzungen allein innerhalb des FAG abspielen. Wie verhält es sich denn mit den übrigen Leistungen des Landes an die Gemeinden? Beispiele gefällig? Ausweislich der zusammenfassenden Darstellungen und Übersichten, Seite 20 folgende, stehen für Zuweisungen an Brandschutzeinrichtungen im Jahr 2001 900.000 DM weniger zur Verfügung, für damit verbundene Investitionen 711.000 DM weniger. Infrastrukturmaßnahmen im Bereich des Fremdenverkehrs werden von 500.000 DM auf null herabgesetzt. Es geht munter weiter: Dorferneuerung minus 49 Millionen DM, Flurbereinigung minus 6,4 Millionen DM. Wohlgermerkt, dies sind nur investive Maßnahmen, von den laufenden Ausgaben habe ich noch gar nicht gesprochen.

In der Summe aller Einzelpläne ergibt sich eine Verminderung der investiven Ausgaben von über 66 Millionen DM und bei laufenden Ausgaben von noch einmal zusätzlich 13,8 Millionen DM, die normalerweise an die Kommunen gehen würden. Auf Seite 19 der gleichen Drucksache stellen Sie selbst dar, Frau Ministerin, dass die Leistungen des Landes an die Gemeinden damit um 80,2 Millionen DM insgesamt im Vergleich von 2000 zu 2001 absinken werden. Kommunalfreundliche Politik? Dann möchte ich wirklich nicht wissen, welche Zahlen Sie uns präsentieren würden, wenn Sie Ihre eigene Politik als kommunalfeindlich bezeichnen würden!

Apropos Zahlen, da gibt es eine Pressemitteilung des Finanzministeriums vom 01.08.2000, in welcher anhand einer Tabelle belegt werden soll, wie wohlwollend die Landesregierung doch zu unseren Gemeinden eingestellt ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nur Lug und Trug.)

Bewiesen werden soll dies mit der Tatsache, dass innerhalb des FAG im Jahr 2000 pro Einwohner 1.409 DM an Finanzausgleichsleistungen gewährt werden. Damit liegt Mecklenburg-Vorpommern in der Tat an zweiter Stelle aller ostdeutschen Bundesländer. Brandenburg beispielsweise gibt danach nur 1.300 DM pro Kopf seiner Bevölkerung weiter. Alles in bester Ordnung, so möchte man meinen. Doch wiederum zeigt ein genauerer Blick auf die Zahlen das glatte Gegenteil. Addiert man nämlich die an die Kommunen weitergereichten IFG-Mittel hinzu, sieht die Reihenfolge völlig anders aus. In der Summe aus Finanzausgleichsgesetz, Investitionsfördergesetz und kommunaler Investitionspauschale – man muss nämlich darauf hinweisen, dass Letztere in Brandenburg ausschließlich aus eigenen Landesmitteln finanziert werden – erhält der Brandenburger dann nämlich 1.561 DM, während sich für Mecklenburg-Vorpommern ein Wert von 1.492 DM ergibt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Hört, hört! – Harry Glawe, CDU: Buchhalter?)

Natürlich Buchhalter. Der Haushalt ist die in Zahlen gegossene Politik. Das ist Finanzplanung.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Es hatte also schon seinen triftigen Grund, warum das Finanzministerium diesen Vergleich nicht angestellt beziehungsweise nicht veröffentlicht hat.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich glaube nur den Zahlen, die ich selber gefälscht habe.)

Ansonsten wäre bei einem Ländervergleich noch ein zusätzlicher Sachverhalt an das Tageslicht getreten.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Während Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2000 gerade einmal 25,9 Prozent der vom Bund erhaltenen Zuweisungen nach dem IFG an die Kommunen als Pauschale weiterreicht, sind es in Brandenburg 33,4 Prozent. Dazu kommen noch einmal die Mittel der kommunalen Investitionspauschale aus Landesgeldern in Höhe von 386 Millionen DM. Ich glaube, diese wenigen Beispiele machen schon hinreichend deutlich, welchen Verrat Sie an den Kommunen unseres Landes Jahr für Jahr begehen

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heike Lorenz, PDS: Harte Worte, hinter denen nichts steht.)

und dass Sie sich bei Fortsetzung Ihrer Politik mit Ländervergleichen in Zukunft deutlich zurückhalten sollten. Es kann sonst für Sie und letztlich leider auch für unser Bundesland nur sehr peinlich werden.

Wenn Sie, Frau Finanzministerin, dann sagen, eine Aufstockung des Kommunalen Investitionsprogramms um 30 Millionen DM auf dann 180 Millionen DM sei gleichbedeutend mit einer entsprechenden Erhöhung der Nettokreditaufnahme, dann stellen Sie sich selbst ein verheerendes Armutszeugnis aus.

(Ministerin Sigrid Keler: Dann warten wir mal ab.)

Wie schaffen es andere Länder, ihre jährliche Neuverschuldung zu reduzieren? Ich darf wiederum das Beispiel Brandenburg anführen, welches sich nach 625 Millionen DM im Jahr 2000 im Folgejahr schon nur noch mit 275 Millionen DM zusätzlich verschulden wird und dennoch mehr für seine Gemeinden tut.

(Ministerin Sigrid Keler: Na bitte!)

Ich gehe nicht davon aus, dass im Keller des dortigen Finanzministeriums eine Druckpresse steht, die pausenlos Geld in Hülle und Fülle produziert.

(Heinz Müller, SPD: Bei uns auch nicht.)

Im Übrigen erscheint die Behauptung der Finanzministerin schon allein deshalb sehr zweifelhaft, weil ausweislich der eigenen Mittelfristigen Finanzplanung auf Seite 36 darauf verwiesen wird, dass zum einen 89,3 Millionen DM IFG-Mittel vom Land noch nicht abgerufen wurden und zusätzlich 55,6 Millionen DM auf fehlende Abrufe von IFG-Mitteln von Kommunen entfallen, also insgesamt 144,9 Millionen DM. Allein aus den fehlenden Abrufen des Landes von 89,3 Millionen DM könnte mühelos eine Aufstockung des Kommunalen Investitionsprogramms um 30 Millionen erfolgen.

(Ministerin Sigrid Keler: Er hat keine Ahnung, keine Ahnung.)

Mit der Zustimmung zu unserem Antrag können Sie ein Signal geben, dass Ihnen das Schicksal unserer Gemeinden noch nicht völlig gleichgültig ist. Sie würden ein Zeichen setzen für eine Beschleunigung bei der Schulbausanierung, ein Zeichen für eine Beschleunigung der Sanierung von Kindertagesstätten und so weiter. Nicht zuletzt könnten Sie beweisen, dass Sie das in Ihrer Macht Stehende tun, um unserer heimischen Bauwirtschaft wenigstens ein Stück unter die Arme zu greifen.

(Harry Glawe, CDU: Ja, das wäre höchste Zeit.)

Meine Fraktion ist im Zuge der Haushalts- und der FAG-Beratung bereit, konstruktive Deckungsvorschläge vorzunehmen, und ich glaube, auch die beiden kommunalen Spitzenverbände würden sich einem solchen Unterfangen nicht verweigern. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat um das Wort gebeten die Finanzministerin Frau Keler. Bitte sehr, Frau Ministerin.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jetzt spricht der Kommunalminister. – Heinz Müller, SPD: War das denn bei Ihnen der kommunalpolitische Sprecher? – Wolfgang Riemann, CDU: Der kommt noch, der kommt noch!)

Ministerin Sigrid Keler: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Nolte, wer hier gerade schwadroniert hat, das haben wir eben gehört.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Auf den 5-Punkte-Antrag der CDU möchte ich in sieben Punkten antworten.

(Harry Glawe, CDU: Sieben auf einen Streich.)

Erstens. Fakt ist, dass es im kommunalen Finanzausgleich keine Kürzungen gibt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU – Harry Glawe, CDU: Ach nee?!)

2,5 Milliarden DM sind gemäß Koalitionsvertrag garantiert, unabhängig von Verrechnung und jeweiliger Verbundquote.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist eine Lüge! Das ist keine Unwahrheit, das ist schon eine Lüge. – Angelika Gramkow, PDS: Das müssen Sie mir vorrechnen!)

Sie werden gezahlt, daran gibt es keine Abstriche und sie werden 2001 gezahlt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Zweitens. Die Kommunen haben bei der Steuerreform 2001 ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Erst haben SPD und PDS viel mehr versprochen.)

Hören Sie mal lieber zu, Herr Riemann!

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, ich höre zu.)

Das wäre für Sie ganz gut, glaube ich.

(Reinhard Dankert, SPD: Da hilft ja nichts mehr.)

Die Kommunen haben bei der Steuerreform 2001 insgesamt keine Reduzierung ihrer Steuereinnahmen gegenüber 2000 zu erwarten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das sehen die Kommunen aber anders. – Heinz Müller, SPD: Nein.)

Ich prophezeie den Kommunen für das nächste Jahr sogar leichte Mehreinnahmen und das sage ich nicht nur so dahin.

(Harry Glawe, CDU: Aber Sie deckeln das FAG und das ist das Schlimme.)

Das Land hat dagegen deutliche Mindereinnahmen von 203 Millionen DM auszugleichen. Sie fordern nun 203 Millionen DM zusätzliche Ausgaben nur mit diesem einen Antrag, 173 Millionen DM FAG- und 30 Millionen DM IFG-Mittel.

(Harry Glawe, CDU: Ja. – Dr. Harald Ringstorff, SPD: Die CDU kann mit Geld nicht umgehen. Das wussten wir schon immer.)

Deckung wird natürlich von Ihnen nicht geboten, auf die weiteren von Ihnen beantragten Haushaltsverschlechterungen komme ich gern morgen in meiner Haushaltsrede zurück.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich auch, Frau Keler, ich auch.)

Drittens. Mecklenburg-Vorpommern zahlt den Kommunen pro Einwohner im Vergleich zu den anderen neuen Ländern im kommunalen Finanzausgleich die zweithöchste Summe,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Georg Nolte, CDU: Ja, habe ich gerade gesagt. – Wolfgang Riemann, CDU: Die Rechnung will sie ja nicht wahrhaben. Die Rechnung will sie ja nicht wahrhaben.)

nämlich 1.409 DM pro Einwohner.

Ich habe das gehört. Herr Nolte, Sie können mir doch vertrauen

(Wolfgang Riemann, CDU: Nee, nicht mehr, Frau Keler, nicht mehr. – Harry Glawe, CDU: Bei den vielen Tricks, die Sie machen.)

und glauben, dass ich mir den Haushalt von Brandenburg genau angesehen habe. Da warten wir doch mal ein bisschen ab.

Entgegen der Behauptung im Antrag der CDU beteiligen wir die Kommunen also nicht unterdurchschnittlich an den Einnahmen des Landes.

(Wolfgang Riemann, CDU: Im Sinken, im Sinken! Im Sinkflug sind Sie an der Beteiligung, Frau Keler!)

Sie fordern in Ihrem fünften Punkt, wir sollten zur Praxis aller anderen Bundesländer zurückkehren und feste Verbundquoten einführen.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner übernimmt den Vorsitz.)

Ich zitiere aus dem Gemeindefinanzbericht des Deutschen Städtetages, der für das Jahr 2000 folgende gewogene Verbundquoten für die neuen Länder ausweist. Und ich denke, der Deutsche Städtetag ist jemand, dem Sie doch auch vertrauen müssten, ne? Also folgende gewogene Verbundquoten:

„Thüringen	25,7 Prozent
Sachsen-Anhalt	25,9 Prozent
Brandenburg	26,1 Prozent
Sachsen	26,4 Prozent
Mecklenburg-Vorpommern	29,5 Prozent“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: 24,9.)

Als gewogene Verbundquote werden ...

Herr Riemann, Sie hören nicht zu. Es war für das Jahr 2000.

(Angelika Gramkow, PDS: Er versteht das doch nicht. Erklären Sie ihm das mal! – Dr. Harald Ringstorff, SPD: Er will ja nicht zuhören. – Harry Glawe, CDU: Sie ändern jedes Jahr die Verbundquote, gerade wie es Ihnen passt.)

Sie verstehen es nicht. Das ist nämlich der Punkt.

(Harry Glawe, CDU: Sie ändern jedes Jahr die Verbundquote, gerade wie es Ihnen in den Kram passt.)

Seien Sie doch mal still!

(Harry Glawe, CDU: Sie ändern jedes Jahr die Verbundquote, gerade, wie es Ihnen in den Kram passt.)

Als „gewogene Verbundquote“ werden die zusammengefassten unterschiedlichen Anteile an den Gemeinschaftssteuern und den Bundesergänzungszuweisungen bezeichnet. Sollten wir auf die Quote der anderen Länder übergehen? Die gewogene Quote für das Jahr 2001 beträgt bei uns 27,5 Prozent und liegt damit immer noch höher als in allen anderen Ländern im Jahr 2000. Und warten wir doch mal die Haushalte der anderen Länder für das Jahr 2001 ab!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann bleiben Sie doch bei der Quote!)

Wir haben immer noch die höchste, Herr Dr. Jäger.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wie beim Blindengeld. Da haben wir immer noch ... – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Dr. Jäger, aber Sie fordern doch in Ihrem tollen Antrag im Punkt Nummer 5, dass wir auf die Quote der anderen Länder eingehen sollen. Soll ich es wirklich machen? Soll ich auf den Schnitt der anderen runtergehen?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Es wäre schöner, wenn Sie bei der von '98 geblieben wären.)

Soll ich auf Sachsens gehen mit 26,4 Prozent?

(Dr. Harald Ringstorff, SPD: Sie müssen auch überlegen, was sie beantragen! – Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Ministerpräsident, es wäre besser, wenn Ihre Regierung bei der Verbundquote geblieben wäre, mit der Sie angefangen haben. – Zuruf von Dr. Harald Ringstorff, SPD)

Also, Herr Dr. Jäger, Sie brauchen doch nur mal zwei Sachen zusammenzuzählen und dann das arithmetische Mittel zu nehmen.

(Minister Till Backhaus: Das können die doch gar nicht.)

Dann kommen wir doch hin.

(Heinz Müller, SPD: Überfordert.)

Vor diesem Hintergrund ist es an der Zeit, von der unseligen Verbundquotendiskussion wegzukommen.

(Harry Glawe, CDU: Sie entziehen den Kommunen Geld in Größenordnungen.)

Viertens. So wie wir müssen auch die Kommunen ihre Verwaltungen schlanker gestalten und ihre Aufgaben effizienter lösen.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: 28 Stellen in vier Jahren, Frau Keler! In vier Jahren! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Konsolidierungsbemühungen des Landes und der Kommunen müssen deshalb auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Ich habe mal einen Vorschlag: Wir legen das Innenministerium, Kommunalabteilung in das Finanzministerium. Dann wird alles gut.)

Nur so kann der Gestaltungsspielraum für die dringend notwendigen Investitionen erhalten und erweitert werden. Gucken Sie sich mal den jüngsten DIW-Bericht an, Herr Dr. Jäger!

Fünftens. Die Drohung, Schulen verfallen zu lassen und Feuerwehrezentralen auf die Streichliste zu setzen, geht an den Realitäten vorbei.

(Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Ja?)

Über die Zukunft unserer Schulen entscheidet der Schulentwicklungsplan und nicht angeblich fehlende Baumittel. Den Kommunen stehen die Mittel des kommunalen Aufbaufonds und die kommunale Investitionspauschale

(Harry Glawe, CDU: Und der kommunale Aufbaufonds kostet auch Geld.)

gemäß dem Investitionsfördergesetz von 150 Millionen DM

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

zuzüglich der Reste aus Vorjahren ...

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Frau Ministerin, einen kleinen Moment bitte mal. Ich würde wirklich bitten, dass Sie die Ministerin ausreden lassen. Wenn Sie Fragen haben, können Sie sich dazu melden. Und Herr Dr. Jäger hat nachher auch die Gelegenheit, in der Aussprache das Wort zu ergreifen. Keiner auf der Bank dahinten kann die Diskussion nachvollziehen, die Sie hier miteinander führen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Minister Dr. Gottfried Timm: So ist es.)

Ministerin Sigrid Keler: Es stehen also den Kommunen Gelder aus dem kommunalen Aufbaufonds und aus dem IFG zur Verfügung und 150 Millionen DM, die kennen Sie ja. Und Sie kennen auch die 56 Millionen DM. Wenn jetzt Herr Nolte den Vorschlag macht, dass wir die dann noch mal für die Kommunen veranschlagen, dann weiß er offensichtlich nicht, dass das nicht geht. Wir können unsere noch mal veranschlagen, aber für die Kommunen können wir es nicht tun, Herr Nolte.

(Angelika Gramkow, PDS: Sie sparen ja auch an, die Kommunen. Das weiß er doch ganz genau. – Wolfgang Riemann, CDU: 80 Millionen haben sie ...)

Im Vordergrund sollte die Umsetzung der geplanten Mittel ...

(Wolfgang Riemann, CDU: 80 Millionen! –
Angelika Gramkow, PDS: 89! –
Wolfgang Riemann, CDU:
Dann ist es noch mehr geworden.)

Also, Sie haben doch eben gehört, was die Präsidentin gesagt hat, Herr Riemann. Ich kann ja auch mal still sein.

(Heinz Müller, SPD: Er hat die
Höflichkeit eines Bleheimers.)

Im Vordergrund sollte die Umsetzung der geplanten Mittel und der Abbau des nicht unbeträchtlichen Restevolumens durch die Kommunen stehen. Die von der Landesregierung gegenüber dem Bund erreichten erweiterten Möglichkeiten des Einsatzes der IFG-Mittel werden dies zusätzlich unterstützen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Und die Landesreste, Frau Keler?)

Sechstens. Nun wende ich mich an den Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern.

(Harry Glawe, CDU: Er hat sich an Sie gewandt.)

Es ist für die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Landesregierung nicht förderlich, wenn der Städte- und Gemeindetag mittels Rundschreiben an die Städte und Gemeinden Druck auf die Landtagsabgeordneten ausüben will.

(Harry Glawe, CDU: Aha!)

Zudem sollen Listen in Umlauf gebracht werden mit Maßnahmen, die wegen der Absenkung der Verbundquote von den Kommunen nicht realisiert werden können oder verschoben werden müssen. Wunschlisten und Horrorszenarien bringen uns aber nicht weiter.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie vergiften die Atmosphäre. In Mecklenburg-Vorpommern geht es darum,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

gemeinsam die strukturellen Probleme zu lösen.

(Harry Glawe, CDU: Sie vertreten
nur 1.000 Gemeinden, Frau Keler,
falls Ihnen das nicht bekannt ist.)

Ach, Herr Glawe, so, wie Sie dasitzen, vertreten Sie nicht alle Gemeinden.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der
SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Harry Glawe, CDU: Der Städte- und Gemeindegtag vertritt nun mal 1.000 Gemeinden.)

Die Forderungen an die Landesregierung, durch Erhöhung der investiven Fördermittel für bestimmte Aufgaben die kommunale Investitionskraft zu stärken, bedeuten letztlich eine Ausweitung der Nettokreditaufnahme des Landes. Die damit wachsenden Zinslasten würden den ohnehin schon engen finanzpolitischen Spielraum des Landes noch weiter einschränken.

(Wolfgang Riemann, CDU: Da reden
wir morgen drüber, Frau Keler.)

Und, ich habe es schon öfter gesagt, auf Dauer nützt den Kommunen nur ein Land, das finanzpolitisch handlungsfähig ist.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Sehr richtig.)

Siebtens. Wir haben den kommunalen Landesverbänden schon im Frühsommer vorgeschlagen, in einen Diskussionsprozess über die weitere Entwicklung der kommunalen Finanzausstattung einzutreten. Dabei soll es insbesondere um einen transparenten Länderfinanzvergleich gehen. Ich sehe dem mit großem Interesse entgegen, Herr Nolte,

(Georg Nolte, CDU: Wir auch.)

und ich habe gar keine schlechten Gefühle dabei. Das kann ich Ihnen schon sagen.

(Georg Nolte, CDU: Also wir sehen das auch mit Interesse. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

So, für die Landesregierung erkläre ich noch einmal, dass wir gesprächsbereit sind und dass wir eine konstruktive Zusammenarbeit wünschen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schulz von der PDS-Fraktion. Bitte sehr.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das sind die, die
30 Prozent versprochen haben, und darüber. –
Angelika Gramkow, PDS: Dazu stehen wir
auch, Herr Riemann, im Gegensatz zu Ihnen. –
Dr. Armin Jäger, CDU: In welchem Land? –
Wolfgang Riemann, CDU: Nur, für
welches Land haben Sie das versprochen? –
Harry Glawe, CDU: Die sehen ja nichts. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, die
können so schlecht gucken, Herr Glawe.)

Gabriele Schulz, PDS: Ich denke, die Damen und Herren von der CDU-Fraktion sind jetzt in der Lage, wieder zu schweigen und dem Beitrag der PDS-Fraktion zuzuhören.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der
CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Hören Sie jetzt mal gut zu! –
Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, die Finanzsituation in den Kommunen ist aufgerufen worden seitens der CDU in dieser Landtagssitzung – ein Thema, denke ich, welches allen Abgeordneten, die hier im Saal sitzen, am Herzen liegt, aber auch ein Thema, wie wir soeben wieder erlebt haben, das in einer Art und Weise politisch missbraucht ist,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dass man froh sein kann, dass ein Großteil der Kommunen nicht hier sitzt und das mitverfolgt.

Erneut möchte ich deutlich feststellen, die CDU hat in Bund und Land offensichtlich ihre liebe Mühe, mit ihrer Oppositionsrolle fertig zu werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Angelika Gramkow, PDS –
Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Ihr ist buchstäblich jedes Mittel recht – das war eben so sehr deutlich –, wahllos mit politischen Themen und Problemen Populismus zu betreiben,

(Harry Glawe, CDU, und
Wolfgang Riemann, CDU: Das ist ja unglaublich!)

um so aus ihrer politischen Defensive herauszukommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben
doch 30 Prozent versprochen, nicht wir!)

Worte wie Verrat

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Sie haben überhaupt keine richtige Linie.)

und was hier noch gefallen ist, halte ich für eine Debatte im Parlament als unseriös, sie tragen nicht zu Lösungen bei.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD – Harry Glawe, CDU: Jaja.)

Da müssen der Diesel- und Benzinpreis erhalten, die Euroschwäche, die Steuer- und Rentenreform, Fremdenfeindlichkeit und vieles andere mehr. Ich denke, das ist einfach nicht angebracht, um die Probleme, die bestehen, zu lösen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Sie haben überhaupt nicht zugehört.)

Auffällig ist, dass vorhandene Ängste durch die Debatte genau so geschürt und genutzt werden wie politische Demagogie und Diskriminierung von Regierungshandeln in Bund und Land.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist wahr.)

Man gewinnt den Eindruck, wenn man die politischen Erklärungen der CDU liest und hört, dass es außerhalb dieser Partei offensichtlich nur Unfähigkeit und Versagen auf den Regierungs- und Parlamentsbänken gibt. So, wie man sich zu Ihrer Regierungszeit für unfehlbar hielt, so tut man es heute in der Opposition,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

selbst wenn man jetzt und hier Vorgänge kritisiert, deren Ursachen unter anderem in der Regierungszeit der CDU in diesem Land begründet sind.

(Martin Brick, CDU: Sagen Sie doch mal was
zum Thema! – Angelika Gramkow, PDS:
Ach, Herr Brick ist ja auch wieder da.)

Verantwortung für das Land ist nach Verlust der Regierungsmacht bei der CDU offensichtlich ein Fremdwort geworden. Das dokumentiert die vorliegende Drucksache deutlich. Da ist zunächst festzustellen, dass ein derartiger Antrag just zu dem Zeitpunkt gestellt wird, wo mit der Beratung des Landeshaushaltsentwurfes 2001 der Landtag in seiner Eigenschaft als Landesgesetzgeber über alle Möglichkeiten verfügt, über die Verteilung der Landesmittel in einem demokratischen

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

– das möchte ich unterstreichen – Verfahren zu entscheiden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das hat Ulbricht
schon gesagt: Aber das muss demokratisch
aussehen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Zu dieser Entscheidung, meine Herren von der CDU-Fraktion, gehört bekanntlich im Rahmen der allgemeinen Finanzausweisung auch die Höhe ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Bezweifeln
Sie etwa, dass es hier demokratisch zugeht? –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Gucken Sie mal in den
Einzelplan 11 rein! Gucken Sie mal rein, was da
drinsteht. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Steht da was Undemokratisches?)

Herr Riemann, beruhigen Sie sich wieder, Sie haben ja sicher auch noch die Gelegenheit, hier zu sprechen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das werde ich morgen tun.)

Eben.

Zu dieser Entscheidung gehört bekanntlich im Rahmen der allgemeinen Finanzausweisung auch die Höhe und Struktur des kommunalen Finanzausgleichs.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Ich kann Sie als Opposition deshalb auch nur auffordern, einen durchdachten Alternativvorschlag zu bringen – Herr Born hat ihn ja zum Schluss angekündigt –, aber dann nicht einen Alternativvorschlag nach dem Motto „Wir stellen grundsätzlich nur Forderungen“ und die Regierung und die Regierungskoalition mögen sehen, wie sie die Umsetzung finanzieren.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Die Deckung bringe ich Ihnen morgen.)

Und noch eins zu Ihrer interessanten Verbundquoten-debatte, die Sie eben geführt haben.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Wieso? Ist er ausgewandert?)

Ich denke, man muss deutlich sagen, von Quoten können die Kommunen nicht leben,

(Beifall Heike Lorenz, PDS: Tja! –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

sondern nur von dem, was wir ihnen real zur Verfügung stellen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist der
erste richtige Satz, den Sie gesagt haben. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ein paar Bemerkungen zu den vorgeschlagenen fünf Punkten Ihres Antrags im Einzelnen:

Zunächst ist auffällig, dass die CDU-Fraktion in den Punkten 1 und 2 für meine Begriffe auf leisen Sohlen daherkommt. Man beteuert, dass die kommunale Finanzausstattung mit Sorge betrachtet wird, und schlägt vor, dass der Landtag anerkennt, dass es ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einem soliden Landeshaushalt und, wie es heißt, einer befriedigenden Finanzausstattung der Gemeinden und Landkreise unseres Landes geben muss.

(Harry Glawe, CDU, und
Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Was das aus der Sicht der CDU konkret heißt, wird allerdings offen gelassen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jetzt
kommen wir zum nächsten Punkt. –
Harry Glawe, CDU: Weiterreden! Weiterreden!)

Und mit Ihren Fakten und Zahlen und Rechenexemplen, Herr Nolte, die Sie eben genannt haben, haben Sie auch keine Lösungsvorschläge hier unterbreitet.

(Georg Nolte, CDU: Dann haben Sie wohl nicht richtig zugehört.)

Ich stelle dazu nur fest, solche Sorgen, wie Sie sie in diesen beiden Punkten zum Ausdruck bringen, und eine solche Binsenweisheit, wie Sie sie damit nennen, das Verhältnis zwischen Landeshaushalt und kommunaler Finanzausstattung, ich glaube, eine solche Sorge brauchen wir uns nicht gegenseitig hier per Landtagsantrag zu bestätigen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch! –
Wolfgang Riemann, CDU: Wir haben diese Sorge auch. Haben Sie die auch?)

Sie liegen unseres Erachtens bei allen noch diskussionswürdigen Einzeldebatten

(Harry Glawe, CDU: Sie machen einen ganz schönen Spagat heute.)

dem vorgelegten Haushaltsentwurf zugrunde. Herr Nolte hat sich ja letztendlich auch schon darauf bezogen. Aber dieser leise Einstieg soll natürlich nur kaschieren, mit welcher Tür man ins Haus fallen will. Das geschieht dann zunächst pauschal in Punkt 3 mit dem Vorwurf an die Landesregierung, mit ihrer Zustimmung zur Steuerreform des Bundes nicht zuletzt auch für die schlechte Finanzausstattung der Kommunen im Land verantwortlich zu sein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Da frage ich Sie zunächst: Haben Sie ein so schlechtes Gedächtnis, dass Sie nicht mehr wissen, dass ohne die Zustimmung von CDU-Landesregierungen oder -Teilregierungen die Steuerreform gar nicht hätte beschlossen werden können?

(Angelika Gramkow, PDS: Und noch mehr Steuerausfälle prognostiziert worden wären, wenn wir der CDU Recht gegeben hätten.)

Genau. Ich komme jetzt noch einmal darauf.

Und ich denke, dass Sie sehr wohl die Position auch meiner Fraktion und unserer Minister vernommen haben, dass trotz gravierender Vorbehalte der Gedanke an eine Steuerreform mit deutlicherer Handschrift der CDU uns letztlich nach Abwägung zu dieser Mehrheitsentscheidung kommen ließ.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Summa summarum: Punkt 3, außer billiger Polemik kein ernst zu nehmender Beschlusspunkt für den Landtag. Bei den Punkten 4 und 5 werden Forderungen mit Zahlen untersetzt, die, wie wir alle wissen, im Vorfeld der Beratungen der Haushaltsansätze vor allem auch von den kommunalen Landesverbänden, den Städten und Gemeinden und Landkreisen im Gespräch waren und im Gespräch sind.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aus der Sicht meiner Fraktion, und zwar aus Vergangenheit und Gegenwart, ist sicher auch der CDU nicht entgangen, dass wir jederzeit für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Besonders in Wahlzeiten.)

die in erster Linie natürlich auch eine angemessene Finanzausstattung zur Grundlage hat, eingetreten sind.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber danach wird das wieder vergessen.)

Das ist auch sehr deutlich in der Koalitionsvereinbarung ausgewiesen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine Fraktion hat wiederholt betont, dass die finanzielle Situation der Kommunen bei aller Differenziertheit im Land ernste Fragen aufwirft. Dabei sind wir uns sicher einig,

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht nur fragen! Antworten müssen Sie geben!)

dass nicht allein der kommunale Finanzausgleich zur Debatte steht, sondern insbesondere auch die Verbesserung der eigenen Einnahmesituation der Gemeinden und Landkreise, natürlich aber nicht auf Kosten der Einwohnerinnen und Einwohner.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Wolfgang Riemann, CDU:
Ach so! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir sind uns durchaus bewusst, ...

Sie müssen zuhören und nicht Gerüchte in den Raum setzen, die ich so nicht gesagt habe.

Wir sind uns durchaus bewusst, dass die Steuerreform 2000 nicht nur dem Land, sondern vielleicht auch den Kommunen Steuerausfälle bringt, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Frau Keler hat gerade gesagt, das stimmt nicht. –
Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Ich habe gesagt, vielleicht auch.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich will den kommunalen Finanzbericht sehen.)

... die zwar bundesweit mit neun Prozent an den Gesamtsteuerausfällen angegeben werden, aber über die Einnahmeausfälle der Länder praktisch noch verstärkt werden.

(Angelika Gramkow, PDS: Dann korrigiere ich das, was hier gesagt wurde. –
Wolfgang Riemann, CDU: Wer hat denn nun Recht? Frau Keler oder Sie?)

Als Rahmenbedingungen für die Kommunen und ihre Finanzen wirken aber auch Richtlinien und Praktiken der EU, wobei ich zum Beispiel die europaweite Ausschreibung kommunaler Kreditaufnahmen, die Liberalisierung des Strommarktes nennen will. Wie wir alle wissen, stehen uns auch weitere Liberalisierungen ins Haus: des Öffentlichen Personennahverkehrs, der Gasversorgung und anderer Formen wirtschaftlicher Betätigung der Kommunen. Bei dieser Sachlage ist allein mit der aufgemachten Forderung zur Verbundquote eben nichts zu machen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ha, ha, ha!)

Was die Aufstockung der kommunalen Investitionspauschale betrifft, gibt es auch bestimmte Überlegungen in

meiner Fraktion, zu denen wir morgen an gleicher Stelle in der Haushaltsdebatte sprechen werden.

Meine Damen und Herren, ich denke, es ist angebracht, die Hinweise der kommunalen Verbände, der Städte und Gemeinden unseres Landes ernst zu nehmen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

aber so ernst, dass wir in den Haushaltsberatungen – hören Sie zu – und in den Ausschüssen für angemessene Lösungen, für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen gemeinsam streiten.

(Harry Glawe, CDU: Da werden wir Sie aber beim Wort nehmen.)

Zusammenfassend wiederhole ich deshalb meine Aufforderung an Sie: Bringen Sie konkrete finanzierte Vorschläge in die Haushaltsberatungen ein, um auf dieser Grundlage die Finanzsituation in den Kommunen zu stärken!

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Der vorliegende Antrag ist in diesem Sinne überflüssig, löst keins der vorhandenen Probleme

(Wolfgang Riemann, CDU: Ach ja?!)

und wird daher von meiner Fraktion abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Schulz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der CDU-Fraktion.

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben wir eigentlich noch einen Kommunalminister, Armin? –

Angelika Gramkow, PDS: Einen schicken, einen sehr schicken haben wir.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da die kommunalen Landesverbände hier kein Rederecht haben, möchte ich ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das haben Sie verhindert.)

Ach! Reden Sie doch nicht so einen Unsinn!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na selbstverständlich!)

Reden Sie nicht so einen Unsinn!

Da die kommunalen ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Beleidigen Sie mich nicht!)

Unsinn ist nur die Gegenform von Sinn.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, ja, ja, ja!)

Und da Sie wenig Sinn haben offenbar,

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS)

muss man das sagen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie wissen offensichtlich gar nicht mehr, wer die Verfassung mehrheitlich gemacht hat.)

Frau Präsidentin, darf ich jetzt auch reden?

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Dr. Jäger, aber wenn es dann persönlich wird, dann sind solche Fälle doch schon eher eines Ordnungsrufes würdig. Da muss man ganz doll aufpassen. Das rate ich Ihnen.

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich habe auch nur den Kollegen gebeten, keinen Unsinn zu reden. Ich habe nicht gesagt, dass er Unsinn redet.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Er redet ja keinen Unsinn, er redet die Wahrheit!)

Frau Präsidentin! Da die kommunalen Landesverbände hier kein Rederecht haben,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Weil Sie es verhindert haben. – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

möchte ich als gewähltes Mitglied des Landesausschusses des Städte- und Gemeindetages die Äußerung unserer Finanzministerin von dieser Stelle erheblich zurückweisen. Frau Keler, es ist eine doch eigenartige Einstellung zur kommunalen Selbstverwaltung, wenn Äußerungen unserer kommunalen Landesverbände nur konstruktiv sind, wenn Sie Ihrer Auffassung folgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

So weit wollten wir nicht mehr kommen.

Und ich sage noch mal, Sie haben hier das Gleiche gesagt, wie in Ihrer Presseerklärung, nämlich, es gebe keine Kürzung im kommunalen Finanzausgleich. Sie selber haben Ihrer Presseerklärung Zahlen beigefügt, aus denen sich ergibt, dass – und jetzt nehme ich mal den Begriff „Finanzausgleichsleistung“, den Sie erfunden haben, damit man nicht mehr von der „Finanzausgleichsmasse“ spricht, die wird nämlich durch den Verbundsatz bestimmt und das ist der gesetzliche Begriff –

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

auch bei den Finanzausgleichsleistungen nach Ihrer Lesart 20 Millionen DM weggehen, sind weniger. Ich bitte Sie, Ihre eigenen Zahlen mal zu vergleichen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Bei der SPD wird das immer mehr, bei Frau Keler.)

Und ein Drittes.

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Jäger, reden Sie mal keinen Unsinn!)

Danke. Okay, dann sind wir quitt.

Ein Drittes. Es ist schon eigenartig, dass, wenn hier in einem Antrag gefordert wird, eine Verbundkürzung nicht vorzunehmen, Sie Deckung fordern. Sie haben doch einen Einzelplan 11 im Entwurf vorgelegt, in dem Sie diese Kürzung erst einmal dem Landtag vorschlagen.

(Harry Glawe, CDU: So ist es.)

Wieso müssen andere Deckung bieten? Und ich wüsste Deckung.

(Heike Lorenz, PDS: Wenn Sie es wissen, dann sagen Sie es doch!)

Wissen Sie, wie viel Minister in den früheren Legislaturperioden hier saßen? Wissen Sie, dass die Kommunen über Jahre hinweg Personaleinsparungen – und das unter Nöten vor Ort, da tut's nämlich weh – vorgenommen haben? Und gucken Sie sich Ihren Personalhaushalt an!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS:
Tut es den Forstarbeitern nicht weh?)

Da gibt es Deckung. Aber da müssen Sie erst mal ran.

(Wolfgang Riemann, CDU: 28 Stellen
in vier Jahren wollen Sie in den
Ministerien streichen! 28 Stellen!)

Eben.

Meine Damen und Herren, damit das nicht wieder so ausartet, dass derjenige, der Zahlen verwendet, nachher überlegen muss, dass diese Zahlen stimmen, nehme ich die Zahlen, die die Finanzministerin im Einzelplan 11 für das Haushaltsjahr 2001 eingesetzt hat, und Zahlen aus ihrer Presseerklärung, daraus ergibt sich Folgendes: Die im Finanzausgleichsgesetz definierte Finanzausgleichsmasse – ein Blick ins Gesetz macht einen da schlauer – sinkt gegenüber dem Jahr 2000 um 231 Millionen DM. Die Zahlen können Sie nachvollziehen. Das ist das Ergebnis, um da gleich der Kritik zuvorzukommen, einmal aus einer Verringerung der Einnahmen des Landes aus den Verbundsteuern und Verbundeinnahmen, aber auch das Ergebnis Ihrer vorgesehenen Kürzung der Verbundquote. Und diese Verbundquotensenkungen bedeuten 173 Millionen DM weniger. Das können Sie landauf, landab nicht bestreiten. Das sind die Zahlen.

Und die Frage querbeet so rüber im Plenum des Herrn Ministerpräsidenten, der vorhin hier noch saß, wie war es denn vorher, die kann ich hier beantworten. Wenn Sie die Verbundquote von 28 Prozent belassen hätten, wenn Sie sie belassen hätten, die galt im Gesetz, dann wären 220 Millionen DM mehr zur Verfügung, um im kommunalen Finanzausgleich eingesetzt zu werden. Auch das ist sicher unbestritten. Sie können es nachrechnen.

(Harry Glawe, CDU: Das ist CDU-Politik. –
Angelika Gramkow, PDS: Trotz der Verschul-
dung des Landes. Sagen Sie das dazu!)

Meine Damen und Herren, jetzt wird auch klar, warum die Finanzministerin immer vor einer aus ihrer Sicht unseiligen Quotendiskussion warnt. Denn wir müssen uns ausschließlich am Finanzausgleichsgesetz orientieren. Und da spielt die Quote ja genau die Rolle. Sie bestimmt darüber, was aus dem Landeshaushalt, aus dem Land zufließenden Einnahmen an die Kommunen herunterkommt. Und wer den Kommunen in die Tasche greifen will, der muss die Verbundquote ändern. Und genau das tun Sie.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, bei einem so klaren Sachverhalt ist mir nicht klar, wie meine Kollegin Frau Schulz davon redet, das sei alles Wischiwaschi und man wisse nicht klar, wo wir hin wollen. Frau Schulz, ich sage es Ihnen noch mal, wo wir hin wollen: eine faire Finanzausgleichsregelung für die Kommunen ohne Zahlengemogel, am Gesetz orientiert und den Verbundsatz beibehalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das wäre schon eine sehr vernünftige Lösung.

Meine Damen und Herren, ich wundere mich eigentlich ein bisschen, dass der Kommunalminister sich bisher überhaupt noch nicht geäußert hat, der Innenminister.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Wir haben ja vielleicht keinen mehr. –
Heike Lorenz, PDS: Lassen Sie doch die
ewigen Watschen an den Innenminister!)

Ich stelle fest – und das habe ich auch, da viele von uns ja auch kommunal tätig sind –, dass mittlerweile, wenn Kreistage Anträge beschließen und sich an die Landesregierung wenden, nicht mehr der Kommunalminister antwortet, sondern die Finanzministerin.

(Wolfgang Riemann, CDU: Na toll! –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Also man könnte sich jetzt mal überlegen, wenn man ...

(Ministerin Sigrid Keler: Wenn ich angeschrieben werde, darf ich dann nicht antworten?)

Aber selbstverständlich. Ich weiß, dass Sie eine höfliche Ministerin sind, wenn Sie angeschrieben werden. Aber ich denke eigentlich, dass die kommunalen Aufgaben beim kommunalen, nämlich beim Innenminister sind.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber vielleicht wissen das die betreffenden Kreistage nicht. –
Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Aber innerhalb der Landesregierung gibt es eine ...

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU
und PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Sonst hätten sie doch die Finanzminis-
terin nicht angeschrieben. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich will das nicht werten, wahrscheinlich haben Sie Recht. Die Kreistage haben es auch schwer, weil der Kommunalminister äußert sich ja nicht mehr zu kommunalen Themen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Na, das stimmt zwar nicht, aber ...)

Aber, Frau Finanzministerin, Sie haben da ein ganz anderes Format: immer nach vorne. Sie sagt, die Kommunen hätten exorbitante Überschüsse in ihrem Verwaltungshaushalt. Und das klingt ja auch immer ganz schlimm, wenn in Verwaltungshaushalten Überschüsse sind, und deswegen müssen sie auch die Kürzungen, die Sie vorgesehen haben, ertragen. Sie wissen viel zu gut über Zahlen Bescheid, als dass Sie nicht wüssten, dass in diesen so genannten Überschüssen im Wesentlichen zwingende – von der Gemeindehaushaltsverordnung und vom Gemeindehaushaltsrecht –

(Wolfgang Riemann, CDU: Pflichtzuführungen.)

Pflichtzuführungen sind.

(Harry Glawe, CDU: Jedes Jahr.)

Ganz richtig, nämlich ganz klar: Was ist denn drin in diesen Zuführungen? Einmal die ordentlichen Tilgungen und die vorgeschriebenen Zuführungen zum Vermögenshaushalt. Das wissen Sie. Trotzdem benutzen Sie dieses Argument. Das ist absolut unzulässig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und wenn da die Kommunen sagen, Ihre Diskussionsart und -weise sei unfair, kann ich dem nicht widersprechen, beim besten Willen nicht.

(Heike Lorenz, PDS: Da sagen
die Kommunen ganz was anderes.)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns die kommunalen Haushalte angucken, vor allen Dingen wenn wir Jahresrechnungen angucken – das ist dann die Stunde der Wahrheit –, dann stellen wir fest, die Investitionsrate bei den Kommunen ist bedenklich zurückgegangen, bedenklich. Nicht etwa weil die Kommunen nicht investieren wollen oder weil es keinen Investitionsbedarf gibt. Ich bitte um Entschuldigung für meinen Zwischenruf, als Sie sagten, na ja, es ist ja alles bei den Kommunen, die rufen ja nichts mehr ab. Frau Finanzministerin, Sie wissen, wenn man die Eigenmittel nicht hat, kommt man auch an die Zuschusstöpfe des Landes nicht heran. Da mögen sie noch so schön sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Und wenn Sie nach Bedarfen fragen, dann bitte ich Sie herzlich, dann gehen Sie mal querbeet im Lande, und nicht nur bei Neueinweihungen, sondern mal in Gemeinden hinein, gucken Sie sich dort einige Schulen an, gucken Sie sich dort einige Jugendeinrichtungen an,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

dann werden Sie ganz schnell davon überzeugt, dass hier ein Rieseninvestitionsbedarf im Bereich der Renovierung besteht und dass hier auch eine ganze Menge an Investitionen dadurch unterbleibt, dass die Kommunen über Jahre stranguliert werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir müssen eigentlich feststellen, dass das, was hier abläuft, nämlich den Verbundsatz immer nach Bedarf, wie das Land es gerne hätte oder die Landesregierung es gerne hätte, dass dies eine Entsolidarisierung ist auf der finanziellen Ebene.

Ich will nicht pathetisch werden, aber ...

(Heinz Müller, SPD: Gott sei Dank!)

Ja, Herr Müller, wir bleiben da mal ganz sachlich. Sie wissen wie ich, dass sowohl im Grundgesetz Artikel 28 wie in unserer Landesverfassung Artikel 73 Absatz 2 etwas anderes steht,

(Heike Lorenz, PDS: Solidarität hängt eigentlich nicht ab von der Menge, die zur Verfügung steht.)

nämlich dass das Land für eine angemessene Finanzausstattung der Kommune Sorge zu tragen hat. Und dass das angemessen ist, was Sie mal einfach so festlegen mit Ihren 2,5 Milliarden DM, die angeblich verrechnungsfrei sein sollen, das werden Sie doch sicher nicht mehr behaupten, denn Sie sind da längst schon wieder von weg.

Auch hier beziehe ich mich auf den Einzelplan 11. Ich habe ja meinen Augen nicht getraut. Letztes Jahr noch großmundig versprochen, verrechnungsfrei 2,5 Milliarden DM, dieses Jahr schon 32 Millionen DM weggerechnet. Das sind die errechneten Überzahlungen, weil die Steuerschätzungen ungünstiger waren als das Tatsächliche, was in 1999 kam.

Ja, Frau Gramkow, Sie gucken mich so entgeistert an.

(Angelika Gramkow, PDS: Nee, das ist falsch, Herr Jäger. Lassen Sie sich das noch mal erklären!)

Es ist leider nicht falsch. Gucken Sie in die Unterlagen der Frau Finanzministerin! Ich gebe sie Ihnen gerne.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Dann stellen Sie fest, dass jetzt genau das passiert, was man eigentlich noch nicht mal hätte befürchten müssen. Nämlich wenn Steuermehreinnahmen anfallen aus Vorjahren, mehr, als man geschätzt hat,

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann muss der Deckel drauf.)

dann wird der Verbundsatz geändert, damit man nicht nachzahlen muss in Wirklichkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: So ist es. Richtig.)

Das können Sie genau aus den Zahlenreihen sehen. Dann wird er runtergesetzt. Ich habe das noch nie erlebt, wenn es Steuermindereinnahmen waren. Entsinnen Sie sich, wir haben im letzten Jahr darüber gesprochen,

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

dass die letzte Tranche die Verrechnung für die Vorjahre war. Das wissen Sie ja.

(Angelika Gramkow, PDS: Das stimmt.)

Ja, Sie können gerne noch was dazu sagen.

(Angelika Gramkow, PDS: Die haben Sie zu verantworten gehabt, Herr Jäger.)

Ich beziehe mich auf Ihre Zahlen.

Meine Damen und Herren, wenn die Finanzministerin sagt, dass die Kommunen eigentlich auch das Geld gar nicht so dringend brauchen, das Land will es lieber behalten, dann begründet sie das damit, dass die Kommunen hinsichtlich ihrer Verschuldung günstiger lägen als das Land. Hat eigentlich jemand hier in diesem Raum vergessen, dass die Kommunen sich nicht einfach so verschulden können, dass es eine Kommunalaufsicht gibt, dass es einer Gesamtkreditgenehmigung bedarf, wenn ich meinen Haushalt vorlege,

(Harry Glawe, CDU: So ist es.)

und dass die Kommunalaufsicht in den vergangenen Jahren und, wie ich glaube, auch in den Folgejahren darauf achten wird, dass diese rechtlichen Bestimmungen eingehalten werden? Als Stadtvertreter in der Landeshauptstadt Schwerin weiß ich, wovon ich rede, wie schwierig es ist, einen nicht ausgeglichenen Haushalt durchzubringen.

Ja, meine Damen und Herren, das gibt es beim Land nicht. Es gibt keine Aufsicht über das Land. Ja, Gott sei Dank, sage ich. Aber dann müssen wir eigenverantwortlich handeln. Und dann müssen wir gucken, wo wir sparen können. Und ich habe das schon mal gesagt, wenn den Kommunen hier gesagt wird, sie müssten den Gürtel enger schnallen und Personal einsparen – Frau Finanzministerin, Sie haben das von dieser Stelle gesagt –, dann gucken Sie mal auf den Personalhaushalt, den Sie zu vertreten haben! Es gab in einer Zeitung eine sehr schöne Darstellung, wie viel Einwohner sich in den einzelnen Ländern einen Minister teilen. Da sind wir Spitze.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, das kann Herr Ringstorff für seine Bilanz verwenden. – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Wir haben es richtig gut. In dem armen Land, in dem armen Land Nordrhein-Westfalen müssen sich 1,8 Millio-

nen Einwohner einen Minister teilen. Die sind richtig arm dran!

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann hätten wir noch 'nen Ministerpräsidenten und 'ne Finanzministerin und fertig!)

Aber bei uns ist das anders. Bei uns haben 200.000 Einwohner schon einen Minister.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ist doch richtig gut.)

Das heißt also, wir können uns das offenbar leisten. Den Kommunen wird gesagt, spart. Wo spart eigentlich die Landesregierung?

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Meine Damen und Herren, der Skandal liegt aber weder in den Zahlen noch in der Art, wie sie vertuscht werden sollen. Der Skandal liegt darin, wie offenbar die Landesregierung den Stellenwert der kommunalen Selbstverwaltung einschätzt.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Meine Damen und Herren, es kann nicht richtig sein, dass eine Landesregierung die Gemeinden, Städte und Landkreise nur als unbeliebte Mitesser am Kuchen öffentlicher Finanzen versteht. So fühlen wir uns als Kommunen mittlerweile. Sie sollten sehr in sich gehen!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Mir kommen jetzt wirklich die Tränen.)

Auf Dauer schaden diese Haltung und die daraus fließenden Entscheidungen wirklich unserem gesamten Land, nicht nur der kommunalen Ebene.

Sie haben zwar schon verkündet, Frau Schulz, dass Sie einem solchen Antrag nicht zustimmen können, ich bitte Sie trotzdem noch mal, mit sich ins Gericht zu gehen. Wenn Sie diesem Antrag nicht zustimmen können, dann, glaube ich, wissen wir, dass Sie alles Gerede von kommunalfreundlich, was Sie draußen von sich geben, nicht so meinen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der SPD-Fraktion.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn ich gewusst hätte, was hier alles an Verdrehungen und Verfälschungen an Zahlenmaterial und Zahlen, die man nicht als Material bezeichnen kann,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

auf den Tisch gelegt worden ist, dann hätte ich eine längere Redezeit beantragt, denn mit 17 Minuten wird man nicht auskommen, all dies zu korrigieren und richtig zu stellen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das lohnt aber auch nicht, Herr Müller.)

Angesichts der Fakten, da muss ich Ihnen Recht geben, werde ich den Versuch gar nicht machen, hier alles richtig zu stellen, sondern werde mich auf den CDU-Antrag kon-

zentrieren, auch wenn er es nach meiner Einschätzung eigentlich nicht wert ist.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD)

Eine Zahl kann ich mir aber nicht verkneifen, meine Damen und Herren von der CDU. Sie reden über Brandenburg und über Verbundquoten. Wissen Sie eigentlich, dass das Land Brandenburg in den letzten Jahren seine Verbundquoten immer wieder gesenkt hat, und zwar insgesamt um sechs Prozentpunkte?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir reden
über die Kommunen in unserem Land.)

Ich hoffe nicht, dass Sie uns dieses als vernünftige Marschrichtung empfehlen wollen, aber Sie schaffen es ja, selbst diese Politik noch in Ihre Richtung umzuinterpretieren.

(Harry Glawe, CDU: In Ihre Richtung.)

Aber lassen Sie mich nun wirklich zum Antrag der CDU kommen. Dieser Antrag, so, wie er uns hier vorliegt, meine Damen und Herren, würde in der Gemeindevertretung der Gemeinde, in der ich wohne, sicherlich nicht das Licht der Tagesordnung erblicken. Und auch Sie, Herr Jäger, als Stadtpräsident in Schwerin könnten ihn schwerlich auf die Tagesordnung einer Gemeindevertretung setzen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Warum denn nicht?)

weil dieser Antrag von seiner Qualität her nicht die gesetzlichen Mindestansprüche erfüllt,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

die man an einen Antrag stellt, der in einer Gemeindevertretung zu behandeln ist.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Dagegen spricht der Paragraph 31 Absatz 2 Satz 2 der Kommunalverfassung. Der sagt und bestimmt, dass ein Antrag in einer Gemeindevertretung nur unter der Voraussetzung zu behandeln ist, dass er, wenn er Mehrausgaben oder Mindereinnahmen zum Gegenstand hat, scharf benennt, wo denn die Deckung hergenommen werden soll.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir sind hier der
Landtag. Wir haben Haushaltshoheit.)

Ich stelle fest, Sie sagen hier 30 Millionen DM für Investitionsmittel und sagen mit keinem Wort, wo denn die Deckung hergenommen werden soll.

(Wolfgang Riemann, CDU: Der hat
den Unterschied zwischen Landes-
haushalt und Kommunalhaushalt noch
nicht kapiert. – Gabriele Schulz, PDS:
Hauptsache Sie, Herr Riemann!)

Sie sagen 173 Millionen DM im Bereich des Finanzausgleichsgesetzes und Sie sagen mit keinem Wort, wo dieses Geld denn herkommen soll.

Und, mein lieber Herr Riemann, wenn Sie hier dazwischenrufen, dass ich den Unterschied zwischen einem Kommunalhaushalt und einem Landeshaushalt nicht kapiert habe, na Sie müssen es ja wissen! Ich habe eins kapiert:

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Auf der kommunalen Ebene haben wir eine gesetzliche Regelung, die solche populistischen Schaufensteranträge verhindert und verhindern soll. Eine solche Regelung haben wir leider auf der Landesebene nicht,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Wer etwas für
die Kommunen tut, ist populistisch.)

denn etwas anderes als ein populistischer Schaufensterantrag, als ein unseriöses Machwerk ist dieser Antrag nicht,

(Beifall Volker Schlotmann, SPD –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

zumindest so lange Sie sagen, na ja, Deckung bringen wir morgen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Sie wollen weniger geben.)

Nein, meine Damen und Herren, so geht es nicht. Wenn Sie mehr Geld verlangen, müssen Sie die Deckung heute bringen und nicht morgen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ihnen glaubt
keiner mehr was. Sie können glauben, was Sie
wollen. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Riemann, schon Heinrich Heine sagte, ein Kluger bemerkt alles, ein Dummer macht zu allem eine Bemerkung,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Hunde,
die getroffen sind, bellen.)

was man an Ihnen gerade bemerkt.

Ich bin überzeugt, dass die kommunale Finanzausstattung ein ernstes Problem ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Dann tun Sie doch mal was!)

Ich weiß, in vielen Kreisen, in vielen Städten und in vielen Gemeinden ist es ein brennendes Problem.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Aber brennende Probleme – und das finde ich bei Ihnen persönlich sehr bedauerlich, Herr Dr. Jäger – haben für Sie offenbar nur den einen Gebrauchswert, nämlich auf den brennenden Problemen ein parteipolitisches Süppchen zu kochen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

um damit populistisch Stimmung zu machen. Mehr tun Sie nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren! Die CDU ist offenbar auf der Linie, allen alles zu versprechen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nö. –
Wolfgang Riemann, CDU: Nein. –
Harry Glawe, CDU: Nein,
wir versprechen nichts.)

Sie erinnern mich mächtig an den früheren amerikanischen Präsidenten Carter, der den Gewerkschaften höhere Löhne versprach und den Arbeitgebern niedrigere Löhne.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Was wir versprechen, halten wir.)

Wenn er vor frommen Hausfrauenverbänden sprach, hat er den Prediger herausgekehrt, und wenn er dem „Playboy“ ein Interview gegeben hat, dann hat er berichtet, was er denn alles in Gedanken sündigt beim Anblick einer Frau. So ähnlich kommen Sie mir vor. Denn wenn ich hier die Zustimmung der Landesregierung zur Steuerreform sehe, haben Sie, Herr Nolte, von Verrat gesprochen. Mein Gott, wo sind wir hier eigentlich? Ist das eine militärische Auseinandersetzung oder was?

Und wenn ich Ihren Antrag sehe, dass durch diese Zustimmung den Gemeinden massiv Geld weggenommen wird, dann sagen Sie doch den Gemeinden, Steuerreform ist Mist, weil Steuerreform nimmt euch Geld. Landesregierung taugt nichts, weil Landesregierung stimmt Steuerreform zu.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Habe ich nicht gesagt.)

24 Stunden später – morgen – kriegen wir dann den nächsten Antrag der CDU auf den Tisch, und zwar „Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen und Verwendung der Steuermehreinnahmen“. Da lese ich ganz plötzlich Punkt 6: „Der Landtag fordert die Landesregierung zusätzlich auf, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass im Rahmen des Steuerentlastungsergänzungsgesetzes die Absenkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer auf 42 % auf den 01.01.2001 vorgezogen wird,“ – meine Damen und Herren von der CDU, der Antrag richtet sich offenbar an eine andere Zielgruppe, nämlich an Unternehmen, ich habe nämlich einen Halbsatz noch nicht vorgelesen – „so dass Kapital- und Personengesellschaften vom selben Zeitraum an entlastet werden.“ Wo Sie den Kapital- und Personengesellschaften, also den Unternehmen, etwas versprechen wollen, da tuten Sie plötzlich andersrum ins Horn und sagen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee! –
Wolfgang Riemann, CDU: Nee, nee!)

es ist noch viel zu wenig Steuerreform, wir brauchen mehr, es muss vorgezogen werden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich nun einmal einigen, wollen Sie mehr Steuerreform

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, nein! Wir
wollen einen höheren Anteil der Kommunen.)

oder wollen Sie weniger Steuerreform? Beides geht nicht. Ich stelle fest, Sie machen nichts anderes, als jedem das versprechen, was er hören will,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das möchten Sie gern.)

und das halte ich nicht für solide Politik, das halte ich für Heuchelei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Und noch etwas, meine Damen und Herren: Stellen Sie sich bitte für eine Sekunde vor, wir würden Ihrem Antrag

zu den UMTS-Lizenzen zustimmen. Und stellen Sie sich bitte für eine Sekunde vor, das, was hier in diesem Punkt 6 dieses Antrages steht, würden wir tatsächlich durchsetzen,

(Volker Schlotmann, SPD:
Aber nur eine Sekunde.)

dann würde das für das Land Mecklenburg-Vorpommern – wir haben dieses rechnen lassen – jährlich Mindereinnahmen von 240 Millionen DM bedeuten.

(Erhard Bräunig, SPD: Jährlich?)

Jährlich.

Und nun stellen Sie sich bitte vor, wir würden tatsächlich nach dem Jäger'schen Muster mit einer festen Verbundquote diese Mindereinnahmen zu 25 oder 27 Prozent an die Kommunen weiterreichen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dann wären das pro Jahr Mindereinnahmen für die Kommunen von mehr als 60 Millionen DM, und dieses für vier Jahre.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Richtig, und deswegen sind es 230. –
Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Und deswegen, meine Damen und Herren, werde ich in aller Öffentlichkeit und sehr gerne und sehr laut, Herr Dr. Jäger, klar sagen: Wenn wir der CDU folgen würden, würden wir der kommunalen Ebene innerhalb ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Gucken Sie mal die Steuereinnahmen bei Hans Eichel an und reden Sie nicht so einen Unfug hier! –
Gabriele Schulz, PDS: Herr Riemann, seien Sie mal ruhig!)

Nicht klug, aber laut.

Ich darf feststellen: Wenn wir der CDU-Politik folgen würden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Müller, das ist doch Augenwischerei!)

würden wir in einem Zeitraum von vier Jahren den Kommunen dieses Landes eine Viertelmilliarde Mark, Geld, wegnehmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ach, Herr Müller, das ist doch ...)

Und das, meine Damen und Herren, kann keine Politik sein, der wir folgen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns wegkommen von solchen populistischen Schaufensteranträgen und lassen Sie uns über die kommunale Finanzausstattung sachlich reden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach, das tut er doch mit uns schon lange nicht mehr. Sie haben doch schon längst gekniffen.)

Und wenn Sie über die Ausstattung sachlich reden und wenn wir über das Thema Verbundquote sachlich reden, Herr Jäger, dann werden Sie einräumen – und hinter vorgehaltener Hand tut das auch so mancher Bürgermeister –, dass die Verbundquote des Jahres 2000 ganz bewusst über das Niveau, das wir bar den Gemeinden zur Verfügung stellen wollten, hinaus hochgerechnet worden

ist, damit wir etwas machen konnten, was wir machen wollten, nämlich die alten Verrechnungsansprüche, die das Land gegenüber den Gemeinden und den Kreisen, gegenüber der kommunalen Ebene hat, verschwinden zu lassen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben sie doch gekürzt! Sie haben sie gekürzt!)

Dieses haben wir getan. Diese Verrechnungsansprüche gibt es nicht mehr und das ist nur ein Beleg von vielen für eine kommunalfreundliche Politik,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

die diese Koalition macht und die diese Landesregierung macht, die wir tragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Die Diskussion um die Verbundquote, meine Damen und Herren, greift meines Erachtens zu kurz, denn – und da darf man Helmut Kohl zitieren – entscheidend ist, was hinten rauskommt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Entscheidend ist für die kommunale Ebene das, was ihr tatsächlich an Finanzmitteln zur Verfügung gestellt wird.

Sie schauen doch so gerne in die Koalitionsvereinbarung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, wir gucken lieber in diesen Plan hier.)

Dann können Sie das hier auch tun. Wir haben in unserer Koalitionsvereinbarung eine sehr eindeutige Festlegung, dass wir nämlich der kommunalen Ebene 2,5 Milliarden DM im Jahr zur Verfügung stellen. Das haben wir im Vorjahr getan und wir haben im Vorjahr auf diese 2,5 Milliarden DM in Voraussicht auf drohende Mehrbelastungen der kommunalen Ebene noch etwas draufgelegt. Diese drohenden Mehrbelastungen sind übrigens nicht eingetreten und kein Hahn hat danach gekräht. Das ist auch gut so. Wir werden im Jahre 2001 diese 2,5 Milliarden DM der kommunalen Ebene wiederum zur Verfügung stellen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Trotz Inflationsrate und Tarifsteigerung?)

Und wir haben im Koalitionsvertrag noch etwas stehen, nämlich dass wir im Jahr 2000 überprüfen, ob wir der kommunalen Ebene in 2001 und in den Folgejahren einen höheren Betrag zur Verfügung stellen können. Wir haben uns aber zugleich eine Meßlatte hingelegt und gesagt, ohne die Nettokreditaufnahme zu erhöhen. Das ist die Grenze. Und dass Sie die Nettokreditaufnahme nicht erhöhen wollen, das sagen Sie ja selber, nur sind Sie uns bislang die Antwort schuldig geblieben, wo es denn herkommen soll.

(Der Abgeordnete Dr. Armin Jäger meldet sich für eine Anfrage.)

Wir werden in den Haushaltsberatungen sehr ernsthaft prüfen, ob diese Möglichkeit, wie im Koalitionsvertrag angesprochen, besteht, und wir werden sehr sorgfältig prüfen, woher wir das Geld denn nehmen und wie wir es denn decken. Wir werden hier nicht in Schaufensteranträge verfallen, die einfach sagen, es muss alles besser wer-

den, die Bürger müssen weniger Steuern zahlen, aber der Staat muss mehr ausgeben und gleichzeitig weniger Schulden machen. Solche Rechnungen, meine Damen und Herren, überlassen wir Ihnen. Ein herrliches Beispiel für eine solche Milchmädchenrechnung haben Sie mit Ihren beiden Anträgen geliefert.

Meine Damen und Herren, wir haben im Moment Olympische Spiele. Manche von uns haben die olympischen Ringe ein bisschen unter den Augen dank der Zeitverschiebung mit Australien. Wir haben aber das Problem, dass die Medaillenausbeute

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

der deutschen Mannschaft vielleicht noch nicht so ist,

(Angelika Gramkow, PDS: Ach, diese Beschönigungsfront wieder!)

wie mancher sich das gewünscht hat.

Bitte?

(Angelika Gramkow, PDS: Nicht beschönigen!)

Nein, ich wollte zur Aufbesserung der deutschen Medaillenbilanz eine neue olympische Disziplin einführen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Schönreden à la Müller!)

Wenn wir die Disziplin 100-Zeilen-Heucheln einführen würden,

(Harry Glawe, CDU: Schaumschlagen.)

ich hätte einen erstrangigen Medaillenanwärter in diesem Hause. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Müller, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Jäger?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach ja.)

Heinz Müller, SPD: Ja.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Bitte sehr, Herr Dr. Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Kollege Müller, trifft es zu, dass die Finanzausgleichsmasse im Jahre 2000 nach dem Haushaltsplan 2,632 Milliarden DM betragen hat und nach dem Einzelplan 11 – Entwurf der Finanzministerin – 2,401 Milliarden DM betragen wird? Stimmen Sie mir zu, dass das ein Minus von 231 Millionen DM ist?

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

Heinz Müller, SPD: Herr Dr. Jäger, die Zahlen, die Sie nennen, ...

Dr. Armin Jäger, CDU: Stammen von der Finanzministerin.

Heinz Müller, SPD: ... ohne dass ich das jetzt bis auf die letzte Stelle hinter dem Komma kontrollieren kann, treffen zu. Aber – ich glaube, dieses habe ich gesagt, Sie hätten es hören können – das ist nicht das Entscheidende.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Das Entscheidende ist, was hinten rauskommt.)

Entscheidend ist, wie viel Geld der kommunalen Ebene tatsächlich zur Verfügung gestellt wird. Die Zahl des Jahres ...

(Georg Nolte, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: Einschließlich Blindengeld!)

Also was Sie mit Ihrem Blindengeld haben, Herr Riemann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gucken Sie in die Aufstellung rein! Das wird als kommunale Leistung verkauft.)

Sie sind wirklich ein bisschen sehr vernagelt

(Beifall Volker Schlotmann, SPD)

und können wirklich nicht über einen auch nur sehr kleinen und bescheidenen Tellerrand gucken.

(Jürgen Seidel, CDU: Immer wenn Sie nicht weiter wissen, dann werden Sie beleidigend.)

Herr Dr. Jäger, das Problem ist doch, dass wir diese alten Verrechnungsansprüche hatten, und dass wir im Jahre 2000 die Finanzausgleichsmasse zunächst so hoch gerechnet haben,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

dass wir dann die Ansprüche dagegen verrechnen konnten und am Ende für die Gemeinden mehr als 2,5 Milliarden DM herauskamen. Das war so gewollt, das war der Sinn der Operation.

(Zurufe von Wolfgang Riemann, CDU, und Gabriele Schulz, PDS)

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich verzichte auf eine Nachfrage. Wir haben uns nicht verstanden.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, die Herren.

Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt beendet.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1495. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Danke sehr. Stimmenthaltungen? – Die gibt es nicht. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1495 durch die Stimmen der Fraktionen von SPD und PDS bei Zustimmung der CDU-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Forstkonzept 2000, auf Drucksache 3/1493.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Forstkonzept 2000
– Drucksache 3/1493 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages hat der Abgeordnete Herr Brick von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Martin Brick, CDU: Verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich hoffe, dass sich jetzt die Gemüter trotz der Brisanz des Themas etwas beruhigen, denn was wir bisher oder gerade eben erlebt haben, das war außerordentlich unappetitlich aus meiner Sicht.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, aber.)

Erlauben Sie mir bitte zu Anfang, dass ich die Betroffenen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Wir würden auch lieber nett sein.)

die Förster und Waldarbeiter, ganz herzlich begrüße und sie im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern herzlich willkommen heiße.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Siegfried Frieze, SPD)

Die CDU-Fraktion hat auf Drucksache 3/1493 einen Antrag mit der Überschrift „Forstkonzept 2000“ vorgelegt. Dass diese Thematik für die Forstleute unseres Landes von größter Bedeutung und Wichtigkeit ist, das muss ja wohl nun nicht extra betont werden. Ihre Teilnahme an dieser Debatte, verehrte Förster, verehrte Waldarbeiter, unterstreicht die Wichtigkeit und freut mich persönlich.

Uns geht es mit diesem Antrag nicht um das Aufwärmen von Tatsachen. Aber mir scheint, dass die Landesregierung vollendete Tatsachen schaffen will, die dann dem Parlament präsentiert werden sollen, und den Koalitionsfraktionen wird in ihrer Regierungshörigkeit nur das zustimmende Nicken bleiben.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist nicht wahr. –
Wolfgang Riemann, CDU: Na klar, das haben wir doch erlebt, zwei Jahre schon. Ihr Hals ist so gelenkig geworden, Frau Gramkow.)

Wir wollen den Anfängen wehren und darum müssen wir im Parlament rechtzeitig darüber reden, um der Regierung zu sagen, welche Prämissen der Souverän mitträgt und welche eben nicht.

(Birgit Schwebs, PDS:
Da gibt es einen Beschluss.)

Bei der ganzen Diskussion um die Zukunft der Forstverwaltung und Forstwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern gibt es für die Landesregierung nur einen Maßstab und der heißt Geld. Natürlich muss alles bezahlbar bleiben. Aber, verehrte Damen und Herren, getreu nach dem Motto „Armut ist keine Schande, leisten wir uns etwas.“ gibt es mit dem Regierungsantritt der Koalition ein Landwirtschaftsministerium, ein Umweltministerium. Da werden Abteilungsleiterposten stets neu besetzt, statt sie, wie im Gesetz zu den kostensenkenden Strukturmaßnahmen festgelegt, einzusparen. Und wenn ich mich recht erinnere, dann hat bei Regierungsantritt die PDS einmal für sechs Ministerien plädiert. Und wir stellen seit wenigen Tagen fest, wir haben bereits neun.

(Wolfgang Riemann, CDU: Mehr Platz
ist hier vorne nun wirklich nicht mehr. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber gespart werden soll und muss, also wird die Axt am Stamm der Landesforstverwaltung angelegt und überwiegend hier bei den Waldarbeitern und Förstern. Nicht dass ich missverstanden werde: Effizienzverbesserung im Sinne von Einnahmesteigerungen bei gleichzeitiger Senkung der Kosten durch schlanke Verwaltung, kurze Dienstwege, Erhöhung der Verantwortlichkeit der Forstamtsleiter und so weiter

(Minister Till Backhaus: Hätte er alles
machen können, hätte er alles machen
können! Kein Stück hat er gemacht.)

sind ein Gebot der Stunde, Herr Minister, dem ich mich keinesfalls verschließe, ...

(Minister Till Backhaus:
Ja, ja, nichts gemacht hat er. –
Wolfgang Riemann, CDU: Seit wann
darf man von der Regierungsbank reden?)

Ja nun, Herr Minister, das wissen wir alle, dass Sie sich selbst am liebsten grüßen. Das wissen wir.

(Minister Till Backhaus: Ich bin
nicht so eingestellt wie Sie.)

... aber bitte immer im Sinne der Multifunktionalität des Waldes mit Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion. Dabei kann ich die Nutzfunktion über Holzzuwächse und Holzsertrag monetär natürlich bewerten. Die Schutz- und Erholungsfunktion quasi als Gratisleistung des Waldes und der Forstwirtschaft sind kaum finanziell zu erfassen, aber keiner wird deren Existenz bezweifeln.

Als Hauptkostenverursacher hat man nun das Personal ermittelt.

(Volker Schlotmann, SPD:
Oh, oh, oh, oh, Kollege Brick!)

So neu ist diese Erkenntnis nicht und – ich füge hinzu – diese Erkenntnis ist sicherlich auch nicht falsch, nur muss man sich doch fragen, wer in Zukunft die Arbeit im Wald denn machen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Wer soll die Wälder heranhegen, wer soll die Wälder pflegen, die vielleicht einmal von unseren Enkeln und Urenkeln als besonders schützenswert eingestuft werden, wenn eben nicht unsere Waldarbeiter?

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Verehrte Damen und Herren! Nach zwei Sozialauswahlverfahren im Waldarbeiterbereich weiß ich um die große Schwierigkeit und die Auswirkungen auf den verbleibenden Personalbestand. Eine leistungsfähige Forstwirtschaft setzt ebensolche Mitarbeiter voraus, ansonsten wird der Ast, auf dem man zu sitzen glaubt, abgesägt und dann fällt man tief, sehr tief sogar.

Wir haben mit unserem Antrag klare Forderungen aufgestellt, an denen wir ein zukünftiges Forstkonzept messen werden. Ich glaube, es ist für alle und nicht zuletzt für unseren Wald ganz wichtig, dass die zukünftige Entwicklung der Forstwirtschaft und der Forstverwaltungen in unserem Land eine breite Mehrheit findet. Sollten wechselnde Regierungen immer neue Konzepte nach sich ziehen, ist das für den langsam wachsenden Wald von größtem Schaden. Das wollen wir vermeiden. Deshalb gilt es, über sinnvolle Voraussetzungen zu reden, die eine nachhaltige Entwicklung des Waldes und, wenn Sie so wollen,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Hier sitzt er! Hier sitzt er!)

ebenso auch des Haushaltes ermöglichen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Brick.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe, hierzu gibt es keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich eröffne hiermit die Aussprache.

Um das Wort gebeten hat der Minister für Landwirtschaft und auch Forsten.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Aha, aha! Auch Forsten!)

Herr Brick, ich erteile Ihnen das Wort. Bitte sehr.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der
CDU – Martin Brick, CDU: Auch Fischerei. –
Zurufe aus dem Plenum: Herr Backhaus,
Herr Backhaus!)

Herr Backhaus. Ich bitte um Entschuldigung.

Minister Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Manch einer kann es immer noch nicht fassen, dass es einen neuen Minister gibt.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Er selber kommt sich ja in dieser Rolle auch komisch vor. Insofern muss ich wirklich mal etwas vorausschicken: Sehr geehrter Herr Brick, dass Sie sich hier heute hinstellen und eine solche Rede loslassen nach dem, was Sie diesen Forstleuten angetan haben –

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Sie haben nämlich 7.000 entlassen –,

(Martin Brick, CDU: Sie können sie ja wieder
einstellen, wenn das so unnötig war. –
Wolfgang Riemann, CDU: Genau! –
Lutz Brauer, CDU: Jetzt sind
Sie ja dran, Herr Backhaus!)

und, wenn ich dann diesen populistischen Antrag sehe, Sie so tun, als ob Sie den Stein des Weisen gefunden haben, das beschämt nicht nur mich, ich glaube, das beschämt alle, die sich mit der Forst auseinander gesetzt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Martin Brick, CDU: Sie hätten sich mal keine
Stichworte machen, sondern zuhören sollen!)

Deswegen sage ich Ihnen auch, dieser Antrag ist der reine Populismus.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ist wohl wahr.)

Er ist ja bis auf einen Punkt, die 80-zu-20-Lösung, und das Problem, das wir zu diskutieren haben, gelöst – nur damit Sie wissen, wovon Sie reden,

(Martin Brick, CDU: Richtig, dass
vor allem die Forstleute das wissen,
deswegen stehen sie nämlich unten.)

aber das scheinen Sie ja auch noch nicht mitbekommen zu haben. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, das muss ich ganz offen und ehrlich sagen, dann hätten wir wahrscheinlich bis heute noch kein Forstkonzept, denn Sie haben nie eins vorgelegt,

(Martin Brick, CDU: Nee.)

obwohl wir es von Ihnen verlangt haben. Sie haben nie eins vorgelegt.

(Martin Brick, CDU: Richtig.)

Und wenn ich dann hier in Ihrem Antrag lese: „Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen. Stattdessen ist die

natürliche Fluktuation, wie sie bereits in früheren Modellen Teil der Planung war“, dann verdummen Sie die Forstleute. Sie haben nichts anderes zu tun gehabt, als die Leute auf die Straße zu schmeißen, und das war's. Das war Ihre Lösung des Problems.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Wieso haben
Sie sie dann nicht wieder eingestellt,
wenn Sie das jetzt so beklagen?)

Ich sage nochmals: Das ist nicht das Ziel, das ich verfolge. Unser Ziel ist, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

und alles dafür zu tun, die Menschen weiter zu beschäftigen. Das muss die Antwort dieses Konzeptes sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen noch eins: Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, dann hätte heute in Wismar Klausner nicht gestanden, dann hätte Egger nicht gestanden

(Wolfgang Riemann, CDU: Was? –
Martin Brick, CDU: Wo haben
Sie denn diese Erkenntnis her?)

und wir hätten für den Wald und deren Erlöse nichts getan. Sie haben doch ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo haben Sie
denn Klausner angesiedelt, Herr Backhaus?)

Ja, so ist es eben, wenn man mit der Wahrheit nicht umgehen kann.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben doch in der Vergangenheit dafür gesorgt, ... Frau Präsidentin!

(Der Abgeordnete Jürgen Seidel
meldet sich für eine Anfrage.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Seidel?

Minister Till Backhaus: Ja, ich möchte bloß diesen Satz zu Ende führen.

Sie haben doch in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass die Forstleute nicht nach Thüringen fahren dürfen. Das wissen die Forstleute ganz genau. Und dass der Holzpreis gestiegen ist, das haben Sie damals verneint

(Martin Brick, CDU: Das haben alles Sie
wieder gutgemacht, Herr Backhaus!)

und die Realität ist es. Deswegen bin ich froh, dass ich an diesen Aktionen habe mitwirken können.

(Martin Brick, CDU: Ich sage ja,
Sie grüßen sich selbst am liebsten.)

Und ich sage es noch mal, Ihren Maulkorb-Erlass, den habe ich auch nicht vergessen.

Und nun können Sie gerne die Frage stellen.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Bitte sehr, Herr Seidel.

Jürgen Seidel, CDU: Herr Backhaus, Sie haben hier eben Behauptungen aufgestellt, die würde ich schon mal bitten, etwas zu präzisieren.

Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass die Standortentscheidungen in Bezug auf Wismar, Klausner und Egger, in der letzten Landesregierung übereinstimmend getroffen wurden, auch – muss ich sagen – durch die ganz aktive Mitarbeit der Oberbürgermeisterin von Wismar? Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass sämtliche Förderbescheide diesbezüglich in der ehemaligen Landesregierung ohne jeglichen Widerstreit entschieden wurden? Wie kommen Sie auf Äußerungen, wie Sie es jetzt hier gerade getan haben?

Minister Till Backhaus: Ja, ich sage Ihnen das.

Ich habe seinerzeit versucht, den Herrn Minister zu erreichen, und ihn dringend darum gebeten, den damaligen Abteilungsleiter Herrn Hube mit nach Thüringen zu schicken, und ich habe ihn dringend darum gebeten, dass die Gewerkschaft wie auch der BDF als Interessenvertreter der Beamten und Angestellten möglichst diesen Standort mit besichtigen, um diese strategisch wichtigen Dinge zu besprechen, damals auf Initiative der Bürgermeisterin von Wismar Frau Dr. Wilken. Dieser Minister a. D. hat es damals untersagt, das kann ich Ihnen nachweisen. Das wissen Sie.

(Martin Brick, CDU: Ja, das war nicht nötig.)

Das wissen auch Sie ganz genau.

(Martin Brick, CDU: Es war nicht nötig und auch nicht in meiner Kompetenz.)

Und deswegen können Sie sich nicht hinstellen und so tun, als ob Sie hier die Dinge beflügelt haben. Nichts haben Sie in dem Bereich getan. Das waren die Tatsachen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Martin Brick, CDU: Aber Sie.)

Jürgen Seidel, CDU: Darf ich noch eine Nachfrage stellen?

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Gestatten Sie noch eine Nachfrage, Herr Minister?

Minister Till Backhaus: Ich gestatte das.

Jürgen Seidel, CDU: Halten Sie Folgendes wirklich für sachgerecht? Wenn ich es noch mal in Erinnerung rufe, glaube ich, waren bei der Ansiedlung von Klausner an die 40 Millionen DM – ich will jetzt nichts Falsches sagen, aber so in der Größenordnung – zu fördern. Glauben Sie wirklich, dass angesichts solcher Entscheidungen – bei Egger ist die Förderung ja noch wesentlich höher – das Teilnehmen eines Mitarbeiters, in dem Fall des Landwirtschaftsministeriums, an einer Reise zu einer Aussage führen kann, dass diese Landesregierung nicht einer Meinung gewesen wäre im Hinblick auf diese Ansiedlung?

Minister Till Backhaus: Wissen Sie – Sie wissen es ja auch ganz genau –, Herr Seidel, es ging damals die ganze Diskussion darum, und ich will das jetzt nicht vertiefen, die Ansiedlung eines Sägewerkes zu beflügeln, ja oder nein.

Jürgen Seidel, CDU: Die kam aber von außerhalb des Landes.

Minister Till Backhaus: Es ging um die Frage von Bürgschaften und anderen Dingen. Ich will das hier nicht ausbreiten, nur damit Sie wissen, wovon wir reden.

(Harry Glawe, CDU: Er weiß, wovon er redet.)

Jürgen Seidel, CDU: Ja, ist doch klar.

Minister Till Backhaus: Sie dürften das ja noch nicht vergessen haben.

Was ich damals für absolut verkehrt gehalten habe, ist, dass man diejenigen, die davon profitieren sollen, nämlich die Forstarbeiter und der Wald des Landes Mecklenburg-Vorpommern, an einer solchen Entscheidung nicht hat teilhaben lassen.

(Martin Brick, CDU: Was erzählen Sie denn da vorn? Sie profitieren doch gar nicht davon. Das Holz kommt doch woanders her! Das ist doch lachhaft! – Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Und dafür trägt der ehemalige Minister die volle Verantwortung.

(Siegfried Friese, SPD: Red weiter!)

Insofern möchte ich auch noch mal darauf zurückkommen, dieser Antrag ist für mich der reine Populismus.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie dramatisieren die politische Lage zum Forstkonzept zu einem Zeitpunkt, der nicht nur völlig unangebracht, sondern auch schlichtweg überflüssig ist.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Damit helfen Sie weder dem Wald noch den Forstleuten und schon gar nicht unserem Land.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Fakt ist doch, es gibt diese Probleme. Erstens haben wir noch lange nicht die Strukturen und vor allem nicht die Modernität, die eine Landesforstverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern braucht, um den Herausforderungen der Zukunft Herr zu werden. Ich will Ihnen auch sagen, welche Herausforderungen das sind:

Die Landesforstverwaltung insgesamt muss effektiver werden. Dazu gehören klare Verwaltungsabläufe und Zuständigkeiten und eine zielgerichtete technische Ausstattung. Ich will nicht sagen, dass in einigen Forstämtern noch mit Rauchzeichen gearbeitet wird, aber was den Forstleuten zum Teil zugemutet wird in diesem Lande, das kann ich so auch nicht akzeptieren und das werde ich auch nicht akzeptieren.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Sie können es doch ändern.)

Auf der einen Seite müssen die Forstleute effektiver wirtschaften. Für die Bevölkerung sollen sie echter Dienstleister sein und für unseren Wald sollen sie möglichst da sein, ihn schützen und mehren sowie unsere Holzindustrie mit dem Rohstoff der Zukunft versorgen. Auf der anderen Seite versuchen Sie das mal mit einer Struktur, die in den wichtigsten Voraussetzungen nicht stimmt beziehungsweise fehlt. Wenn da ein Waldarbeiter – und da gehe ich sehr gern auf Sie, die hinten sitzen und von uns die Erlösung erwarten, ich werde mit aller Kraft gemeinsam mit der Landesregierung und dem Parlament an Lösungen arbeiten, ein – im Akkord letzten Endes bis zum Umfallen malocht, mit 40 Jahren den ersten Bandscheibenvorfall hat und mit 50 Jahren, das haben Sie ja alles mitzuverantworten, die Weißfingerkrankheit, dann ist hier irgendetwas faul. Das hätte man doch längst ändern können.

(Martin Brick, CDU:

Das kann doch nicht wahr sein! –

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Backhaus, waren Sie nicht vier Jahre auch mit in der Regierung?)

Ja, jetzt bin ich mal dran.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wenn sich ein Revierförster drei Tage lang mit Lohnabrechnungen seinen Waldarbeitern gegenüber verantworten muss, dann stimmt doch hier etwas nicht. Hier sind doch die Einsparpotentiale, die umzusetzen sind. Oder wenn ein Forstamtsleiter als Manager seines Betriebes fungieren soll, seine Holzkaufverträge unter Dach und Fach hat und dann gegebenenfalls von den verschiedensten Institutionen wieder dort hineingeredet wird, dann stimmt damit etwas nicht.

(Harry Glawe, CDU: Sie sind doch jetzt gefragt, Herr Minister, und kein anderer!)

Damit jetzt zum Schluss. Das ist eine inhaltliche, strukturelle, technische Aussage, die zu treffen ist, die wir jetzt mit dem Forstkonzept zu lösen haben. Zweitens haben wir, wie Sie wissen, ein finanzielles Problem: Der Treuhandwald wird privatisiert, das wollten Sie ja auch partout. Dadurch entfallen dem Land unter anderem 10 Millionen DM an Einnahmen allein aus den Holzverkäufen und aus dem Treuhandwald als Bewirtschaftungsverträge noch mal 17 Millionen, also insgesamt 27 Millionen DM.

Bei der Erarbeitung des Forstkonzeptes haben sich unsere Forstleute wahrlich allergrößte Mühe gegeben, dafür bin ich sehr, sehr dankbar. Ich will auch nicht unbedingt sagen, dass hier die Zitrone bis zum letzten Tropfen ausgequetscht worden ist, aber es ist quasi so.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meinen Sie etwa, dass ich froh darüber bin, dass wir jetzt 12 Millionen beziehungsweise exakt 11 Millionen aufzubringen haben aus anderen Richtungen? Sie alle haben den Haushaltsplan ja nun vorliegen. Sie wissen, dass durch den Wegfall des Treuhandwaldes der Zuschussbedarf der Landesregierung steigen müsste. Ich habe diese Mittel nicht und deswegen brauchen wir gemeinsam eine Lösung. Im Bereich der Sachkosten können wir diese nicht noch weiter einsparen. Das hätte in letzter Konsequenz fatale Folgen für den gesamten Zuschussbedarf. Wie Sie wissen – und auch dieses will ich unterstreichen –, erwirtschaften unsere Forstleute erhebliche Einnahmen, nämlich insgesamt gut 80 Millionen DM aus unserem Landeswald, und wir denken auch darüber nach, ob wir den nicht sogar noch in gewisser Weise weiter erhöhen können. So viel nur zur Erwirtschaftung von tatsächlichem Vermögen und Eigentum.

Wenn man ihnen, den Waldarbeitern, nun noch den Rückenschlepper oder die Motorsägen nimmt, dann kann man sich diese Konsequenzen gar nicht genug ausmalen. Die größte Kostenposition sind nun mal ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Wer will ihnen das denn nehmen? Frau Keler? Will ihnen das Frau Keler wegnehmen? Sagen Sie doch mal Name und Adresse!)

Sie haben 7.000 Leute entlassen, hier geht es jetzt um exakt 188.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben keinen einzigen wieder eingestellt von den 7.000.)

Die größte Kostenposition sind nun mal die Personalkosten mit 72 Prozent. Nur über diesen Bereich können wir also effektiv steuern. Dabei machen wir es uns wahrlich nicht einfach. Um sozialverträgliche Lösungen zu bekommen, ging es in zahlreichen Gesprächsrunden um übertarifliche Leistungen, Altersteilzeit, um den Einsatz von BVVG-Geldern. Es ging um den Wechsel zu Lohnunternehmen oder in die Industrie insgesamt und verschiedene andere Maßnahmen. Deswegen meine ich auch, dass wir jetzt zu einer Pakettlösung gemeinsam mit der Gewerkschaft und allen Betroffenen kommen müssen.

Um die natürliche Fluktuationsrate der Forstwirte zu erhöhen, unterstützt uns das Finanzministerium auch dahin gehend, dass wir verstärkt übertarifliche Leistungen anbieten können. Die Forstamtsleiter haben alle Waldarbeiterinnen und Waldarbeiter über sämtliche Maßnahmen von Leistungen im Zusammenhang mit dem Ausscheiden aus dem Landesdienst informiert. Es wurden ein Beratungsbüro eingerichtet

(Wolfgang Riemann, CDU: Na toll!)

und laufend Informations- und Einzelgespräche geführt. Es gab also eine lückenlose Informationsstrategie und wer hier etwas zu kritisieren hat, dem werfe ich schlichtweg Stimmungsmache oder auch Polemik vor. Und dennoch bleibt dieses Grundproblem.

(Martin Brick, CDU: Dann kann man Kritik ja gleich verbieten. –

Harry Glawe, CDU: Das interessiert nicht.)

Aus diesem Grund wurde ein Arbeitszeitmodell vorgeschlagen, eben gerade um die betriebsbedingten Kündigungen möglichst zu vermeiden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Altersarmut.)

Wer hier der Auffassung ist, dass Entlassungen – und da tun Sie ja gerade so – allemal besser seien als solidarische Lösungen, der nimmt die Situation gerade und insbesondere in Vorpommern überhaupt nicht ernst. Und, meine Damen und Herren, wer hat denn dafür gesorgt, dass der Preußenwald übernommen worden ist? Waren Sie es etwa? Sie haben sich bemüht, aber geschafft haben Sie es nicht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Damit haben wir allein in Vorpommern ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Fragen Sie mal, wer das blockiert hat, dass der übernommen werden konnte! Fragen Sie mal nach!)

Dafür haben wir in Vorpommern auf jeden Fall ...

(Harry Glawe, CDU: Fragen Sie mal das Finanzministerium!)

Sie hören ja schon wieder nicht zu!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Martin Brick, CDU: Lesen Sie mal alles im Protokoll!)

Dafür haben wir in Vorpommern exakt 330 Arbeitsplätze sichern können, ansonsten hätten Sie die auch noch rausgeschmissen, Herr Brick. So ist doch die Tatsache.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und deswegen sage ich noch mal, ...

Herr Riemann, Sie können ja so viel schreien, wie Sie wollen, denken Sie mal daran, was Herr Müller Ihnen gesagt hat. Da ist schon was dran.

Deswegen sage ich nochmals, es muss uns jetzt um eine solidarische Lösung gemeinsam mit der Gewerkschaft, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gehen. Ich bin sehr erleichtert, ...

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Ich weiß ja, dass Sie immer gerne Keile reinschieben. Daran haben Sie ja immer erfolgreich gearbeitet. Mein Prinzip ist es nicht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ha!)

Ich sage nochmals, ich bin erleichtert, dass die Gewerkschaft an den Tisch zurückkehren wird, und bin der festen Überzeugung, dass wir eine Lösung erreichen werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wer meint, dass jeder sein eigenes parteipolitisches Süppchen dabei kochen kann, muss wissen, dass genau das zu Lasten des anerkannten – und ich sage es noch mal –, des anerkannten Reformvorhabens geht, denn im Wesentlichen ist das Forstkonzept 2000 unter den Forstmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, den Forstleuten insgesamt, den Revierförstern und Amtsleitern anerkannt.

(Martin Brick, CDU: Na, die werden ja auch nicht entlassen von Ihnen.)

Es ist ja im Übrigen von ihnen erarbeitet worden. Im Gegensatz zu Ihnen habe ich nicht im grünen Kämmerchen oder am grünen Tisch diese Dinge entschieden,

(Martin Brick, CDU: Die stehen ja auch nicht unten, Herr Backhaus.)

sondern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ihr Konzept erarbeitet und das ist auch gut so.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Ich lasse es nicht dazu kommen, dass eine notwendige Entwicklung durch kleine Spielerchen einfach so konterkariert wird. Die Landesregierung hat einen klaren Auftrag und arbeitet daran, und zwar in einer transparenten Art und Weise. Wenn ich so über die Landesgrenzen hinauschaue, meine ich schon, dass unser Konzept beispielhaft für die Gesamtentwicklung sein kann. Aber so ist das eben, wer die Karten auf den Tisch legt, muss damit rechnen, dass man hineinschaut.

(Martin Brick, CDU: Das mag schon sein, aber dies ist eine menschliche Frage.)

Da muss man eben auch damit rechnen, dass man mal hineinschaut, aber den ganzen Skat habe ich Ihnen noch nicht gezeigt. Genau das von mir gewollte Konzept

(Wolfgang Riemann, CDU: Aha, das eigene.)

werden wir mit dem demonstrativen Entwicklungsprozess auch weiter voranbringen. Ich mache eins auch an dieser Stelle unmissverständlich klar: Betriebsbedingte Kündigungen sind die Ultima Ratio. Sie werden aber sein müssen, wenn es keine andere Lösung des finanziellen Problems gibt. Im Regierungsentwurf 2001 sind im Kapitel 08 188 Stellen als kw-Vermerke bis zum 30.09.2002 ausgebracht.

Damit alle den Ernst der Lage noch mal begreifen: Unser Haus bereitet unabhängig vom Verfahren zum Forstkonzept die Kündigungen vor. Dass mir dieses nicht leicht fällt, brauche ich an dieser Stelle wohl hoffentlich nicht noch mal zu sagen. Ich will es aber noch mal auf den Punkt bringen. Betriebsbedingte Kündigungen wären die denkbar schlechteste Lösung, die man sich überhaupt vorstellen kann. Die Altersstruktur der Waldarbeiter würde sich weiter verschlechtern. Für viele Waldarbeiterfamilien lassen sich die sozialen Härten kaum ausgleichen und ich weiß, glaube ich, wovon ich da rede. Hinzu kommt, dass der Einstellungskorridor nicht zum Tragen kommen würde. Auch dieses sollten wir alle gemeinsam bedenken.

Eines sage ich aber an dieser Stelle auch noch sehr deutlich: Diese bittere Pille ist allerdings zu schlucken, wenn in Kürze – ich betone, in Kürze – keine alternativen Lösungen gefunden werden. Ich habe für meinen Bereich auch die haushaltspolitischen Verantwortungen zu tragen. Ich hoffe, dass klar geworden ist, wenn die weiteren Verhandlungen des Finanzministeriums mit der Gewerkschaft scheitern sollten und ich notgedrungen Konsequenzen ziehen muss, werde ich auch nicht davor scheuen, Ross und Reiter beim Namen zu nennen.

Zum Schluss möchte ich nur noch mal anmerken, die Punkte 3, 4 und 5 des CDU-Antrages sind längst überholt. Aber noch einmal für alle, die es noch nicht wissen oder begreifen wollten: Selbstverständlich wird es in der Zukunft ein Landesamt für Forsten und Großschutzgebiete geben. Selbstverständlich gewährleisten wir die bewährte Form des Einheitsforstamtes innerhalb unseres Landes und die bewährte Zusammenarbeit zwischen den Forst- und Großschutzgebietsverwaltungen.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Deswegen wird es den Landesbetrieb in der Form nicht geben. Der Antrag der CDU war also so überflüssig wie ein Kropf und allein die Begründung ist ein wunderschönes Eigentor, Herr Brick, das Sie sich geschossen haben. Ich darf sie noch mal zitieren: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – die haben Sie noch nicht einmal so angesprochen – sind „durch zahlreiche Strukturveränderungen seit 1990 ... verunsichert und unzufrieden.“

(Martin Brick, CDU: Das ist der Unterschied zwischen uns beiden. Der eine zeigt Einsicht, der andere nicht. – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

„Dies mindert die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten erheblich.“

Und genau dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, war Anlass und ist Anlass, das Forstkonzept zu erarbeiten und damit auch strategische Entwicklungen voranzubringen, nämlich in Richtung der Landesforstverwaltung, in der Personalstruktur, der Gebietsstruktur, der Personalentwicklung, der Technikausstattung. Wir wollen die Eigenverantwortung und damit die Motivation unserer Forstleute insgesamt stärken. Wir wollen das Image der Landesforstverwaltung verbessern. Wir wollen die Einnahmen erhöhen und die Kosten möglichst weiter absenken.

(Martin Brick, CDU: Um welchen Preis?)

Das Forstkonzept 2000 zeigt, wie es gehen kann, und ich hoffe, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesforstverwaltung diesen Weg gemeinsam mit uns gehen können. Insofern danke ich für Ihre Aufmerksam-

keit und erwarte von Ihnen die volle Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Minister Backhaus.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der PDS-Fraktion.

Birgit Schwebs, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Guten Morgen, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion,

(Harry Glawe, CDU: Mahlzeit!)

und willkommen im Club derjenigen, die ein zeitgemäßes und akzeptables Forstkonzept fordern.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Hannelore Monegel, SPD –
Martin Brick, CDU: Sie haben ja schon
wenigstens einen Entwurf in der Hand.)

Es ist schön, wieder einmal einen Antrag der Opposition zu diskutieren, der zeitnah und zielgenau, nein, nicht ins Schwarze trifft, sondern daneben liegt. Ja, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Sie haben ja so Recht, wenn Sie meinen, der Landtag solle feststellen, und ich zitiere jetzt für alle diejenigen, die den Text nicht vorliegen haben, aus dem Antrag der CDU-Fraktion: „Die Forstverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern ist seit 1990 vielfältigen strukturellen Veränderungen unterworfen, von der Auflösung der staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe und Bildung der Forstämter sowie der drei Forstdirektionen über die Zusammenführung der Forst- und der Großschutzgebietsverwaltung bis hin zur Auflösung der Forstdirektionen und Bildung eines Landesamtes für Forsten und Großschutzgebiete. Damit einhergehend wurde die Zahl der Forstämter und Reviere stark reduziert, verbunden mit einem erheblichen Personalabbau.“ Ja, das stimmt.

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Von den im Jahr 1990 über 9.000 in der Forst beschäftigten Arbeitern waren 1994 noch rund 2.800 übrig und auch diese geringe Beschäftigungszahl schrumpfte in den darauffolgenden fünf Jahren um mehr als die Hälfte auf knapp 1.300. Hinzu kommen zurzeit noch in etwa 1.000 Angestellte und Beamte. Ja, Sie haben Recht, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, wenn Sie meinen, und ich zitiere wieder aus dem Antrag: „Die Forstverwaltung ... hat bereits erhebliche Leistungen zur Haushaltsentlastung durch zahlreiche Strukturveränderungen seit 1990 erbracht.“ So weit, so gut. Es steht nur die Frage: Warum wurde hier nicht früher, zum Beispiel vor acht oder vor vier Jahren, eine Bremse angezogen und beispielsweise ein Konzept erarbeitet, mit dem dieser gigantische Arbeitsplatzabbau im ländlichen Raum hätte gestoppt oder verlangsamt werden können?

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Welches Konzept zur Entwicklung der Forstwirtschaft hatten Sie denn, Herr Brick, als Sie in der Verantwortung waren? Jetzt liegt ein Konzept im Entwurf vor und er wird von fast allen, die davon hören, auch gleich kritisiert, auch zum Teil von denjenigen, die es erarbeitet haben. Aber dazu komme ich später.

„Es gibt nichts Praktischeres als eine gute Theorie“, bemerkte einmal Immanuel Kant. Dieser Überlegung folgend, suchte ich nach dem Sinn des zur Diskussion stehenden Beschlussvorschlages der CDU-Fraktion.

(Heinz Müller, SPD: Au Mann! –
Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Das war, wie ich ehrlich zugeben musste, nicht so einfach, denn es gibt immerhin einen Kabinettsbeschluss, der schon mal die Eckdaten für ein Forstkonzept festlegt und ihm ein viel zu enges finanzielles Korsett verpasst hat. Es gibt auch einen Beschluss des Landtages, der die Landesregierung unter anderem auffordert, genau das zu tun, was die CDU heute fordert, nämlich bei der Erarbeitung des Forstkonzeptes betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Es dauerte wirklich ein Weilchen, bis ich begriff, aber wie einfach und praktisch erschien plötzlich die Theorie hinter dem Antrag der CDU-Fraktion. Da die Situation in der Forstwirtschaft jetzt plötzlich so schlecht ist, muss sie, die CDU-Opposition, etwas dagegen tun, denn die Opposition ist immerhin die Opposition und das bedeutet, sie muss etwas tun, das im offenen Gegensatz zu dem steht, was die Regierung will. Kann ich nur bemerken: Gut gebrüllt, Löwe. Als Koalitionsfraktion können wir so einer Theorie aber leider nicht folgen, sie ist dann doch zu simpel für die Wirklichkeit. Aber ach, hätte er nur eher gebrüllt, der mutige Löwe aus der CDU-Opposition, zum Beispiel, als er noch an der Regierung war und die Chance hatte, selbst ein Konzept mit den heute vorgeschlagenen Eckpunkten zu entwickeln und Kündigungen in Größenordnungen zu vermeiden, oder im Januar, als sich die Abgeordneten der CDU im Ausschuss einer Abstimmung über den Antrag der Koalitionsfraktionen verweigerten.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

Inhalt des Antrages war unter anderem, die Landesregierung aufzufordern, auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten. Wohlgedacht, ich rede von dem noch nicht entschärften Antrag, mit dem wir der Landesregierung Maßnahmen zur Entwicklung des Forstkonzeptes auf den Weg geben wollten. Wirklich, auch praktische Opposition ist nicht so einfach wie in der Theorie.

Die Praxis im Bereich der Forstwirtschaft sieht auch anders, aber keinesfalls besser aus. Das Forstkonzept liegt im Entwurf vor, es orientiert sich mehr schlecht als recht am GMO-Gutachten, meine Meinung. Maßstab ist der vom Kabinett vorgegebene Rahmen. Die ersten kw-Stellen sind ausgebracht und von der Regierung akzeptiert. Das, was hier im Parlament als Maßstab für das Konzept angesetzt wurde, wurde meines Erachtens nur ungenügend berücksichtigt, um nicht zu sagen, mit dem eiligen Ausbringen der kw-Stellen ignoriert. Schade, denn es waren wesentliche Ansprüche, die wir an das zu erarbeitende Konzept gestellt hatten.

In den vorliegenden Entwurf sind viele, viele gute Ideen eingeflossen. 20 Arbeitsgruppen haben mit Hochdruck daran gearbeitet. Im Gegensatz zu manch anderem Konzept entstand es nicht im stillen Kämmerlein, sondern es wurde wirklich breit diskutiert, innerhalb und außerhalb des zuständigen Ministeriums. Das ist neu und diesem Verfahren gebührt unabhängig von dem Ergebnis dafür auch erst mal Anerkennung.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die entstandenen Teilkonzepte sind überwiegend fachlich fundiert und auf breiter Basis entstanden.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Frau Schwebs, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Brick?

Birgit Schwebs, PDS: Wenn ich fertig bin.

Dafür gebührt allen daran Beteiligten ein großes Danke aus unseren Reihen. Konterkariert wird dieser Fundus an guten Ideen und Vorschlägen aber gleich wieder durch zwei wesentliche Grundzüge des Konzeptes, die ja auch schon in der Öffentlichkeit kritisiert wurden. Das war zum Ersten der angedachte Rechtsformwechsel mit seinen möglichen Auswirkungen auf die Zielfunktion und die Bewirtschaftung der Landeswälder mit möglichen Folgen für Natur- und Umweltschutz, ich meine die angedachte Einbeziehung der Großschutzgebiete in den Landesbetrieb, und zum Zweiten die absehbar restriktive Personalpolitik. Das sind beides Punkte, die meines Erachtens weder vom Kabinettsbeschluss noch von der Koalitionsvereinbarung gedeckt

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

und auch in dieser Form nicht notwendig sind, weder um den Zuschuss aus dem Haushalt wesentlich zu verringern, noch um die Entwicklung einer nachhaltigen und multifunktionalen Forstwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern in den zehn nächsten Jahren zu befördern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Aber der Landwirtschaftsminister hat den Entwurf des Forstkonzeptes schon wieder zurückgezogen und er soll noch einmal überarbeitet werden. Herr Minister Backhaus, ...

(Minister Till Backhaus: Wie bitte?)

Ja, das habe ich der Pressemeldung entnommen.

(Minister Till Backhaus:
Wir sind in der Ressortabstimmung.)

Ich weiß, dass wir in diesem Punkt nicht einer Meinung sind. Ich sage es trotzdem. Indem Sie den Entwurf zurückgezogen haben, haben Sie dem ganzen Konzept eine neue Chance gegeben und das ist gut so, denn nur wenn das Konzept zur Entwicklung der Forstwirtschaft von der Mehrheit der Beschäftigten mitgetragen wird, hat es eine Chance, realisiert zu werden. Die Notwendigkeit einer konzeptionellen Ausgestaltung der Forstwirtschaft im Lande wird sicher niemand ernsthaft bestreiten wollen. Trotzdem bleiben die Forderungen an dieses Konzept, die im Landtagsbeschluss festgeschrieben sind, bestehen. Auch auf die Gefahr hin, dass ich Sie, meine Damen und Herren, langweile, möchte ich den Beschluss des Landtages noch einmal in Auszügen zitieren:

„b) Bei der Erarbeitung des Konzeptes ist davon auszugehen, dass der jährliche ... Zuschussbedarf deutlich reduziert wird.

c) Um das ... genannte Ziel ohne betriebsbedingte Kündigungen zu erreichen, sind zügig Verhandlungen mit allen Beteiligten aufzunehmen und alle Möglichkeiten alternativer Beschäftigungsfelder zu erschließen. In diesem Zusammenhang sind tarifliche und übertarifliche Lösungsansätze für die Beschäftigten unter Berücksichtigung verschiedener Arbeitszeitmodelle sowie Qualifizierungsmaßnahmen zu prüfen.“

Die PDS-Fraktion sieht sich an diesen Beschluss gebunden und stellt fest, dass die Sicherung von Beschäftigung in der bisherigen Erarbeitung des Konzeptes zu kurz gekommen ist. Das ist einer der Punkte, an dem sich fast alle Kritiker des Konzeptes treffen. Zwar wurden neue mögliche Beschäftigungsfelder aufgezeigt, aber es ist kein schlüssiges Personalkonzept entstanden. Es gibt keine Ansätze zur Vernetzung mit anderen Landesprogrammen, die im ländlichen Raum greifen. Sicherung von Beschäftigung im Wald bedeutet aber auch unbedingt Strukturpolitik für den ohnehin nicht sehr starken ländlichen Raum. Sie ist gleichzeitig Sozial- und Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ernsthaft zur Diskussion bei der Erarbeitung des Konzeptes, des Personalkonzeptes, stand leider nur der Vorschlag der Verringerung der Arbeitszeit und ein 20-prozentiger Lohnverzicht für die Waldarbeiter. Ich verstehe, dass die Gewerkschaft diesen Vorschlag nicht akzeptiert hat und ich kann die Empörung der Betroffenen gut nachvollziehen, denn das bedeutet für sie die lebenslange Festschreibung einer Benachteiligung, weil sie zu den Geringverdienenden gehören, weil sie im Osten gelebt haben und auch jetzt noch weiterhin hier arbeiten. Und diese Benachteiligung wird sich dann auch in ihrer Altersversorgung wiederfinden. Das GMO-Gutachten hat aber noch andere Vorschläge zur Sicherung von Beschäftigung aufgezeigt, die möglich wären, zum Beispiel Qualifizierung der Beschäftigten, Umsetzung oder Versetzung, Vorruhestand und Berufsunfähigkeitsregelung. Vorgeschlagen wird auch das Ausscheiden von Waldarbeitern mit gleichzeitiger Anbahnung und Überleitung in neue Arbeitsverhältnisse bei Inanspruchnahme der übertariflichen Abfindungsregelung und Nutzung der BVVG-Gelder. Möglich wäre es auch, über eine Reduzierung der Winterarbeitszeit in den Dunkelstunden zu reden. Last, but not least, in den Tarifverhandlungen müssen die Lohnformen diskutiert werden, die ja auch schon zur Einsparung von Personalkosten führen könnten. Hier ist der Arbeitgeber, und da es immerhin eine SPD/PDS-Regierung ist, genauso in der Pflicht wie die Gewerkschaften.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wenn beide wirklich die Interessen der Beschäftigten vertreten wollen, gehören sie an einen Tisch und müssen miteinander reden,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

sich gegenseitig zuhören und akzeptieren, aus welchen Gründen der Partner die Vorschläge ablehnt. Dass eine Personalreduzierung notwendig und laut GMO-Gutachten auch langfristig und bis 2009 sozialverträglich möglich ist, darüber herrscht doch Einigkeit. Wie das geschieht, das müssen die Tarifpartner miteinander aushandeln. Ich weiß, dass die Fronten verhärtet sind, ich denke nur an die 188 kw-Stellen im Haushalt auf der einen Seite und die Proteste vor dem Schloss – die Vertreter sitzen ja hinten auf den letzten Plätzen – auf der anderen Seite.

Mein Appell geht von dieser Stelle an beide Tarifparteien: Versuchen Sie miteinander zu reden und im Interesse der Beschäftigten, alle, aber auch wirklich alle Möglichkeiten der Sicherung von Beschäftigung auszuhandeln, und das eher gestern als heute!

Ein weiterer Kritikpunkt am Entwurf des Forstkonzeptes – und damit komme ich wieder auf den vorliegenden

Antrag der CDU-Fraktion zurück – war die vorgesehene Bildung eines Landesbetriebes. Nun wird es keinen Landesbetrieb nach Paragraph 26 LHO geben und in dem Sinne wird das Forstkonzept ja doch überarbeitet,

(Minister Till Backhaus:
Es liegt doch überhaupt keins vor.)

wenn ich die Presseerklärung des Landwirtschaftsministers richtig gelesen habe. Das muss auch nicht sein, denn die Forstwirtschaft ist ein Bereich, in dem Aufgaben erfüllt werden, für die kein Marktpreis feststellbar oder erzielbar ist. Diese Aufgaben sind im Waldgesetz Mecklenburg-Vorpommern verankert. Aufbau, Pflege und Erhaltung des Waldes, der den Erfordernissen eines umfassend definierten Naturschutzes genügt, der die Aufgaben als Wasserreservoir berücksichtigt, den Erholungs- und Freizeitbedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird und auch seine wirtschaftliche Nutzung in allen seinen Eigentumsformen, also eine Bewirtschaftung des Waldes in seiner Nutz-, Erholungs- und Schutzfunktion, orientiert sich an den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Aber im Zweifelsfall gilt für die Bewirtschaftung des Landeswaldes: Die Gemeinwohlinteressen haben Priorität. Wenn der Forstbetrieb so ausgerichtet ist, dann macht Privatisierung, selbst wenn es nur eine formale und inkonsequente Privatisierung wie der LHO-Betrieb wäre, einfach keinen Sinn. Diese Gemeinwohlorientierung ist keine Last, sondern eine Chance für die Forstwirtschaft und für uns alle.

(Minister Till Backhaus: Da unterhalten wir uns demnächst noch drüber.)

Sie muss aber so ausgestaltet werden, dass sie eine gesellschaftliche Akzeptanz erhält, die so weit reicht, dass die Forstwirtschaft mit öffentlichen Mitteln finanziert werden kann. Ein Höchstmaß an Wirtschaftlichkeit kann hier mit dem Einheitsforstamt und in der jetzigen Rechtsform erreicht werden, durch eindeutige Zielvorgaben bei der Bewirtschaftung, durch Kosten-Leistungs-Rechnung und Budgetierung der Forstämter, durch eine andere Lohnform und mit einer Erhöhung der Verarbeitungstiefe von einheimischem Holz. Die Forstverwaltung und damit auch das Landwirtschaftsministerium wird zukünftig mehr und mehr als Moderator gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse auftreten und sie wird zwischen den gesellschaftlichen Akteuren mit gegensätzlichen Interessen vermitteln müssen, zwischen Natur- und Umweltschutzverbänden, der Bevölkerung und der Wirtschaft. Es ist also vernünftig und zukunftsorientiert, zweckmäßig und sinnvoll, die Bewirtschaftung staatseigener Wälder, hoheitliche Funktionen, Beratung und Betreuung nichtstaatlichen Waldbesitzes in einer Hand, sprich in den Einheitsforstämtern, zu konzentrieren. Es wäre töricht von einer Landesregierung beziehungsweise dem Landwirtschaftsministerium, sich aus diesem für die Entwicklung des ländlichen Raumes so wichtigen Prozess herauszuhalten und diese Aufgabe einem erwerbswirtschaftlich orientierten Betrieb zu übertragen.

Mit einem LHO-Betrieb als äußerem Rahmen für die Einheitsforstämter käme es unweigerlich zu Zielkonflikten, die sich bei einer Einbeziehung der Großschutzgebiete in einen Landesbetrieb noch verschärfen würden. Da es aber den Landesbetrieb nicht geben wird, erübrigt sich die Diskussion um die Punkte 3 bis 5 auf der vorliegenden Beschlussvorlage. Warum sollte denn dann das Landesamt für Forsten und Großschutzgebiete aufgelöst werden, wie die CDU mit Ihrem Antrag suggeriert, und weshalb sollte die einheitliche Forst- und Großschutzgebietsver-

waltung nicht mehr gewährleistet sein? Dunkel ist mir dieser Forderungen Sinn, denn die dienst- und fachaufsichtliche Zuständigkeit für die Großschutzgebiete hat sich im Großen und Ganzen bewährt, die Organisationsstruktur des LFG bleibt erhalten. Die Forstämter bleiben untere Forstbehörde, die Nationalparkämter behalten ihre Doppelfunktion als untere Forstbehörde und als untere Naturschutzbehörde, es sei denn, hinter den letzten drei Punkten dieses Antrages steht etwas anderes, nämlich dass die CDU-Fraktion in näherer oder ferner Zukunft eine vollständige Privatisierung der Forstwirtschaft anstrebt. Dann muss man natürlich die Strukturen verändern. Dem erteilen wir aber jetzt schon eine kategorische Absage.

Also lange Rede, kurzer Sinn – wir lehnen den Antrag der CDU-Fraktion ab. Der Entwurf des Forstkonzeptes ist zwar noch nicht vom Kabinett verabschiedet, aber dennoch haushaltsrelevant. Deshalb gehe ich davon aus, dass der Landwirtschaftsausschuss sein Recht auf Selbstbefassung wahrnimmt und im Verlaufe der anstehenden Haushaltsdiskussion den Entwurf des Forstkonzeptes behandelt.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Minister Till Backhaus: Wie kommt die darauf?)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Schwebs.

Sie können jetzt die Frage stellen, Herr Brick. Bitte sehr.

Martin Brick, CDU: Danke, Frau Präsidentin.

Frau Schwebs, ich hätte an Sie die Bitte, vielleicht erklären Sie dem Hohen Haus noch einmal, warum Sie den Antrag, den ersten, der ja Ihrer Intention, wie Sie eben geschildert haben, besser entsprochen hätte, zurückgezogen haben und einem – ich zitiere Sie ebenfalls – „entschärften Antrag“ dann zugestimmt haben. Das ist mir bis heute verborgen geblieben, vielleicht sind Sie so freundlich.

(Peter Ritter, PDS: Das ist Politik, Herr Brick.)

Birgit Schwebs, PDS: Ich denke mal, das haben wir im Ausschuss ausführlich diskutiert und ich würde auch gerne mal mit Ihnen unter vier Augen darüber diskutieren,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und PDS)

wenn Sie es nicht verstanden haben, und Ihnen das erklären. Aber das steht hier heute nicht zur Debatte.

Martin Brick, CDU: Das Letzte nehme ich natürlich gerne an.

(Heiterkeit bei den Abgeordneten)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Rehberg von der CDU-Fraktion.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Backhaus, ob Ihnen mit Ihrem Forstkonzept 2000, aber insbesondere mit Ihren Ausführungen hier und heute der große Wurf gelungen ist und ob das nun eine medaillenwürdige Leistung im Sinne des olympischen Kampfsportes war,

(Minister Dr. Gottfried Timm:
Da wollen wir mal über Hansa reden.)

das wage ich ...

(Minister Till Backhaus:
Sind wir jetzt bei Hansa oder was?)

Also, Herr Timm und Herr Backhaus, bei aller ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Also wirklich, diese Zwischenrufe packen Sie beiseite!
Ich sage Ihnen zum Schluss zu dem Thema noch was,

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

gerade Ihnen beiden sage ich zu dem Thema noch was.
Ich kann mir keine dümmlicheren Zwischenrufe vorstellen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Backhaus, wie würden Sie denn heute hier stehen, wenn wir nicht 1992 und 1996 – übrigens 1996 mit Ihrer Zustimmung – den Personalbestand in der Forstverwaltung insgesamt erheblich abgesenkt hätten? Was würden Sie denn sagen, wenn es heute noch 9.000 Beschäftigte wären? Heute geht es um etwas ganz anderes. Übrigens, die nicht einfache Arbeit haben wir in den ersten vier Jahren in vielen Bereichen machen müssen. Und wenn Sie von Stimmungsmache und Polemik reden, Herr Backhaus, dann sollten Sie sich Ihre Reden und Auftritte aus den Jahren 1990 bis 1998 noch einmal durchlesen und auf der Zunge zergehen lassen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Gerade Sie sollten das tun!

(Minister Till Backhaus:
Das mache ich jeden Tag.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Backhaus, wovon reden wir eigentlich? Dass wir das Image der Landesforstverwaltung verbessern müssen? Dass Sie das verbessern müssen? Wenn Sie sich wirklich mal die Zeit nehmen würden und sich die aufopferungsvolle Arbeit von vielen Forstwirten, Förstern, Revierförstern oder Forstamtsleitern mal vor Ort begucken könnten, wie sie über ihre Dienstzeit hinaus mit Schulklassen in den Wald gehen und so weiter und so fort, wie sie aktiven Naturschutz betreiben, dann würden Sie hier solche Dinge nicht im Landtag erzählen, sehr geehrter Herr Minister Backhaus!

(Beifall bei der CDU)

Nicht Sie müssen das Image der Landesforstverwaltung verbessern,

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

sondern die Förster und Forstarbeiter tun genug für ihr eigenes Image und haben in den letzten zehn Jahren genug getan.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na, das ist aber doch ein bisschen fett, was Sie da erzählen.)

Da sind Sie, Herr Backhaus, völlig fehl am Platze!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Herr Rehberg, was soll denn das Gekratze?!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe manchmal den Eindruck, die letzten Wochen und Monate zum Forstkonzept 2000 sind unter dem Motto abgelaufen – und da erinnere ich mich an eine recht erfolgreiche dänische Kriminalkomödie – „Tilli, hast Du einen Plan?“. Aber ob derart umfänglich über eine Reihe von Selbstverständlichkeiten, deren Richtigkeit nicht zu bestreiten ist, wie

mögliche Reserven bei der Holz- und Wildvermarktung, der verstärkten Nutzung der modernen Informationstechnik oder der Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung, berichtet werden muss, ist für mich mehr als fragwürdig. Ich denke, dazu braucht man kein dickes Konzept. Das muss man auf dem kleinen Dienstweg unbürokratisch laufend erledigen. Für mich ist das ganz normale administrative Arbeit, übrigens auch Ihre Arbeit, Herr Backhaus. Und wozu ich ein GMO-Gutachten gebrauche, das weit über 300.000 DM gekostet hat, das erschließt sich mir hier nicht. Und wenn Sie darauf verweisen, dass offenbar Forstarbeitern das eine oder andere moderne technische Hilfsmittel fehlt, denn Sie sprachen von Modernität, dann wären die gut 300.000 DM besser eingesetzt gewesen, wenn Sie Technik für die Forstarbeiter gekauft hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Und ich glaube, wenn Sie den Forstleuten die Chance geben, betriebswirtschaftlich zu denken, dann sind sie auch in der Lage, bestimmte Lösungsansätze auf wenige Seiten aufzuschreiben. Ich werde Ihnen das nachher noch klar machen.

(Heike Lorenz, PDS: Es geht aber nicht nur um das Betriebswirtschaftliche, ne?! Es geht auch um das Volkswirtschaftliche.)

Herr Minister Backhaus, Ihre Bediensteten in der Landesforstverwaltung strafen Sie, Ihre Zahlen, die Sie hier und heute vorgetragen haben, übrigens Lügen. Sie erreichen Ihre Zielstellung – ich gehe darauf nachher im Detail ein – auch ohne eine 80-20-Regelung, ohne betriebsbedingte Kündigung plus Einstellungskorridor. Herr Backhaus, ich werde darauf nachher noch eingehen oder die Zahlen, die Ihre Landesforstverwaltung nach draußen geschickt hat, stimmen nicht. Ich denke, die Zahlen stimmen eher als das, was Sie hier und heute vorgetragen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Backhaus!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Glauben heißt nicht wissen.)

Schon der erste Ansatz, Herr Schoenenburg, und den können sogar Sie

(Wolfgang Riemann, CDU: Der guckt doch nicht in den Haushalt rein. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Woher wollen Sie das wissen?)

in der Ist-Abrechnung des Jahres 1999 im Landeshaushalt nachlesen, stimmt nicht. Das GMO-Gutachten geht von einem Zuschussbedarf von 99,2 Millionen DM aus. Der richtige Zuschussbedarf liegt aber bei 11 Millionen DM weniger. 11 Millionen DM weniger, meine sehr verehrten Damen und Herren! Schon das ist eine ganz andere Ausgangsbasis für die Berechnungen bis zum Jahr 2009. Es ist, glaube ich – und, Frau Keler, Sie beweisen das mit Ihren Zwischenrufen –, eine Untugend, wenn man durch diese finanzielle Strangulation den Wald zu Tode spart.

(Ministerin Sigrid Keler: Ach!)

Sie haben nur einen Vorteil: Das merkt man nicht gleich. Arbeit im Wald ist in Deutschland seit Jahrhunderten Arbeit von/für Generationen, insbesondere der Förster.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, Herr Minister, ich zitiere aus der Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichtes vom 31. Mai 1990: „Die Forstpolitik der Bundesregierung ist weniger auf Marktpflege ausgerichtet, sie dient vor allem der Erhaltung des Waldes als ökologischen Ausgleichsraum für Klima, Luft und Wasser, für die Tier- und Pflanzenwelt sowie für die Erholung der Bevölkerung.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Aufgaben und diese Funktionen sind nicht in Geld zu bemessen.

Neben den wirtschaftlichen Nutzen des Waldes tritt gleichrangig seine Bedeutung für die Umwelt. Was die Bewirtschaftung des Körperschafts- und Staatswaldes für 58 Prozent der Waldfläche in der Bundesrepublik Deutschland ausmacht, dient der Umwelt- und Erholungsfunktion des Waldes, nicht der Sicherung von Absatz und Verwertung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse. Die staatliche Forstpolitik fördert im Gegensatz zur Landwirtschaftspolitik weniger die Betriebe und die Absetzbarkeit ihrer Produkte als vielmehr die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes.

Verehrte Frau Keler, diese Zielsetzung der Forstpolitik sollten besonders Sie verinnerlichen. Ansonsten führt das von Ihnen verordnete enge Finanzkorsett zum langsamen Absterben des Waldes.

(Ministerin Sigrid Keler: Das ist doch Unfug! Das ist doch Unfug!)

Wollen, ja können wir uns das leisten? Ich glaube, kaum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie kann man Lösungen herbeiführen? Ob das Maßnahmen der kostengünstigen Holzernte oder Holzvermarktung sind, der Wildvermarktung oder der Einsatz von Computertechnik, auch der Verschlinkung der Forstverwaltung, der sukzessiven Auflösung von Forstämtern, die durch Flächenverkäufe ihre Existenzberechtigung verloren haben oder der Abbau der Außenstellen des Landesamtes, der Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung und auch der Einführung der Budgetierung: Ich glaube, über diese Maßnahmen kann man unbürokratisch mit den Förstern reden.

Der Forstamtsleiter muss mit seinen Revierförstern und Waldarbeitern unternehmerisch denken und handeln können. Dazu gehört auch die Entscheidung über den Einsatz und die Verwendung finanzieller Mittel. In Sparungen müssen möglich sein. Der „Ausgabenwahn im Dezemberfieber“ muss der Vergangenheit angehören. Verehrte Frau Keler! Verehrter Herr Backhaus! Da verschenken Sie zurzeit noch ungeahnte Möglichkeiten des bei den Förstern vorhandenen Humankapitals.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie sieht es wirklich aus mit dem Zuschussbedarf? Das GMO-Gutachten will mit dem entsprechenden angekündigten Stellenabbau im Jahr 2009 91,2 Millionen DM erreichen. Wenn man nur auf der Basis der Steigerung des Hiebsatzes auf 720.000 Festmeter von 675.000 kalkuliert – deswegen ist dieser Ausgangspunkt von 88 Millionen erreicht worden –, kann man nach Berechnung der Landesforstverwaltung im Jahr 2009 ohne die 80-20-Lösung mit BVVG-Zuschuss und mit einem zusätzlichen Einstellungskorridor von sieben Mitarbeitern jährlich 81 Millionen DM erreichen. Das heißt, sie liegen gar nicht weit weg von dem betriebsbedingten Kündigen. Und, Herr Backhaus,

das Schlechteste, was Sie hier und heute getan haben, das sind die Drohungen, die Sie ausgestoßen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Das ist so schlimm und widerlich, was Sie hier gemacht haben, dieses Entweder-oder-Spiel, was Sie hier betreiben!

(Heike Lorenz, PDS: O Mann! Der Populismus ist ja widerlich. Hier geht's doch gar nicht um die Leute. – Angelika Gramkow, PDS: Wissen Sie was? Das ist Ehrlichkeit! – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Was ist Ehrlichkeit?

(Angelika Gramkow, PDS: Ehrlichkeit ist zu sagen, was passiert.)

Frau Gramkow, ich will Ihnen eines sagen: Ehrlich ist für mich das hier,

(Angelika Gramkow, PDS: Ach ja?! Die wollte ich gerne haben, die Zahlen.)

wo gesagt wird,

(Angelika Gramkow, PDS: Würden Sie mir die zur Verfügung stellen, die Zahlen, Herr Rehberg?)

wenn ich den Hiebsatz steigere, dann bekomme ich höhere Erlöse. Und wie sich die Holzpreise entwickeln werden, das weiß keiner in den nächsten zehn Jahren. Die Holzpreise sind erheblichen Schwankungen unterworfen.

(Zuruf von Martin Brick, CDU – Unruhe bei Angelika Gramkow, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie sieht denn Ihre Lösung nun wirklich aus, die Sie mit der 80-20-Regelung auf den Tisch gepackt haben? Sie haben das Motto herausgegeben, Herr Backhaus, so ungefähr: Geld oder Leben! Und wie glaubwürdig sind Sie denn eigentlich, wenn Sie einem gutverdienenden Waldarbeiter, der heute ein Monatsbruttoeinkommen von etwa 3.500 DM hat – nehmen wir an, er ist verheiratet und hat zwei Kinder, so liegt das Nettoeinkommen bei 2.700 DM –, das auf 80 Prozent reduzieren?! Dann bekommt er netto 2.200 DM.

(Harry Glawe, CDU: Also Sozialhilfe. – Angelika Gramkow, PDS: Ach, Herr Glawe, Entschuldigung.)

Der gleiche Waldarbeiter verdient, wenn er wechselnde Arbeiten hat, bei 3.000 DM brutto. Ich sage Ihnen ...

(Ministerin Sigrid Keler: Das stimmt doch gar nicht!)

Frau Keler, noch einmal: Wer 3.500 DM brutto hat, der kriegt 2.700 DM netto. Wenn Sie demjenigen 80 Prozent aufbürden, dann sind Sie bei 2.800 DM brutto. Dann sind es für mich 2.200 netto.

Sie können gerne rechnen. Holen Sie sich einen Taschenrechner und rechnen Sie 21 Prozent Sozialbeiträge ab und auch noch ein Stück Steuern! Ein Waldarbeiter, der wechselnde Arbeiten verrichtet, bekommt 3.000 DM brutto, das entspricht dann heruntergerechnet 1.900 DM netto. Und jetzt sind wir bei dem Thema, meine sehr verehrten Damen und Herren, „Arbeitsunwillige“. Und zwar: Ein Sozialhilfeempfänger mit zwei Kindern kriegt 1.742 DM

(Harry Glawe, CDU: So ist es!)

plus Kleider- und Weihnachtsgeld,

(Angelika Gramkow, PDS: Wissen Sie, was Sie eben gesagt haben?!)

plus Miete, plus Heizkostenzuschuss

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: So ist es!)

und so weiter und so fort.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist ja so eine Frechheit!)

Und ich will Ihnen eines sagen: Sie drücken mit Ihrem Plan die Waldarbeiter ins Sozialhilfeniveau

(Harry Glawe, CDU: So ist es!)

und unter Sozialhilfeniveau!

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig!)

Und, Frau Schwebs, Sie haben zu Recht gesagt, die Rentenanwartschaften gehen auch noch runter. Wenn ich das alles zusammenzähle, dann frage ich mich, Herr Ministerpräsident, wie Sie dann das Thema „Arbeitsunwillig“ überhaupt aufrufen können in Mecklenburg-Vorpommern! Ihre Lösung führt doch dazu,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: So ist es.)

dass die Leute sich fragen, der staatliche Rahmen ist besser, ich erreiche ...

(Erhard Bräunig, SPD: Endlich mal einer, der es angesprochen hat, das Problem. Das war auch richtig so. Natürlich ist es so.)

Was ist richtig so, Herr Bräunig?!

(Erhard Bräunig, SPD: Aber selbstverständlich.)

Das ist richtig?

(Zuruf von Erhard Bräunig, SPD – Lorenz Caffier, CDU: Wer ist denn der Redner?)

Das ist richtig, dass man in dieser Art und Weise dieses Thema behandelt? Wenn der Staat einen Rahmen absteckt, in dem ich mit Transfereinkommen in bestimmten Segmenten mehr erwerben kann als im Erwerbseinkommen, dann können Sie doch nicht dem Einzelnen den Vorwurf machen, dass der sagt, wenn ich ohne Arbeit mehr im Portemonnaie habe als mit Arbeit, dann mache ich es lieber ohne Arbeit.

(Wolfgang Riemann, CDU: Als bei Till in der Volksverwaltung. – Erhard Bräunig, SPD: Wir sprechen da noch mal drüber.)

Dann können Sie doch nicht dem Einzelnen den Vorwurf machen! Darüber können wir noch gerne, Herr Bräunig, debattieren.

Schauen Sie sich heute mal die Zahlen des DGB an, wie groß der Missbrauch nach Anzahl der Aussprüche von Sperrzeiten und Ordnungswidrigkeiten bei den Arbeitsverwaltungen überhaupt ist! Das ist so eine kleine Größe. Hören wir doch endlich auf, in diesem Land so zu tun, als ob die Arbeitslosigkeit dadurch bedingt ist, dass es Arbeitsunwillige gibt! Das ist doch völlig falsch, Herr Bräunig!

(Reinhard Dankert, SPD: Den Begriff haben Sie doch selber eben auch geprägt. – Harry Glawe, CDU: Es gibt zu wenig Arbeitsplätze in diesem Land.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Backhaus, haben Sie sich denn schon einmal mit dem Besatz der Beschäftigtenzahlen im Forstbereich und im Naturschutzbereich beschäftigt? Haben Sie denn wirklich schon einmal überlegt, wo Potentiale sind? Können Sie mir erklären, warum zurzeit im Bereich Forst 4,55 Waldarbeiter je 1.000 Hektar Landes- und Treuhandwald arbeiten, im Bereich der Großschutzgebiete 6,8 Waldarbeiter? Eine Differenz von 2 pro 1.000 Hektar. Können Sie mir erklären, warum bei den Angestellten die Differenz 2,5 ist? Und zwar sind es in der Forst 2,82 je 1.000 Hektar Wald und in den Großschutzgebieten 5,23 Beamte und Angestellte.

(Georg Nolte, CDU: Hört! Hört!)

Und was ist mit den 40 abgeordneten Waldarbeitern in den Großschutzgebieten? Wo lassen Sie deren Rechnung auflaufen? Im Naturschutzbereich oder bei der Landesforstverwaltung?

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Frau Finanzministerin! Herr Landwirtschaftsminister! Wenn Kosten-Leistungs-Rechnung, dann bitte dort die Kosten ausweisen, wo sie auch entstehen, und nicht der Landesforstverwaltung Kosten aufbürden,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

die da gar nicht entstehen, sondern in die Großschutzgebiete hineingehören.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schlotmann! Ich erinnere mich sehr gut, wie Sie hier in der Vergangenheit – da waren Sie offenbar der Gewerkschaft, die heute demonstriert, noch näher als heute – für Ihre Kollegen gekämpft haben. Das ist sicher alles sehr lobenswert. Übrigens gab es 1996 bei den Entlassungen noch Abfindungen. Ich wünschte mir, dass es heute mit den Zahlen, die ich vorgetragen habe – und ich warte darauf, dass sie im Detail widerlegt werden, ich warte darauf, Herr Backhaus, dass Sie die Zahlen widerlegen, dass es möglich ist, durch Erhöhung der Hiebmenge und durch andere Maßnahmen den Zuschussbedarf bis 2009 zu senken –, möglich ist, dass Ihre Drohung nicht wahr gemacht wird, entweder betriebsbedingte Kündigungen oder die 80-20-Regelung zu realisieren. Ich bin davon überzeugt.

Legen Sie die Zahlen auf den Tisch! Wie ist die Alterspyramide in der Landesforstverwaltung? Wie viele können in den nächsten Jahren altersbedingt ausscheiden? Auch die Jahreszahl genau und so weiter und so fort. Und dann, denke ich, bekommt man eine Lösung hin, ohne dass man Waldarbeiter auf Sozialhilfeniveau runterdrückt oder dass man sie in die Arbeitslosigkeit schickt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage der Abgeordneten Frau Gramkow? (Zustimmung)

Angelika Gramkow, PDS: Herr Rehberg, was veranlasst Sie dazu, Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger dieses Landes als arbeitsunwillig einzustufen?

Eckhardt Rehberg, CDU: Überhaupt nichts. Entschuldigen Sie.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Das hat er nicht gesagt, im Gegenteil! Das hat der Ministerpräsident gemacht.)

Frau Gramkow, das ist nicht mein Thema. Und ich habe auch nicht ...

(Reinhard Dankert, SPD:
Genau das haben Sie aber gesagt. –
Heike Lorenz, PDS: Verräterisch ist das.)

Nein, nein.

(Reinhard Dankert, SPD: Das können wir im Protokoll nachlesen.)

Ach, Herr Dankert, drehen Sie mir doch nicht das Wort im Mund um!

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das hat der Ministerpräsident gesagt.)

Ich habe Folgendes gesagt: Wenn der Staat den Rahmen setzt, dass man mit Transfereinkommen mehr erreichen kann als mit Erwerbseinkommen,

(Reinhard Dankert, SPD: Das haben Sie später gesagt. – Heike Lorenz, PDS: Genau. –
Minister Till Backhaus: Das kann man im Protokoll nachlesen.)

dann kann man nicht den Einzelnen dafür verantwortlich machen, dass er sagt, wenn ich so mehr in mein Portemonnaie bekomme, dass ich Arbeit nicht annehme.

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS –
Wolfgang Riemann, CDU:
Das ist bei Backhaus im Wald.)

Und nicht ich habe das Thema aufgerufen „Arbeitsunwillige“,

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

sondern da richten Sie mal das Wort an den Herrn Ministerpräsidenten Dr. Harald Ringstorff!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Angelika Gramkow, PDS: Ich hätte eine Nachfrage.

Eckhardt Rehberg, CDU: Bitte.

Angelika Gramkow, PDS: Herr Rehberg, dann habe ich Sie also falsch verstanden,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

als Sie hier sagten, dass im Gegensatz zu den Forstarbeiterinnen und Forstarbeitern arbeitsunwillige Sozialhilfeempfänger 1.704 DM erhalten würden?

(Harry Glawe, CDU: Das haben Sie ganz falsch verstanden.)

Eckhardt Rehberg, CDU: Ich habe gesagt, und das können Sie auch in meinem Manuskript lesen:

(Reinhard Dankert, SPD: Wir werden das Protokoll auseinander nehmen. –
Annegrit Koburger, PDS:
Es gilt das gesprochene Wort.)

Verheiratete mit zwei Kindern erhalten 1.742 DM plus Miete,

(Reinhard Dankert, SPD: Ja, das ist richtig. –
Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

plus Heizkosten und so weiter und so fort. Ich weiß sehr wohl, dass es bei Alleinerziehenden weniger ist. Das brauchen wir überhaupt nicht zu diskutieren. Aber die Masse derer, die heute dahinten sitzt, ist sicher verheiratet, hat sicher auch Kinder. Und wenn Sie dann ja sagen zu so einer 80-20-Regelung, dann drücken Sie diese Leute im Nettobereich auf Sozialhilfeniveau oder ein Stückchen drunter sogar.

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es. –
Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Und das wollte ich damit ausdrücken und das ist hier wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Angelika Gramkow, PDS: Eine Nachfrage, ich darf zwei.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Gestatten Sie noch eine Nachfrage der Abgeordneten Frau Gramkow?

Eckhardt Rehberg, CDU: Immer.

Angelika Gramkow, PDS: Weil Sie das eben aussprachen: Woher nehmen Sie, dass die PDS-Fraktion einer 80-20-Regelung unter diesen Bedingungen zustimmt?

(Wolfgang Riemann, CDU: Das haben Sie beim Landesgesundheitsamt doch auch.)

Eckhardt Rehberg, CDU: Ach wissen Sie, Frau Gramkow, ich habe jetzt mit der PDS zwei Jahre Erfahrung in diesem Landtag ...

Angelika Gramkow, PDS: Das sollte Sie eines Besseren belehrt haben.

(Harry Glawe, CDU: Oh!)

Eckhardt Rehberg, CDU: ... und, Frau Gramkow, ich habe jetzt zwei Jahre Erfahrung, wie Sie hier politisch Mitverantwortung getragen haben. Wenn Sie heute noch mal zehn Minuten Zeit haben, lesen Sie Ihr eigenes Landeswahlprogramm durch und dann streichen Sie mal rot an, was Sie alles nicht umgesetzt haben,

(Unruhe bei Jörg Vierkant, CDU)

wo Sie letztendlich die Menschen hinters Licht geführt haben! Ihr ganzes Wahlprogramm würde rot angestrichen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Angelika Gramkow, PDS: Danke schön, Herr Rehberg!

Eckhardt Rehberg, CDU: Die CDU-Fraktion beantragt namentliche Abstimmung.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Danke, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Monegel von der SPD-Fraktion.

Hannelore Monegel, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werte Forstleute! Ich denke, Populismus ist der Begriff, der unter der Überschrift „Die Diskussion der CDU-Fraktion“ bisher geführt wurde auf Kosten der Forstarbeiter,

(Harry Glawe, CDU: Das hilft Ihnen alles nicht mehr, diese Vorwürfe.)

und das tut mir besonders leid. Ich denke, man muss sich daran messen lassen, wie Worte und Taten in Einklang zu bringen sind

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig, richtig. – Harry Glawe, CDU: Das ist wohl wahr.)

und wie sie sich auf der Arbeitsebene verhalten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann lesen Sie doch mal Ihr Wahlprogramm!)

Spekulationen stehen im Mittelpunkt, denn ich möchte noch einmal betonen: Das Forstkonzept ist noch nicht durch das Kabinett gegangen und der Minister hat es auch nicht irgendwo zurückgezogen, wie ich es vorhin gehört habe.

(Lorenz Caffier, CDU: Das hat die PDS gesagt, nicht wir.)

Aber nun zu Ihrem Antrag. Mit dem Ihnen auf Drucksache 3/1493 vorliegenden Antrag „Forstkonzept 2000“ unternimmt die Fraktion der CDU in Form einer Entschließung einen erneuten Versuch, das Parlament zu veranlassen, sich in die Handlungen der Regierung massiv einzumischen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU)

Und jetzt erinnern wir uns ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Jedes Berichtersuchen Ihrer Koalition ist eine Einmischung in Regierungshandeln.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Meine Herren, bitte! Frau Monegel hat jetzt das Wort. Ich bitte, dass Sie ihr es auch gewähren.

Hannelore Monegel, SPD: Zur 30. Sitzung des Landtages am 18. November 1999 beantragten Sie, meine Damen und Herren der Opposition, eine Unterrichtung zum Organisations- und Wirtschaftlichkeitsgutachten für die Forstverwaltung Mecklenburg-Vorpommerns. Der Landwirtschaftsminister hat sich ausführlich Ihres Antrages damals angenommen und dieses Hohe Haus über die zu erreichenden Ziele sehr detailliert informiert. Einstimmig wurde damals Ihr Antrag in den Landwirtschaftsausschuss zur Federführung sowie zur Mitberatung in den Finanzausschuss überwiesen und beide Ausschüsse haben beraten.

Gestatten Sie, dass ich aus der daraufhin erarbeiteten Beschlussempfehlung des Landwirtschaftsausschusses vom 08.03. dieses Jahres auf Drucksache 3/1151 unter Ziffer 3 Buchstabe a) bis d) Folgendes zitiere. Ein Teil wurde heute schon zitiert, aber ich denke, es macht sich erforderlich, dass man das auch noch einmal anführt:

„a) Grundlage für das Forstkonzept sind die im Waldgesetz Mecklenburg-Vorpommern formulierten Grundsätze und Ziele.

b) Bei der Erarbeitung des Konzeptes ist davon auszugehen, dass der jährliche finanzielle Zuschussbedarf deutlich reduziert wird.“

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben Sie sich das aufgeschrieben?)

Das habe ich mir aufgeschrieben, Herr Riemann, richtig.

„c) Um das unter b) genannte Ziel“ – also deutliche Reduzierung des jährlichen finanziellen Zuschussbedarfs – „ohne betriebsbedingte Kündigungen zu erreichen, sind zügig Verhandlungen mit allen Beteiligten aufzunehmen und alle Möglichkeiten alternativer Beschäftigungsfelder zu erschließen.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

„In diesem Zusammenhang sind tarifliche und übertarifliche Lösungsansätze für die Beschäftigten unter Berücksichtigung verschiedener Arbeitszeitmodelle sowie Qualifizierungsmaßnahmen zu prüfen.“

Und unter Buchstabe d) heißt es dann abschließend:

„In die Erarbeitung des Konzeptes sollen die berufsständischen Interessenvertretungen über den Beirat einbezogen werden.“

Soviel wir wissen, ist das passiert. Und dann sprechen Sie, Kollege Brick, von wechselnden Konzepten bei jeder Regierungsübernahme?! Ich vermisse ein Konzept aus Ihrer Regierungszeit.

(Martin Brick, CDU: Das war nicht nötig, Frau Monegel. Aber davon haben Sie eh keine Ahnung. Lesen Sie mal weiter vor!)

Meine Damen und Herren der CDU, wo sind denn seinerzeit Ihre Vorschläge zur Erarbeitung dieser Beschlussempfehlung geblieben? Schließlich war ja diese Beschlussempfehlung auf Ihren Antrag hin erst zustande gekommen. Ihr ganzer Beitrag – und da wende ich mich noch mal ganz konkret an Sie, Herr Kollege Brick – bestand doch eigentlich nur darin, sich in Wort und Schrift über Meinungsbildung zwischen SPD und PDS zu mokieren.

(Martin Brick, CDU: Hören Sie doch auf! Was Sie wollen, das ist mir so schnurz.)

Nicht ganz, einen Beitrag haben Sie und Ihre Fraktion doch geliefert. Sie haben diesen Punkt 3 nach Einbringung in die Beschlussempfehlung zur 36. Landtagssitzung am 15. März dieses Jahres abgelehnt. So viel zu Worten und Taten! Und durch lautes Reden und durch viel Wiederholung wird eine Aussage auch nicht wahrer und richtiger.

(Martin Brick, CDU: Dann hätten Sie sitzen bleiben müssen jetzt.)

Aber gerade dieser Punkt hat für die Landesregierung die Marschrichtung konkretisiert. Sie haben mit Ihrer Ablehnung weder Konstruktivität noch Vorausschau bewiesen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Frau Keler marschiert vorneweg und die Hammelherde folgt.)

Jetzt, nachdem die Landesregierung dabei ist, ihre Hausaufgaben zu machen und sie einen ersten Entwurf des Forstkonzeptes demnächst vorlegen wird, schieben Sie Ihre Vorschläge nach und wollen den Landtag dazu bringen, sich als Exekutive zu beteiligen.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Es ist bekannt, dass ein von der Landesregierung gemeinsam mit den Forstleuten erarbeitetes Konzept in der Ressortabstimmung ist und demnächst auch im

Landtag hier diskutiert wird. Ich kann nur darauf verweisen, dass Sie, meine Damen und Herren der Opposition, noch in diesem Jahr die Möglichkeit bekommen werden, im Landtag mitzuwirken,

(Martin Brick, CDU: Donnerwetter, wie gnädig!)

um auch die Forstwirtschaft in all ihren für die Gesellschaft und unser Land so wichtigen Funktionen zukunftsicher und nachhaltig wirksam zu machen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sprechblasen!)

Ich wünsche mir zur gegebenen Zeit Ihre konstruktiven, den Erfordernissen real entsprechenden Vorschläge. Und ich sage im Namen unserer Fraktion, dass ich diesen vorliegenden Antrag ablehnen werde. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Harry Glawe, CDU: Aha.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Kollegin.

Ich schließe damit die Aussprache.

Die Fraktion der CDU hat gemäß Paragraph 50 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung zu ihrem Antrag auf Drucksache 3/1493 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Wir kommen nun zu dieser namentlichen Abstimmung. Meine Damen und Herren, dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und entsprechend den Vorgaben des Rechtsausschusses zu Ihrer namentlichen Abstimmung gebeten, sich nach dem Aufruf Ihres Namens vom Platz zu erheben, um laut und deutlich Ihre Stimme mit „ja“, „nein“ oder „Enthaltung“ abzugeben. Ich bitte nun den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Herr Riemann möchte zweimal.)

Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich die Abstimmung und bitte den Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Wir unterbrechen für wenige Augenblicke. Ich bitte Sie, im Saal zu bleiben.

Unterbrechung: 14.30 Uhr

Wiederbeginn: 14.32 Uhr

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder.

Ich gebe Ihnen hiermit das Abstimmungsergebnis bekannt. 62 Abgeordnete haben an der Abstimmung teilgenommen. Mit „ja“ stimmten 21 Abgeordnete, mit „nein“ stimmten 41 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der CDU auf Drucksache 3/1493 abgelehnt.

Wir sind damit am Schluss der heutigen Sitzung, ungewöhnlich früh. Vielleicht als Tipp für den heutigen Nachmittag: Wie wäre es mit einem Waldspaziergang?

(Heiterkeit bei den Abgeordneten)

Vielleicht treffen wir dann die Kollegen, die dort hinten sitzen, wieder und diskutieren über das Thema mit ihnen gemeinsam weiter.

Bevor ich die Sitzung schließe, gestatten Sie mir noch einen Hinweis: Der Rechtsausschuss trifft sich um 15.00 Uhr im Konferenzraum, Raum 357, zu seiner Sitzung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für morgen früh, Donnerstag, den 21. September 2000, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist hiermit geschlossen.

Schluss: 14.34 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Ulrich Born und Renate Holznagel.

Namentliche Abstimmung

über den
Antrag der Fraktion der CDU
Forstkonzert 2000
– Drucksache 3/1493 –

Jastimmen

CDU

Dr. Beckmann, Christian
Brauer, Lutz
Brick, Martin
Caffier, Lorenz
Glawe, Harry
Grams, Friedbert
Helmrich, Herbert
Dr. Jäger, Armin
Kleedehn, Bärbel
Dr. König, Arthur
Markhoff, Dieter
Nitz, Thomas
Nolte, Georg
Pracht, Rainer
Rehberg, Eckhardt
Riemann, Wolfgang
Schnoor, Steffie
Seidel, Jürgen
Skrzepski, Gesine
Thomas, Reinhardt
Vierkant, Jörg

Neinstimmen

SPD

Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Beyer, Heidemarie
Borchert, Rudolf
Bräunig, Erhard
Dankert, Reinhard
Friese, Siegfried
Gerloff, Claus
Keler, Sigrid
Dr. Klostermann, Henning
Kuessner, Hinrich
Mahr, Beate

Monegel, Hannelore
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Polzin, Heike
Dr. Reißmann, Manfred
Schier, Klaus
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Dr. Seemann, Margret
Staszak, Karla

PDS

Dr. Bartels, Gerhard
Bluhm, Andreas
Böttger, Gerd
Borchardt, Barbara
Dr. Bunge, Martina
Gramkow, Angelika
Holter, Helmut
Kassner, Kerstin
Koburger, Annegrit
Koplin, Torsten
Kreuzer, Götz
Lorenz, Heike
Müller, Irene
Muth, Caterina
Ritter, Peter
Schädel, Monty
Scheringer, Johann
Dr. Schoenenburg, Arnold
Schwebs, Birgit

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen.....	62
Gültige Stimmen.....	62
Jastimmen	21
Neinstimmen.....	41
Enthaltungen.....	–